Dienstag, 16. Oktober 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 243 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

...el Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 ...ichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) ...4-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung ...mburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: US-Präsident Reagan hat Verhandlungsbereitschaft für ein Moratorium beim Test von Weltraumwaffen bekundet. Darüber könne ohne Vorbedingungen geredet werden. Reagan kündigte außerdem an, er werde im Fall seiner Wiederwahl nicht sofort wieder auf eine harte, unnachgiebige Haltung gegenüber Moskau einschwenken. (S. 4)

Östlicher Vorsprung? Moskau arbeitet nach NATO-Informationen intensiv an einem System, mit energiereicher Partikelstrahlung Raketengefechtsköpfe im Weltraum zu zerstören. Die NATO befürwortet eine Beteiligung aller Staaten der Allianz am US-Forschungsprogramm. (S. 6)

Brandt in Kuba: Die Rolle und Absichten Kubas in Mittelamerika will der Präsident der Sozialistischen Internationale und SPD-Vorsitzende bei seinem Besuch in Havana mit Staatschef Castro erörtern. Brandt kam aus Nicaragua, wo es ihm nicht gelungen war, die Opposition zur Teilnahme an den November-Wahlen zu bewegen. (S. 12)

El Salvador: Über die Möglichkeit eines Waffenstillstands verhandeln seit gestern Präsident Duarte und Führer der linksgerichteten Rebellen in La Palma im Norden des Landes.

Berlin: Die stärkere Vergabe von Aufträgen von Bundesunternehmen nach Berlin fordert die SPD-Bundestagsfraktion. Zur Verbesserung seiner Wirtschaftslage sollte Berlin außerdem bei Geschäften mit Entwicklungsländern bevorzugt werden. (S. 12)

Militärspion: Unter dem Verdacht der Agententätigkeit für die „DDR" ist ein 39jähriger Kaufmann aus Nordrhein-Westfalen verhaftet worden. Er soll Informationen über die US-Streitkräfte nach Ost-Berlin geliefert haben.

Kein Grund zur Furcht: Chinas KP hat ihren offenen Wirtschaftskurs verteidigt. Protektionismus könne Handel und Wirtschaft nur vorübergehend schützen und würde sich langfristig als Fehlschlag erweisen. Es gebe keinen Grund, sich vor dem Kapitalismus zu fürchten. (S. 6)

Nahost: Bei einem Handgranatenanschlag auf einen israelischen Bus bei Nablus im besetzten Westjordanland sind sieben israelische Schulkinder verletzt worden.

Mubarak: Der ägyptische Präsident wird sich vom 30. Oktober bis 3. November zu einem offiziellen Besuch in Bonn aufhalten.

Heute: Bekanntgabe des Friedensnobelpreis-Empfängers.

ZITAT DES TAGES



» Gerade im Streben nach einer besseren und sauberen Umwelt liegen doch auch ganz wesentliche Impulse für Veränderungen in unseren Märkten und damit auch eine starke Triebfeder für zukunftsweisende neue Technologien «

Professor Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz, auf dem Deutschen Betriebswirtschafter-Tag in Berlin FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist wieder deutlich aufwärts gerichtet, stellt das Bundeswirtschaftsministerium fest. Der während des Tarifkonflikts ins Stocken geratene Bestelleingang bei der Industrie habe sich kräftig belebt. (S. 13)

US-Prognose: Nach dem Boomjahr 1984 rechnet der Business Council, Amerikas wichtigstes Wirtschaftsgremium, 1986 mit einer Rezession. (S. 14)

Arbeitslose: Mehr als 82 000 Erwerbslose – so viele wie nie zuvor – nutzen gegenwärtig die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Die meisten sind in sozialen Diensten tätig. (S. 14)

Israel: Die Jahresinflationsrate erreichte im September den Rekordstand von 450 Prozent. – Washington gewährte Israel ein sechsmonatiges Moratorium zur Rückzahlung fälliger Schulden.

Börse: Zum Wochenbeginn setzte sich an den deutschen Aktienmärkten der Kursanstieg weiter fort. Gezielte Käufe gab es bei BASF. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 157,6 (157,1). Dollarmittelkurs 3,1379 (3,1066) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,65 (338,90) Dollar.

KULTUR

„Papillon": Wenig Fortüne hatte Ronald Hynd mit seiner Einstudierung des Offenbach-Balletts „Papillon" im Münchner Nationaltheater. Hynds choreographische Magie hat an Wirksamkeit verloren. Der Inszenierung mangelt es an Leichtigkeit, ohne die der „Papillon" nicht lebensfähig scheint. (S. 21)

Bach-Forschung: Mit der „rührseligen Legende", der Komponist Johann Sebastian Bach (1685–1750) sei ein armer Mann gewesen, haben „DDR"-Forscher Schluß gemacht. Sie fanden heraus, daß Bach mit tausend Talern Jahreseinkommen zu den Spitzenverdienern unter den Künstlern seiner Zeit gehörte.

SPORT

Golf: Profi Bernhard Langer gewann die Spanish Open in Valencia. In der europäischen Rangliste ist Langer als Erster mit 600 000 Mark Gewinnsumme uneinholbar. (S. 11)

Fußball: „Sie sind satt und überbezahlt." Dieses Urteil fällte der neue Teamchef Franz Beckenbauer in einem Interview des „Playboy" über die deutschen Fußballprofis. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Aids: Die rätselhafte Seuche breitet sich in den USA und Haiti weiter aus. Allein in den USA wurden innerhalb eines Jahres 4000 neue Fälle registriert. Ausgangspunkt der Virus-Krankheit ist offenbar Zentralafrika. (S. 22)

Autoput: Ein schwerer Verkehrsunfall mit sechs Toten, darunter ein Deutscher und drei Türken aus der Bundesrepublik, hat die berüchtigte Fernstraße Zagreb-Belgrad wieder ins Gerede gebracht. (S. 22)

Wetter: Heiter bis wolkig, vereinzelt Niederschlag. 13 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Erstmals seit Jahren ein Deutscher Nobelpreisträger

Georges Köhler leistete Bahnbrechendes in der Erforschung der Immunologie

DIETER THIERBACH, Bonn

Als Bahnbrecher in der Erforschung der körpereigenen Abwehrkräfte sind gestern vormittag drei Immunologen, darunter der 38jährige Deutsche Georges J. S. Köhler, mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet worden. Für grundlegende Theorien über den „spezifischen Aufbau und die Steuerung des Immunsystems" sowie die Entdeckung des „Prinzips der Produktion von monoklonalen Antikörpern" wurde der mit umgerechnet 577 000 Mark dotierte Preis zu gleichen Teilen ebenfalls dem 73jährigen Dänen Niels K. Jerne und dem 57jährigen Argentinier Cesar Milstein zuerkannt. Alle drei Wissenschaftler arbeiten schon seit Jahren zusammen.



Georges J. S. Köhler, einer der drei Nobelpreisträger für Medizin FOTO: AP

Mit Köhler, der zeitweise bei seinem Lehrer Milstein in Cambridge arbeitete, wurde zum ersten Mal seit 1973 wieder ein deutscher Wissenschaftler mit dem Medizin-Nobelpreis ausgezeichnet. Vor elf Jahren war es der Zoologe Karl von Frisch, der zusammen mit Verhaltensforscher Konrad Lorenz den Preis erhielt. Die meisten Medizin-Nobelpreise gingen bisher in die USA, insgesamt 57mal. Zuletzt hatte Barbara McVlintock im vergangenen Jahr die Auszeichnung erhalten. An zweiter Stelle folgen die Briten, auf dem dritten Platz die Deutschen. Seit 1953 wird der Nobelpreis für Medizin fast stets zwischen mehreren Wissenschaftlern aufgeteilt. In den vergangenen 30 Jahren gab es nur drei Einzellaureaten in diesem Fach.

Köhler ist seit Anfang dieses Jahres Direktor der Abteilung „Molekulare Immunologie" am Max-Planck-Institut für Immunbiologie in Freiburg. Der geborene Münchner studierte Biologie und Geisteswissenschaften an der Uni Freiburg, promovierte 1974 hier und arbeitet zusammen mit Jerne und 150 Mitarbeitern am Basler Institut für Immunologie.

Trotz seiner 38 Jahre ist Köhler nicht der jüngste Laureat aus der Bundesrepublik. Der ebenfalls in München geborene Rudolf Mößbauer war erst 32 Jahre alt, als er 1961 den Physik-Nobelpreis empfing. Jerne, der heute emeritiert in Südfrankreich lebt, wird vom Stockholmer Komitee als der große Theoretiker der Immunologie bezeichnet; Milstein und Köhler gelten als Bahnbrecher in der Erforschung der Antikörpererzeugung im menschlichen Organismus.

Das Immunsystem, in Milz, Thymusdrüse, Knochenmark und Lymphknoten beheimatet, besteht aus etwa einer Billion weißer Blutkörperchen und einer 100-Millionenfachen Anzahl an Bausteinen, die aus ihnen gebildet werden und die als körpereigene Abwehrpolizei zur Erhaltung aller Lebensfunktionen eine wesentliche Rolle spielen.

Der Organismus produziert solche Antikörper zur Abwehr von Krankheitskeimen. Köhler und Milstein hatten 1975 einen langgehegten

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Die Preis-Tat

DIETER THIERBACH

Von Mäusen und Menschen hätte der Arbeitstitel auch lauten können. Es handelt sich um eine Veröffentlichung, die seit ihrem Erscheinen die biologische und medizinische Forschung revolutioniert hat: Experimente mit bösartigen Zellen, die sich unentwegt teilen, aus der Milz einer Maus gewonnen, faszinierten zwei Wissenschaftler, damals noch Schüler und Lehrer. Eine neu Ära in der experimentellen Immunologie war geboren. Hatten bis dato vermeintliche Wunderwaffen gegen Eskapaden des menschlichen Organismus stets aus diffusen, schwer reproduzierbaren Gemischen bestanden und Forschern wie Medizinern das Leben schwer gemacht, ließ sich diese Klippe durch einen Zellmischling jetzt im Prinzp reinrassig umschiffen. Zum Vergleich könnte man sagen: Ein präzises Stahlmantelgeschoß anstelle des breitstreuenden Schrotschusses.

Die Entscheidungsgewaltigen des Karolinischen Instituts in Stockholm haben weise gehandelt und diesmal voll ins Schwarze getroffen, indem sie den bahnbrechenden Entwicklungsarbeiten des einen Theoretikers und der beiden Praktiker jetzt den richtigen Stellenwert einräumten. Die Ausgezeichneten sind zudem nicht anonym. Über die Fachwelt hinaus haben sie einen Namen und gelten als Vorreiter neuer Perspektiven. Köhler ist der 14. gebürtige Deutsche, der am 10. Dezember vom schwedischen König als Erbe im Sinne des Testaments von Alfred Nobel gewürdigt wird. „Meine Knie zittern immer noch", vermeldete der Glückliche, als ihm seine Frau die frohe Botschaft überbrachte.

Immerhin: Seine deutschen Vorgänger tragen Namen, die heute jeder kennt. Berühmtheiten wie Emil von Behring und Robert Koch, Paul Ehrlich und Otto Warburg stehen für Repräsentanten epochemachender Umwälzungen. Diphtherie- und Tetanus-Impfstoff waren und sind ein Segen für die Menschheit; sie bekamen Tuberkulose und Cholera in den Griff, begründeten die moderne Chemotherapie und ermöglichten faszinierende Einblicke ins komplexe Räderwerk des menschlichen Organismus.

Die nahezu zehn Jahre seit der Entdeckung durch die drei Immunologen sind nicht nutzlos verstrichen. Neue Horizonte am umwölkten Krebs-Himmel haben sich nach 20 Jahren Resignation aufgetan, um dem Zerstörungswerk dieser unheimlichen Krankheit Einhalt zu gebieten. Milstein und Köhler sind Wissenschaftler durch und durch. Denn nur so ist es zu erklären, daß beide es seinerzeit versäumt haben, ihr Lebenswerk zum Patent anzumelden.

Weizsäcker: Gespräche statt Gewalt

Staatsbesuch Ceausescus in Bonn / Erster Dialog galt den Deutschen in Rumänien

BERNT CONRAD, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gestern gegenüber dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu „Abgrenzung und Abkapselung" als Anachronismen bezeichnet. „Sie bedeuten Erstarrung. Wo kein Gedankenaustausch mehr ist, können Meinungsunterschiede nicht mehr in einem frühen Stadium angesprochen und entschärft werden. Sie stauen sich und können zu Konflikten führen", sagte Weizsäcker – offensichtlich unter Anspielung auf die abgesagten Besuche des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und des bulgarischen Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow – bei einem Mittagessen.

Der Bundespräsident fuhr fort: „Da wir auf Gewalt feierlich verzichtet haben und da überhaupt Gewalt im nuklearen Zeitalter keinen Ausweg zur Lösung von Konflikten bietet, ist das Gespräch das einzige Mittel, die Meinungsunterschiede, auch wenn sie groß sind, nicht erst zu kritischen Konfrontationen werden zu lassen." Weizsäcker äußerte die Zuversicht, daß der zweieinhalbtägige rumänische Besuch über die bilateralen Beziehungen hinaus „für mehr Offenheit und Dialogbereitschaft wirken wird". Diese Erwartung verbindet auch die Bundesregierung mit dem ersten Besuch eines Ostblockführers in Bonn in diesem Jahr.

SEITE 3:
Reportage über eine deutsche Kirchengemeinde in Bukarest

Ceausescu war gestern vormittag in Begleitung seiner Frau Elena, die zugleich Stellvertretende Ministerpräsidentin ist, sowie des Außenministers Stefan Andrei und des Außenhandelsministers Vasili Pungan auf dem Köln/Bonner Flughafen eingetroffen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher begrüßte Ceausescu und begleitete ihn zum offiziellen Empfang mit militärischen Ehren vor dem Jagdschluß Falkenlust bei Brühl. Dort führte Richard von Weizsäcker auch ein erstes Gespräch mit dem Gast und gab ihm hier ein Mittagessen.

Am Nachmittag traf der rumänische Staatspräsident in der Bonner Regierungszentrale mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Bei den Gesprächen mit Weizsäcker und Kohl standen internationale Fragen, vor allem die Ost-West-Beziehungen, die Rüstungskontrolle und das Verhältnis zur Dritten Welt sowie bilaterale Wirtschaftsfragen und humanitä-

■ Fortsetzung Seite 12

Kadar will die Beziehungen zu Paris verstärken

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit einem zweitägigen Staatsbesuch in Frankreich erwidert der ungarische Staats- und Parteichef Janos Kadar den Besuch Präsident Mitterrands vom Juli 1982 in Ungarn. Mitterrand hatte damals Ungarn, das in französischen Augen liberalste Land des Ostblocks, zum Ziel seiner ersten Reise in den sowjetischen Machtbereich gemacht. Das hat den französisch-ungarischen Beziehungen bis heute den Stempel besonderer Herzlichkeit aufgeprägt.

Kadar kommt, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf ein politisches Niveau zu heben. Frankreich steht in der Liste der Importländer Ungarns erst an 14. Stelle und verzeichnete im ersten Trimester 1984 im Handel mit Ungarn ein Defizit von umgerechnet 31 Millionen Mark. Paris glaubt mehr tun zu können, besonders auf den Gebieten Kommunikation und Transport. Kadar seinerseits hofft, daß Frankreich seinen Wunsch, ein Vorzugsabkommen für sein Land mit der EG zu erhalten, in Brüssel unterstützt.

Politisch gibt der Besuch Kadars Paris die Möglichkeit, seinen Willen um Aufrechterhaltung der Verbindungen zum „anderen Europa" trotz der Ost-West Spannungen zu unterstreichen und damit die Härte der Teilung des Kontinents erträglicher zu gestalten. Da dieser Wille auch in Bonn geteilt wird, stößt der zeitliche Zusammenfall mit dem Besuch von Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu am Rhein auf großes französisches Interesse.

Erlassen die USA Israel Schulden?

DW. Jerusalem/Kairo

Die USA wollen Israel Schulden in Höhe von einer halben Milliarde Dollar (1,5 Milliarden Mark) erlassen. Das verlautete gestern am Rande einer Kabinettssitzung in Jerusalem. Washington habe sich formell mit einer dreimonatigen Stundung der Schuldenrückzahlung von einer halben Milliarde Dollar einverstanden erklärt. Diesen Zeitraum werde die amerikanische Regierung aber dazu nutzen, die gesetzlichen Voraussetzungen für einen völligen Erlaß dieses Schuldenbetrages zu schaffen.

Ministerpräsident Peres hatte bei seinem USA-Besuch in der vergangenen Woche auch das Einverständnis Washingtons erhalten, den erst in einigen Monaten fälligen Teil der amerikanischen Finanzhilfe an Israel in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar schon jetzt zu überweisen. Sie entspricht der jetzt fälligen Rückzahlungssumme Israels. Es bliebe also nichts mehr übrig, wenn die Amerikaner nicht einen Teil der Schulden erlassen sollten. Die israelische Inflationsrate hat im September die Rekordmarke von 800 Prozent erreicht.

US-Verteidigungsminister Weinberger hat gestern verneint, Kenntnis von bedeutenden Fortschritten der Verhandlungen über einen israelischen Rückzug aus Südlibanon oder gar einen detaillierten Zeitplan dafür zu haben. Er nahm damit zu einer Erklärung des außenpolitischen Beraters des ägyptischen Präsidenten Mubarak, Osmana el-Baz, Stellung, der verkündet hatte, Weinberger habe Mubarak von derartigen Fortschritten informiert.

Jugendarbeitslosigkeit gebremst

Umfassendes System der beruflichen Bildung bringt positive Bilanz

PETER JENTSCH, Bonn

Bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit hat die Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Industrienationen die größten Erfolge aufzuweisen. Gemessen an der Zahl der Erwerbslosen insgesamt liegt die Zahl arbeitsloser Jugendlicher hier deutlich niedriger als in anderen Ländern; auch die Dauer der Jugendarbeitslosigkeit ist erheblich kürzer. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Als einen Grund für diese positive Bilanz nennt es „das umfassende System der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik".

Nach der vergleichenden IW-Studie über die Jugendarbeitslosigkeit in den wichtigsten Industrienationen sind Jugendliche besonders in den Ländern betroffen, in denen ein Großteil der Schulabsolventen sofort in eine Erwerbstätigkeit wechselt. Umgekehrt ist die Zahl arbeitsloser Jugendlicher dort vergleichsweise niedrig, wo das System der beruflichen Qualifizierung gut ausgebaut ist.

Daraus zieht das IW den Schluß, daß der Übergang von der Schule in das Berufsleben dort am besten gelingt, wo in der beruflichen Qualifizierung ein starker Akzent auf die betriebliche Ausbildung gelegt wird. Das wiederum führt zu der Forderung des Instituts, das duale System der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule auszubauen.

Nach Auffassung des IW muß die betriebliche und berufliche Bildung ein eigenständiger und konkurrenzfähiger Zweig des Bildungssystems werden. Anders ausgedrückt: Der Weg der dualen Ausbildung, wie er für die berufliche Ausbildung typisch ist, müsse auch auf weitergehende Ausbildungsgänge übertragen werden. Einen ersten Ansatzpunkt dafür sieht das IW in den Sonderausbildungsgängen für Abiturienten. Die Studie: „Diese Bildungsmöglichkeiten müssen auch für Nichtabiturienten offengehalten werden, die sich in der beruflichen Praxis bewährt haben." Ziel des Ausbaus der beruflichen Bildung sollte sein, zu gleichwertigen Abschlüssen und Berufschancen zu kommen. Es sei erforderlich, daß sich das Bildungswesen den unterschiedlichen Begabungen stelle und Angebote bereithalte. Das IW empfiehlt ferner eine intensivere Beratung der Jugendlichen, etwa vor Beendigung der Schulpflicht oder beim Übergang vom Gymnasium auf die Hochschule.

Der „Haager Eiertanz" um die Nachrüstung der NATO

Niederlande schieben Entscheidung vor sich her

BODO RADKE, Den Haag

Der seit nunmehr bald fünf Jahren aufgeführte „Haager Eiertanz" um eine Teilnahme der Niederlande an der NATO-Nachrüstung ist jetzt von dem christlich-demokratischen Premierminister Ruud Lubbers um eine Variante bereichert worden. Während einer Parlamentsdebatte machte er im Zusammenhang mit der für den 1. November 1985 angekündigten Entscheidung der niederländischen Regierung einen Unterschied zwischen Lagerung neuer sowjetischer SS-20-Raketen und deren effektiver Stationierung.

Am 1. Juni dieses Jahres hatte Hollands Mitte-Rechts-Regierung als „endgültigen" Termin für die Entscheidung über eine Stationierung der in den NATO-Planungen vorgesehenen 48 Marschflugköper (Cruise Missiles) auf niederländischem Territorium den 1. November 1985 beschlossen.

Wenn die Sowjets, so hieß es damals, die Zahl ihrer SS-20-Raketen bis dahin nicht vergrößerten, würde Holland die NATO-Forderung abweisen. Andernfalls gäbe es die Beteiligung an der Nachrüstung. In der von Lubbers formulierten Regierungserklärung hieß es dann zu diesem Thema:

„Mit dem Beschluß zur eventuellen Stationierung von Mittelstrecken-Raketen auf niederländischem Boden hat das Kabinett einen äußersten Versuch unternehmen wollen, der Rüstungskontrolle eine Chance zu geben, ohne der Solidarität mit dem westlichen Bündnis Schaden zuzufügen."

Politische Beobachter in Den Haag bringen die nun vom Regierungschef in die Diskussion eingebrachte Variante in Zusammenhang mit der weitverbreiteten Überzeugung, daß die Koalition von Christdemokraten und Liberal-Konservativen wohl kaum den Mut aufbringen kann, im Herbst nächsten Jahres, wenige Monate vor den Parlamentswahlen, der unpopulären Raketenstationierung zuzustimmen. Offenbar will Lubbers mit dem jetzt von ihm erfundenen „feinen Unterschied" eine weitere Verschiebung der Entscheidung vorbereiten.

Flotter und öfter im IC-Takt durchs Land

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Intercity-Züge sollen ab 2. Juni 1985 an schneller und häufiger fahren. Dieses sieht das neue IC-Angebot der Bundesbahn vor, dessen Kern – Züge mit erster und zweiter Wagenklasse, die im Stundentakt verkehren – erhalten bleibt. Auf künftig fünf statt bisher vier IC-Stammlinien sollen an Werktagen 183 statt bisher 156 Züge rollen. Die Folge: mehr Direktverbindungen zwischen den IC-Bahnhöfen. Aufgrund der Investitionen in Gleisanlagen kann die Durchschnitts-Geschwindigkeit der IC-Züge von 100 auf 108 Stundenkilometer gesteigert werden. Dadurch wird etwa die Fahrzeit Hamburg–München um 57 Minuten verringert.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Einbeziehung des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt in das IC-Netz, der stündlich bedient werden wird.

So sieht das künftige IC-Netz aus:

- Linie 1: Hamburg–Bremen–Dortmund–Bochum–Essen–Köln–Wiesbaden–Frankfurt;
- Linie 2: Hannover–Hamm–Dortmund–Essen–Köln–Mainz–Mannheim–Stuttgart–München;
- Linie 3: Hamburg–Hannover–Frankfurt–Mannheim–Basel;
- Linie 4: Hamburg–Hannover–Würzburg–München;
- Linie 5: Dortmund–Wuppertal–Köln–Mainz–Frankfurt/Flughafen–Frankfurt/Hauptbahnhof–Würzburg–Nürnberg–Augsburg–München.

Wesentliche Änderungen im Vergleich zum heutigen System sind die Aufspaltung der jetzigen Linie 1 (Hamburg–Köln–Stuttgart–München) in eine neue, die in Frankfurt endet, und die zusätzliche Linie 5 (Dortmund–München). Für Süddeutschland ist wichtig, daß die heutige Linie 2 nicht mehr von Frankfurt aus über den fränkischen Raum nach München geführt wird, sondern künftig über Mannheim–Stuttgart–Ulm nach München fahren soll. Neu ist für die Linie 2 ferner, daß sie künftig über das Ruhrgebiet statt über Hagen und Wuppertal verlaufen wird.

Die Linie 3 bleibt im wesentlichen unverändert. Die Fahrzeit Hamburg–Basel kann um 26 Minuten reduziert werden. Die Linie 4 startet nicht mehr in Bremen, sondern in Hamburg. Damit zieht die Bahn die Konsequenz aus dem Umstand, daß das Verkehrsaufkommen Hamburg–Bayern deutlich höher ist als auf der Verbindung zwischen Bremen und Süddeutschland. Für den Wirtschaftsraum Bremen wird eine neue IC-Linie 4 a eingerichtet. Sie besteht in einem stündlich zwischen Bremen und Hannover pendelnden IC-Kurzzug. Die neue Linie 5 schafft nicht nur die direkte Anbindung des Frankfurter Flughafens, sondern auch das Sitzplatz-Angebot auf der stark gefragten Rhein-Strecke wird deutlich verbessert. Für die Wirtschaftsräume Rhein-Ruhr und Rhein-Main gibt es künftig im Stundentakt drei Schnellverbindungen im Abstand weniger Minuten.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie ein Gefälle entsteht

Von Peter Gillies

Auch schlechteste Erfahrungen vermögen bestimmten Maximen nichts von ihrer Beliebtheit zu nehmen. Dazu gehört die Handlungsanweisung, man müsse die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben (Jochen Steffen 1971). Obgleich die Investitionslücke der siebziger Jahre und der gleichzeitig aufgeblähte Staatsanteil zur Umkehr herausfordern, scheint die Neigung ungebrochen, die Wirtschaft überall zu zwicken, wo es nur geht. Von derselben Wirtschaft reklamiert man im übrigen alles Heil: Arbeitsplätze und Lehrstellen, Umweltschutz und vorbildliche Sozialleistungen.

In Bremen wird die Landesregierung von Gewerkschaft und Teilen der SPD gedrängt, eine Lehrstellenabgabe im Alleingang zu beschließen. Ein Betrieb, der keine Lehrlinge ausbilden kann oder will – beides gibt es –, würde die Strafsteuer zu Lasten der Sicherheit seiner Arbeitsplätze entrichten. Ansiedlungswillige Unternehmen schreckt man damit ab; sie fühlen sich dagegen von Landstrichen angezogen, die mehr Verständnis für ökonomische Zusammenhänge zeigen.

Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) ist es hoch anzurechnen, daß er diese Abschreckungswirkung ausspricht und deswegen auf einen Alleingang verzichtet. Gerade dieses kleine Bundesland mit seiner Werftenkrise hat die wohltuende Wirkung des Zuzugs eines ertragsstarken und arbeitsplatzschaffenden Unternehmens (Mercedes) erfahren. Aber Landespolitik ist oft seltsam gespalten: Einerseits spielt sie das ideologische Spielchen von der Belastbarkeit weiter, andererseits buhlen ihre Verwaltungen um industrielle Neuansiedlungen.

Diese Gespaltenheit ist eine Ursache für das wirtschaftliche Gefälle in der Bundesrepublik. Unternehmen sind sehr sensibel – müssen es auch sein, denn Investitionen sind auf sehr lange Zeiträume geplant. In Regionen, wo man ständig von Sondersteuern, Bildungsurlaub und anderen Belastungen daherredet, können sie ihre Zukunft nicht sehen. Sie erkennen sie nur dort, wo auf Erprobung der Belastbarkeit verzichtet wird, wo der Gewinn als Quelle wirtschaftlicher Gesundheit und sicherer Arbeitsplätze noch etwas gilt, wo neue Technologien nicht verteufelt, sondern beherzt angewendet werden.

Brandt verbeugt sich

Von Jürgen Liminski

Es war eine jener unangenehm-freundlichen Familienszenen, die der westliche Fernsehkonsument serienmäßig erleben darf: Ein ahnungsloser Onkel wird von J. R. und dessen Helfern mit breitem Grinsen begrüßt. Fidel Castro als der kaltblütige Chefintrigant der Karibik und Daniel Ortega als sein regionaler Vollstrecker ließen es sich nicht nehmen, nacheinander mit dem Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) abgelichtet zu werden; die Bilder gingen anschließend um die Welt.

Brandts höflich-herzliche Verbeugung vor den beiden spiegelt die Haltung der SI zum Krisenherd Mittelamerika wider. Die meisten sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien dieser Weltorganisation europäischen Ursprungs haben in Europa im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre den wirtschaftlichen Lehrsätzen von Karl Marx zwar abgeschworen, wenn auch manchmal mit überkreuzten Fingern hinter dem Rücken. Nicht aber widersagten sie der Befreiungsideologie ihres Ahnherrn.

Die SI sieht sich nach wie vor als Anwalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Nur: Seit es schwerer geworden ist, den wohlbeleibten und sozial abgesicherten Arbeitnehmern in Europa ihre Notlage vor Augen zu führen, sucht die SI ihr Publikum in Übersee, vorwiegend in der Dritten Welt Zentral- und Südamerikas. Dort werden auch eindeutig pro-sowjetische Parteien als Vollmitglieder aufgenommen (Beispiel Grenada), während die osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien im Exil nur beratende Funktion in der SI eingeräumt bekommen.

Brandts Mission in Nicaragua ist gescheitert, wie zu erwarten war; für die Comandantes wie auch für Castro ist er nur ein Gesprächspartner, der der marxistischen Revolution und ihren totalitären Regimen in Havana wie in Managua vor den Augen der westlichen Welt Glaubwürdigkeit und politische Salonfähigkeit verleihen soll. Daß Brandt sich dafür nicht zu schade ist, gehört zu den Geheimnissen seiner Art von sozialistischem Internationalismus.

Eigene Erfahrung

Von Detlev Ahlers

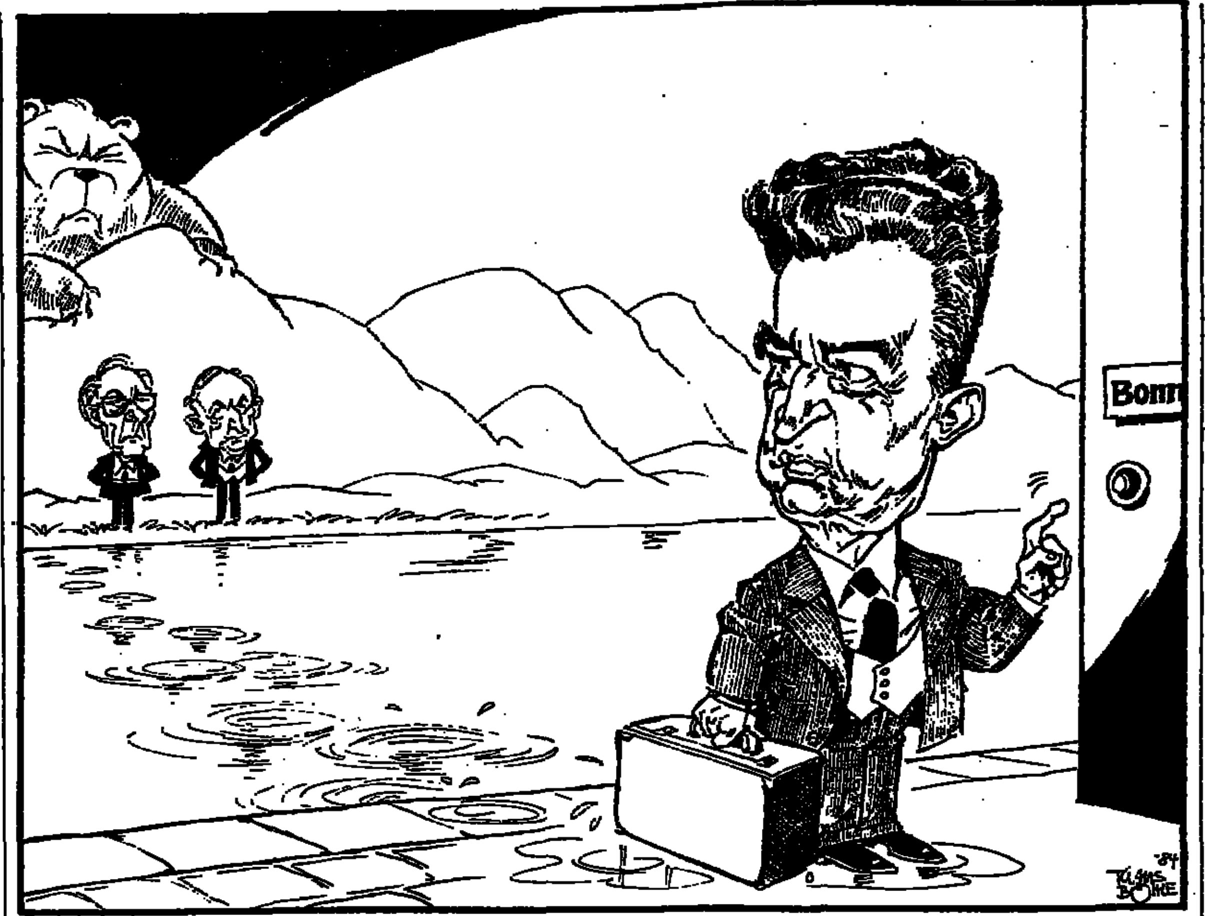
Auf dem Parteitag der britischen Konservativen trat ein Rebell auf: Pete Townshend (39), Gitarrist, Texter und Komponist einer der wildesten Beat-Bands, der „Who", die jüngst aufhörte, nach zwanzig Jahren. Was ihn nach Brighton führte, war eine Pressekonferenz der Jung-Konservativen über Heroin, das in gepantschtem Zustand – nicht nur auf der Insel – inzwischen vom Rauscheffekt her fast so billig ist wie Whisky. Mr. Townshend hat mit beidem Erfahrungen gesammelt. Inzwischen beschränke er sich auf Tabak und Kaffee, sagte er.

Rauschgift ist ein Massenproblem geworden. Die Haschischraucher in den Pariser Salons des neunzehnten Jahrhunderts, das Kokain-verschneite Berlin der zwanziger Jahre und frühe LSD-Versuche von Intellektuellen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erweiterten die Literatur und führten nur in Einzelfällen zum Tode. Doch seit zwanzig Jahren sterben junge Leute jede Woche zu Dutzenden; fast ausschließlich durch Heroin.

Die Rauschgifte haben in diesem Zeitraum die Beatmusik mitbestimmt – und die Schlager die Einstellung der Jugendlichen zu ihnen. So sangen die „Who" psychedelisch beschwingt über die „Bilder von Lilly – sie machen meinen Geist so wunderbar". Und sie fragten in ihrem Hammer-Rhythmus: „Was ist die Portion, die höchsten Höhen zu erreichen?"

Diese Frage hat Mr. Townshend auf der Pressekonferenz offengelassen. Er sagte nur, wie man in die tiefsten Tiefen fällt – bereits eine Portion Heroin kann genügen. Danach ist man willenlos den Händlern ausgeliefert. Und nur die Reichen, wie Mr. Townshend, haben das Geld, sich von Ärzten wieder hochholen zu lassen.

Wenn einer der meistgehörten Kritiker der englischen Nachkriegsgesellschaft, einer der erfolgreichsten Texter der antiautoritären Wilden nun auf dem Parteitag der Konservativen eindringlich vor den eigenen Irrwegen warnt und die Forderung unterstützt: Lebenslange Haft für Heroinhändler! – dann ist das bemerkenswert. Dann ist das nicht nur eine Lehre für junge Menschen; die Älteren könnten überlegen, ob diese Mörder auf Raten nicht auch in der Bundesrepublik bestraft werden sollten wie andere Mörder.



Am Ziel KLAUS BÖHLE

Ein Amt und eine Meinung

Von Enno v. Loewenstern

Was den Betrachter an der gegenwärtigen Gifthysterie nicht zum wenigsten verwundert, ist die Rolle gewisser Behörden. Da wird beispielsweise ein Bericht des Umweltbundesamtes über Autoabgasprobleme bekannt. Ein andermal stellen drei Bundesbehörden, das Umweltbundesamt eingeschlossen, einen Bericht über Formaldehyd vor.

Diese Berichte sind von zweifelhaftem Wert. Aber selbst wenn sie ohne Fehl und Tadel wären, wüßte man gern, wieso Behörden selbständig oder quasiselbständig Umwelt- oder sonstige Politik machen.

Der Abgasbericht des Umweltbundesamtes war zusammengeschrieben aus anderer Leute höchst unzulänglichen Untersuchungen, wonach Autos bei weniger Tempo auch weniger Benzin verbrauchen und demzufolge weniger Abgase abgeben. Zur Frage, was die Ursachen des Waldsterbens sind und wie man sie am besten abstellt, trug er nichts bei. Ob bei einem Tempolimit mehr Staus entstehen und daher womöglich mehr Abgase erzeugt werden, wurde nicht einmal angeschnitten.

Um so mehr Abgas wurde in der Diskussion erzeugt. Nun, so schrillte es, hätten Fachleute belegt, daß ein Tempolimit die Rettung des deutschen Waldes sei, aber diese Regierung tue nichts. Woraufhin ein bestimmter öffentlich-rechtlich berieselter Teil des Publikums weise nickte und sprach: da hilft nur eins, nämlich grün wählen, denn diese Regierung tut ja nichts.

Mit dem Formaldehyd war es ähnlich. Da traten gleich drei Ämter auf, zu einem lieblichen Klumpen geballt, und legten einen Bericht vor, daß der Blätter- und Antennenwald rauschte. Refrain: Formaldehyd wird verboten, ui, da wird sich aber die Industrie ärgern! Tatsächlich enthält der Bericht kaum Verbotsforderungen. Was er enthält, ist die Einsicht, daß Formaldehyd, wie so viele Substanzen, dann gefährlich wird, wenn man es damit übertreibt.

Seit längerem, verrät er uns, seien „Sensibilisierungen und Befindlichkeitsstörungen" durch geringe Konzentrationen von Formaldehyd bekannt. Aber dann hätten Experimente „zu dem Verdacht eines krebserzeugenden Potentials geführt". Diese Befunde zwängen „zu einer umfassenden Risiko-Nutzen-Bewertung." Erste Erkenntnis: Man hat zwar ein paar unglückliche Ratten mit Überdosen völlig nutzlos gequält, aber es gibt „keine hinreichenden Anhaltspunkte, daß Formaldehyd beim Menschen Krebs erzeugt". Jedoch: „Da nicht alle Verdachtsmomente ausgeschlossen werden können, bleibt ein Verdacht auf ein krebserzeugendes Potential bestehen."

Dieser Verdacht besteht allerdings auch für Wasser, Salz, Milch, Schokolade und Sonnenschein, wenn man sie im Übermaß zu sich nimmt. Sei's drum; man erfährt, liest man das Produkt durch, daß Autoabgase (willkommen, ihr alten Freunde!), Schornsteine (Gruß auch euch!) und nicht zuletzt die liebe alte Zigarette Formaldehyd verströmen, und schließlich wird angeregt, daß nicht zu viel Formaldehyd in einem Raum zusammenkommen sollte; also, wenn die Stühle damit hergestellt werden, dann tunlichst nicht auch der echte Perser.

An einigen Empfehlungen mag ja was dran sein. Aber das hätte die Behörde im Wege von Auflagen ohne jede Aufregung abwickeln können. Das Trara mit dem Krebsverdacht war Unfug, und Unfug waren die gezielten Indiskretionen, die Industrie habe diesen Bericht verhindern wollen. Verdenken könnte man's ihr allerdings nicht, wenn man sieht, wie hier ein unbewiesener Krebs zum Elefanten aufgepumpt wurde, um die verbliebene Mücke zu dramatisieren. Was vor hundert Jahren die damals jäh aufblühende Bakterienhysterie war, als feine Damen nur noch mit Tüchlein vor dem Mund herumliefen, auf daß nur ja keine Bakterie hineinschwirre, das wird heute amtlich erzeugt zum Nachteil der seelischen Befindlichkeit.



Wer regiert hier eigentlich? Umweltamts-Präsident Heinrich v. Lersner FOTO: KLAUS MEHNER

Hier fragt sich der erstaunte Staatsbürger, wofür wir denn eigentlich eine Regierung haben, wenn einzelne Behörden ihre Privatpolitik machen. Da wurde von der sozialliberalen Regierung, um Umweltbewußtsein zu zeigen, ein Umweltamt aus dem Leben gestampft. Es wurde rasch mit mehr oder weniger qualifizierten Kräften besetzt. Diese schreiben nun, um beim Beispiel zu bleiben, anderer Leute völlig unzureichende Abgasberechnungen ab – was jeder Journalist kann, allenfalls wäre das Deutsch dann besser – und veröffentlichen das. Der verantwortliche Minister, in diesem Fall Zimmermann, steht da, als werde er von seiner eigenen Behörde gegängelt. Der im Fall Formaldehyd zuständige Minister, Geißler, steht kaum besser da, wenn er die Veröffentlichung durch untergeordnete Behörden hilflos mit einer „ersten Stellungnahme" (!!!) begleitet.

Wer regiert hier eigentlich? In einer ordentlichen Regierung würde der jeweils Verantwortliche, nämlich der Minister, sich den jeweiligen Bericht vorlegen lassen und danach entscheiden. Und wenn seine Behörde hintenherum handelt, dann würde er ihr einen ganz fürchterlichen Dampf machen, egal wieviel Formaldehyd dabei emittiert wird; dafür gibt es die Disziplinargerichtsbarkeit. So aber entsteht Stück für Stück der Eindruck, daß diese Regierung ein „pitiful helpless giant" ist (um einen berühmten amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen), dem nicht nur die elektronische Überregierung, sondern auch jeder subalterne Glaubenskämpfer auf der Nase herumtanzt. Diesem Eindruck endlich entgegenzuwirken „wäre praktizierte Vorsorge aus Verantwortung" (Formaldehyd-Bericht, Seite III).

IM GESPRÄCH Paz Barnica

Der neue Kurs in Honduras

Von Günter Friedländer

Den kleinen, behenden und wortreichen Außenminister von Honduras haben zunächst alle unterschätzt, die glaubten, Honduras werde auch in Zukunft von seinen Generälen regiert. Doch schon vor dem Fall des bis dahin allmächtigen Generals Gustavo Alvarez Martinez und seiner engsten Mitarbeiter Ende März war aus dem Außenministerium die warnende Stimme Paz Barnicas hörbar, sein Land sei mehr als ein Bauer auf dem Schachbrett der Washingtoner Mittelamerika-Politik. Er rechnete dabei auch mit Sympathien mancher Kreise im State Department der USA.



Will kein Bauer auf dem Schachbrett sein: Paz Barnica FOTO AP

Zyniker wollen den neuen Kurs Paz Barnicas zu einer Preisfrage herabspielen. Honduras erhielt 1983 nur knapp 97 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe von den USA – 23,63 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, deren Auslandsschuld 488 Dollar pro Kopf beträgt. Doch so wichtig die Hilfe für das ärmste Land Mittelamerikas sein mag: Man soll nie den Stolz der Armen unterschätzen. Wenn Paz Barnica von Honduras' Souveränität spricht, ist das kein Versuch, dem großen Bruder im Norden mehr Geld abzupressen. Paz Barnica sieht vielmehr die Außenpolitik seines Landes nicht nur als Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, sondern auch zu den unmittelbaren Nachbarn.

In Honduras wurden von den Vereinigten Staaten dreimal mehr Salvadoraner als Honduraner militärisch ausgebildet, was viele in Honduras beunruhigte. Denn wer kann versprechen, daß El Salvador – wer immer den Bürgerkrieg gewinnt – mit diesen Soldaten nicht einmal an eine Neuauflage des „Fußballkrieges" von 1969 denkt, um die ungelösten Grenzfragen zu entscheiden, die auch der Vertrag von 1980 offenließ? Und können die Honduraner wissen, ob nach den Wahlen in den USA die Politik der Konfrontation mit den Sandinistas fortgesetzt wird? Mondale hat versprochen, als Präsident den „ungerechten" Krieg gegen die Sandinistas in hundert Tagen zu beenden. Und vielleicht setzt sich selbst nach einem Sieg Reagans im Kongreß Mondales Richtung durch, zumal da der Kongreß bereits jetzt Schwierigkeiten macht ... So hielt die honduranische Regierung es für nur logisch, die Ausbildung der Salvadorianer auf ihrem Gebiet zu verbieten.

Gleichzeitig bot Paz Barnica Nicaragua ein friedliches Zusammenleben an. Das bringt Honduras näher zur Contadora-Gruppe, deren Bemühungen nach Paz Barnicas Worten „der Region einen geeigneten Rahmen bieten". Deutlich an Washington gerichtet sagt er: „Honduras sieht keine Schwierigkeit darin, seine schwebenden bilateralen Angelegenheiten mit einem oder mehreren Ländern des Raumes zu besprechen." So hat der Außenminister Bewegungsfreiheit in einer Zeit, in der eine Befriedung El Salvadors möglich erscheint.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Das Hagener Blatt meint zum Ceausescu-Besuch:

Er beansprucht Eigenständigkeit, und damit findet er natürlich den Beifall seiner westlichen Geschäftspartner. Bevor man jedoch deswegen Ceausescu zum guten Kommunisten hochlobt, empfiehlt es sich, hinter die rumänischen Grenzen zu blicken, wo der parteiamtliche Alleinherrscher mit eher noch härterer Hand regiert, als seine Kollegen in den anderen Volksrepubliken es tun.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zu dem Besuch:

Nicht auszuschließen ist ..., daß Ceausescu in seinem Reisegepäck einen Zettelkasten aus Moskau mit Anmerkungen darüber hat, in welchen Bereichen man im Kreml entgegen der offiziellen Unnachgiebigkeit Kompromißmöglichkeiten und neue Anknüpfungspunkte für den Dialog zwischen den Blöcken und den sie führenden Supermächten sieht.

OFFENBURGER TAGEBLATT

Die Zeitung kommentiert einen Vorschlag der Sozialministerin von Baden-Württemberg, Frau Schäfer:

Sollen Kuren teilweise auf den Erholungsurlaub angerechnet werden? Das erscheint sinnvoll, wenn man bedenkt, welche Belastung es für betriebliche Abläufe bedeuten kann, wenn als Summe von Kur- und Urlaubszeit eine Schlüsselkraft ein volles Quartal ausfällt. Das wird aber fragwürdig, wenn der Erfolg einer kostenträchtigen, aber auch oft sehr anstrengenden Kur gefährdet wird, weil kein Spielraum zu ausreichender Nacherholung bleibt. In vielen Fällen ist Frau Schäfers Vorschlag vernünftig, ja überzeugend, weil bei durchschnittlich 30 Urlaubstagen die Teilanrechnung einer Kur zumutbar und vom Solidargedanken voll gedeckt erscheint.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert das Verhältnis von Warschau zu Ost-Berlin:

Der wahrscheinlich nicht ganz freiwillige Verzicht Erich Honeckers auf die geplante Reise nach Bonn ist von manchen Polen mit durchaus verschiedener politischer Orientierung mit unverkennbarer Schadenfreude zur Kenntnis genommen worden. Äußerungen des ostdeutschen Kommunistenführers über das Scheitern der innerdeutschen Begegnung werden sorgfältig registriert und dem polnischen Publikum kommentarlos serviert. Andererseits betreibt das Regime Jaruzelski gegenüber Honecker eine Taktik der Umarmung. Das sehr repräsentative polnische Aufgebot beim DDR-Jubiläum scheint indessen von den ostdeutschen Kommunisten kaum beachtet worden zu sein, weil sie sich auf Gromyko konzentrierten.

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung schreibt zu den jüdischen Siedlungen

Im Westufer- und Gazagebiet macht sich bemerkbar, daß die Regierungsmitglieder, die sich mit den Problemen der besetzten Gebiete zu beschäftigen haben, zum ersten Mal seit sieben Jahren Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitspartei sind. Das spüren sowohl die jüdischen Siedler wie die palästinensischen Einwohner – allerdings mit entgegengesetzter Wirkung: Die einen sind erbittert, die andern horchen auf.

Der makabre Studentenulk und die Weltraumabwehr

Was ein Vorfall an der Brown University lehrt / Von Thomas Kielinger

Für sich allein klingt die Geschichte wie eine von diesen schwarzen Komödien – und so war sie wohl auch gemeint. „Studenten verlangen Zyankali für den atomaren Ernstfall", meldeten Schlagzeilen das Ereignis an der renommierten amerikanischen Ostküstenuniversität Brown in Providence, Rhode Island.

Der Casus: Eine junge Schar fanatischer Bewußtseinserreger hatte es fertiggebracht, für die hausinternen Herbstwahlen unter anderem darüber abstimmen zu lassen, daß die Krankenstation der Uni, bitteschön, Zyankali-Pillen bereitzuhalten habe, für den Tag X – den Ausbruch eines atomaren Krieges. Es solle nämlich den Studenten die Möglichkeit geboten werden, sich selber das Leben zu nehmen, ehe der Atomtod sie dahinrafft.

Ein Drittel des Studentenvolkes begab sich zu den Wahlurnen, und von diesen stimmten 60 Prozent – also 19,8 Prozent der Studentengesamtzahl – für den Zyankali-Wunsch. Eine „Mehrheit", wie das in Wahlstatistiken zu heißen pflegt. Das Ergebnis (welches die Verwaltung der Universität ignorieren wird) ist in vieler Hinsicht kurios. Zum einen meldet sich hier ein versprengter Spät-Trupp der antiatomaren Hysteriebrigade in den USA zu Wort. Die Mehrheit der akademischen Jugend beschäftigt sich mehr mit Beruf und Fortkommen als mit dem Atomtod.

Ferner mutet es höchst atypisch an, eine prominente Gruppe in Amerika nach der Verwaltung als dem Heilbringer, dem Versorgungspflichtigen, rufen zu sehen. In Sachen Tod und Leben pflegt der Amerikaner sich nicht unbedingt an den Staat zu wenden; er sucht vielmehr gern beim eigenen Handeln sein Heil. Wie sonst ist die Liebe des US-Bürgers zu seiner Schußwaffe zu erklären, zum Recht, Waffen zu tragen, in Grenzfällen die Initiative in der Hand zu behalten, zur Verteidigung oder wozu immer? Der Ruf der Studenten nach der administrativ gelagerten Selbstmord-Pille wirkt daher wie ein mutativer Sprung in einer Gesellschaft, die sich bisher erfolgreich gegen die Sozialisierung des Lebens – und des Lebensendes – gewehrt hat.

Schließlich liegt eine beträchtliche Portion Irrealität in der Erwartung, ausgerechnet in Providence, Rhode Island, werde man die Wahl behalten, nach einem nuklearen Erstschlag sein Leben freiwillig zu beenden: Militärische Installationen in Quonset Point, Rhode Island, im nahegelegenen Mystic, Connecticut, dazu der ebenfalls nahe Auslaufhafen der „Trident"-Atom-U-Boote in Groton, Connecticut lassen vielmehr die Vermutung zu, daß diese anmutige Gegend der USA zu den ersten Zielpunkten eines feindliches Atomschlags würde.

Ende der Debatte? Mitnichten. Ein viel ernsteres Phänomen liegt vor. Unabhängig von den absonderlichen Späßen einer Minderheit an der Brown University – achtzig Prozent aller weniger als dreißig Jahre alten Amerikaner rechnen mit einem Atomkrieg (laut einer kürzlich verabstalteten Umfrage von Yankelovich), und davon meint wiederum die Hälfte, daß dies bereits in den nächsten zehn Jahren eintreten werde. Solche Umfrageergebnisse gibt es immer wieder.

Der hohe Prozentsatz dieses Atomfatalismus läßt aufhorchen. Die Folgerung liegt nahe, daß die bisher gültige Abschreckungsstrategie der „gegenseitig angedrohten sicheren Vernichtung" vielleicht wirklich auf die Dauer nicht zu halten ist.

Niemand hat dies schärfer erkannt als die gegenwärtige amerikanische Regierung. Die Pläne zu einer neuen defensiven Strategie, wie die Reagan-Administration sie vorantreibt (unter dem Arbeitstitel der „Strategic Defense Initiative" – SDI –, auch „Star Wars" genannt), haben hier ihre eigentliche philosophische Wurzel. Schon Präsident Eisenhower ging davon aus, daß die Amerikaner sich nicht auf immer mit der glaubwürdig angedrohten Vernichtung als dem Gütesiegel ihrer Sicherheit würden schlafen legen wollen.

Wenn diese Furcht mehr ist als nur ein Agitationsmittel, wenn tatsächlich die Menschen der freien Welt nicht mehr ruhig mit ihrer Vergeltungsdrohung leben können oder wollen, dann allerdings gibt es nur eine Alternative – entweder bedingungslose Kapitulation vor demjenigen, der die härteren Nerven hat, oder aber die Entwicklung einer Defensivwaffe, die die atomare Drohung (und damit auch die Gegendrohung) obsolet macht. Es ist freilich kurios, daß oftmals dieselben, die eben noch die Unerträglichkeit der Abschreckungsstrategie beschworen, sich heute ebenso leidenschaftlich gegen eine Raketenabwehrstrategie wenden. Sie müssen allerdings recht mühsam erklären, warum die armen Sowjets ein Recht auf Raketenangriffe behalten sollen. Der Vorfall an der Brown University, soweit man ihn überhaupt ernst nehmen kann, müßte Reagan eher bestärken.

Der Pfarrer bleibt, auch wenn die Gemeinde stirbt

400 Jahre ist sie alt, die deutsche evangelische Gemeinde in Bukarest. Auch wenn sie auf 2000 Seelen zusammengeschmolzen ist, bleibt sie doch vor allem für die Alten ein Hort der Hilfe und ein Band zum Deutschtum.

Von CARL G. STRÖHM

Der Gottesdienst ist auf den ersten Blick so evangelisch, lutherisch und deutsch wie irgendwo in Schleswig-Holstein oder in Württemberg. Die Wände der dreischiffigen Kirche, die im 19. Jahrhundert im neoromanischen Stil gebaut wurde, sind frisch geweißt und strahlen fast nordische Kühle aus. Über dem mit den typischen Luther-Rosen verzierten Altar prangt ein schlichtes Kruzifix.

Doch ist diese Gemeinde weit von Deutschland entfernt. Viele der Menschen, die hier auf deutsch lutherische Choräle singen, haben Deutschland niemals gesehen. Es ist ein herbstlicher Sonntagmorgen in Bukarest. In der deutschen evangelischen Kirche – sie liegt in der „Strada Luterana" (der Luther-Straße) – hat sich die Gemeinde versammelt, um die Predigt zu hören.

Der Stadtpfarrer Günter Ambrosi – er stammt wie viele der hier Anwesenden aus Siebenbürgen – predigt über I. Mose, Vers 26–31: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde ... und schuf sie als Mann und Weib ... und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und machet sie Euch untertan ..."

Der Pastor, der sein Amt als Seelenhirte der deutschen Protestanten in der rumänischen Hauptstadt seit 19 Jahren versieht, hält keine optimistische Predigt. Er spricht von den Enttäuschungen und Bitternissen, die ein Mensch im Leben durchmachen muß. Die Not klingt an – nicht nur die materielle, sondern auch die seelische. Auch von jenen ist die Rede, die ein Paradies auf Erden errichten wollen und ihren Mitmenschen statt dessen die Hölle bereiten.

Die Kirche ist an diesem Tage mittelmäßig besucht: vielleicht 100 Menschen – meist ältere, darunter viele Frauen. Viele, denen man die Armut an ihrer Kleidung ansieht, haben sich auf den Bänken niedergelassen. Eine kleine Gruppe norddeutscher und dänischer Touristen wird sofort an der Qualität ihrer Kleidung erkannt.

Die deutsche evangelische Gemeinde in der Hauptstadt Rumäniens hat heute etwa 2000 Mitglieder – etwa halb soviel wie noch vor 10 Jahren. Die Ausreisewelle, welche die Deutschen in Siebenbürgen und im Banat erfaßt hat, ist auch hier spürbar. Die meisten Jungen, die meisten Intellektuellen – also die Angehörigen der „gehobenen" Berufe – wollen raus in die Bundesrepublik Deutschland.

Pfarrer Ambrosi aber will bleiben. Er habe, so sagt er, früher einmal einen Ausreiseantrag gestellt und ihn dann wieder zurückgezogen. „Mein Platz ist hier, hier habe ich eine Aufgabe wie sonst nirgends auf der Welt." Und dann fährt er fort: „Selbst wenn wir eine sterbende Gemeinde sein sollten – auch der Tod kann 20 und 30 Jahre dauern." Inzwischen gibt es für den Geistlichen Aufgaben genug: 20 Konfirmanden müssen unterrichtet werden. Es gibt – wenn auch in den vom kommunistischen Regime gesteckten engen Grenzen – eine evangelische Jugendarbeit.

Die jungen Schüler und Studenten lesen die Bibel, aber auch Gedichte, etwa von Reiner Kunze, der hier besonders beliebt ist. Oder sie hören Tonbänder mit den Liedern von Reinhard Mey. „Glauben Sie, es wäre vermessen, wenn ich Reinhard Mey bitte, einmal zu uns zu kommen, um für unsere Jungen zu singen?" meint der Pfarrer. Denn dieser Sänger treffe wie kein anderer die Situation seiner Schäflein.

Der Pfarrer veranstaltet jährlich ein Sommerlager am Schwarzen Meer für die deutsche evangelische Jugend, von dem die Kinder begeistert sind – weil dort jene freie Atmosphäre und jene menschliche Gemeinschaft vorhanden sind, die sie im Alltag sonst oft entbehren müssen.

Dann gibt es aber vor allem die unsägliche Not vieler alter Menschen, die sich nicht mehr selber helfen können und die in einer auf Produktion orientierten Gesellschaft oft völlig sich selbst überlassen sind.

„Wenn es uns doch gelingen würde, die Mittel für ein deutsches Altersheim zusammenzubringen," seufzt der Pfarrer. „Die jüdische Gemeinde hier in Bukarest hat so ein Heim. Wenn wir uns mit denen auch nicht messen können – etwas sollte doch für unsere Alten und Einsamen getan werden."

Zwei Frauen vom „Nächstendienst" der evangelischen Gemeinde berichten über erschütternde Schicksale alter Menschen in der Hauptstadt. „Wenn wir hören, daß die deutschen Kirchen viel für Polen und für Nicaragua spenden, finden wir das natürlich gut. Aber wir sind traurig, daß es für unsere Hilflosen keine regelmäßige Hilfe gibt," sagen sie. Man brauche vor allem hochwertige Lebensmittel, denn die Alten seien oft nicht in der Lage, sich das Nötigste durch Schlange stehen zu beschaffen.

Als der Pfarrer zur Kollekte aufruft, bittet er, vor allem derer zu gedenken, die im Winter vielleicht kein Heizmaterial haben und frieren werden.

400 Jahre besteht die deutsche evangelische Gemeinde in Bukarest. Einst stand sie unter dem Patronat der schwedischen Könige. Die Zeit, da angesehene Kaufleute auf diesen Bänken saßen und die rumänische Königin Carmen Silva – eine gebürtige Prinzessin Wied – bei der Ausgestaltung der Kirche selber Hand anlegte, ist längst vorbei. Feuersbrünste, Krieg, Verschleppungen, kommunistische Machtergreifung und zuletzt ein Erdbeben hat diese Kirche überstanden – „ein Denkmal der göttlichen Gnade, erbaut von Glaubenstreue, Bruderliebe und edler Toleranz". So lautet die Inschrift über dem Eingang zum Mittelschiff.

Wird diese Kirche bald nur noch ein Museum sein, wenn die letzten Deutschen sich in alle Winde verstreut oder das Zeitliche gesegnet haben? Der Stadtpfarrer von Bukarest, im Dienst ergraut, ohne Illusionen aber doch von der Zuversicht seines Glaubens erfüllt, sieht dies alles klar und deutlich. Aber er gibt nicht auf.



Leben aus dem Abfall: Frankreich spricht von der „neuen Armut" – Immer mehr Menschen sind ohne Einkommen.
FOTO: MICHEL LAURENT/GAMMA

Die Zeit der neuen Clochards

Ein Gespenst geistert durch Frankreich, die „neue Armut". Es ist ein wachsendes Phänomen unter den 2,4 Millionen Arbeitslosen des Landes.

Von A. GRAF KAGENECK

Das Zimmer ist klein und schmucklos. Religiöse Motive hängen an den verwaschenen Wänden. Eine Mutter Gottes mit dem Jesuskind, eine Christus-Allegorie und das Porträt vom heiligen Vinzenz von Paul, der im 17. Jahrhundert die Grundlagen christlicher Caritas in einem Frankreich legte, das noch von mittelalterlichem Elend der Städte gekennzeichnet war.

„Deine Qual ist meine Qual" steht unter dem gütigen Gesicht des Patrons der Galeeren-Sträflinge. Wir sind in einem der zwei Büros, welche die „Mannschaften des heiligen Vinzenz" in Paris unterhält. Es liegt im 11. Arrondissement hinter dem Friedhof Père Lachaise, einem der ärmsten Viertel der Zwei-Millionen-Stadt.

Die drei Damen, die uns empfangen, legen jeden Nachmittag von 14 bis 18 Uhr die Finger in die neueste, häßlichste Wunde Frankreichs: die „neue Armut", von der plötzlich jeder Bischof, jeder Politiker und jeder Bürgermeister des Landes spricht. Sie tun es freiwillig und mit christlichem Engagement. Eine von ihnen, Madame Martin, ist eine hauptberufliche Sozialarbeiterin, die beiden anderen sind Hausfrauen und Mütter. „Sie haben einen schlechten Tag erwischt", sagt Madame Martin. „Heute sitzen nur Vier draußen. Gestern waren wir vier Stunden lang überlaufen." Die Vier sitzen auf den Holzstühlen im Vorzimmer und knautschen ihre Taschentücher. Drei Mädchen aus Afrika, ein Nordafrikaner jenseits der 50.

Zwei Tage vorher hatten die Bürgermeister von fünf französischen Großstädten, darunter Jacques Chirac aus Paris, die Presse um sich versammelt, um die Sturmglocke zu läuten. „Wenn nicht sofort etwas geschieht, wird es bei uns im Winter Tote geben, wir haben allergrößte Befürchtungen", hatte Chirac gesagt.

Die Befürchtungen des Bürgermeisters werden hier in der Rue Oberkampf im 11. Bezirk handgreiflich dokumentiert. „Die Zunahme der Leute, die in äußerster Not bei uns Schutz suchen, ist erschreckend. 1983 hatten wir 2120 Fälle, 820 davon waren neu, das heißt noch nicht registriert. In den ersten vier Monaten dieses Jahres kamen 1280 Menschen erstmals zu uns. Wir rechnen mit insgesamt 4000 Neuzugängen am Ende dieses Jahres. Schon jetzt beträgt die Zunahme von einem Jahr aufs andere mehr als 60 Prozent." So Madame Martin.

Eine ihrer Mitstreiterinnen weist auf die erschreckende Altersstruktur der Hilfsbedürftigen hin. „53 Prozent jünger als 45. Fast alle sind Arbeitslose, die keinerlei Unterstützungs-Ansprüche mehr stellen können und seit Monaten nach einer Stelle suchen. Sie haben oft nur noch das nackte Leben zu verteidigen und keinerlei Mittel mehr." Wer in Frankreich eine statistisch genügend lange Zeit in Verdienst war, hat Anspruch auf 21 Monate Unterstützung.

Das variiert aber von Departement zu Departement, seit Frankreich von den Sozialisten „dezentralisiert" wurde, und liegt im Ermessen der Präfekten und Bürgermeister. So gibt es eine Wanderbewegung, die das Land bisher nicht kannte: Arbeitslosen-Gruppen ziehen von Region zu Region und füllen die Städte auf der Suche nach besserer und längerer Unterstützung, das Elend an Ort und Stelle ständig vermehrend. Daher der Alarmruf der Bürgermeister.

„Die Armut ist wieder unter uns, wirklich", schreibt der Sozialausschuß des französischen Episkopats in einem Bericht, der mit den Worten „Achtung Armut" überschrieben ist. Man habe sich in 30 Jahren permanenten Wachstums der Illusion hingegeben, es gebe Überfluß für alle und es werde sich allmählich ein breiter wohlhabender Mittelstand bilden, der weder soziale Ungerechtigkeit noch etwa Armut, dieses Überbleibsel aus dem Mittelalter, kenne. Und nun sei die Armut plötzlich wieder da, und sie bleibe nicht etwa auf einem gewissen Niveau, sondern nehme ständig „in erschreckendem Tempo" zu. Sie sei „unerträglich und degradierend" und treffe mehr und mehr den Durchschnitts-Franzosen. Der Arme sei heute nicht mehr nur der Afrikaner oder Asiate auf französischem Boden, sondern der Franzose selber.

„Die langfristige Arbeitslosigkeit hat vernichtende Folgen für viele, die von ihr betroffen sind. In den meisten Fällen verlieren sie das Selbstvertrauen und werden rasch zu Randgruppen in der Gesellschaft", schreibt die OECD in einem Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Europa.

Hier in der Rue Oberkampf kann man diese Folgen mit Händen greifen: Da ist eine junge Frau von 27 Jahren. Seit vier Monaten schläft und wohnt sie mit ihren vier Kindern in einem Auto, das einzige Wohnheim, das ihr geblieben ist, nachdem man sie wegen Nichtzahlung der Miete nach einem Jahr aus ihrer Sozialwohnung vertrieben hat. Seit einem Jahr sucht ihr Mann, ein „Ingenieur von hohem kulturellem Niveau" (Madame Martin), nach einem Job. In einem Armen-Asyl des Viertels wollte man die Familie der Kinder wegen nicht aufnehmen, da man ihnen das vorgeschriebene Wecken um 6.30 Uhr nicht zumuten konnte.

Der Fall alleinstehender junger Frauen mit oder ohne Kinder ist der häufigste. Arbeitslosigkeit zerrüttet Ehen. Hinzu kommt, wie die Damen des heiligen Vinzenz anklagend bemerken, die Liberalisierung des Scheidungsrechts unter Giscard und Mitterrand, die Frauen benachteiligt. Die Folge ist eine rasante Zunahme der Prostitution. Wer noch das Glück hat, in einem der elenden Hotels in Ost-Paris unterzukommen, zahlt sein Zimmer „auf dem Kanapee", oft mit Wissen und zum zusätzlichen Verdienst des Wirts. Natürlich gibt es keinerlei medizinische Kontrolle dieser „neuen Prostitution". Das Zunehmen der Geschlechtskrankheiten, vor dem die Ärzte nicht müde werden zu warnen, ist die Folge.

Eine weitere Folge ist die Zunahme der Kriminalität. „Sie nährt sich aus zwei Quellen", erzählen die Helferinnen, „dem Hunger und dem Verlangen nach Drogen, besonders bei den Jugendlichen. Wer im Manque ist, der Unterbrechung der Versorgung, schlägt immer rücksichtsloser zu. Wir haben manchmal Angst vor den jungen Menschen, die zu uns kommen."

Viel können die tapferen Damen von der Rue Oberkampf nicht machen. Eine Stelle vermitteln, eine Unterkunft besorgen, zu einer warmen Suppe verhelfen, meist bei der Heilsarmee, die ihren Mantel schon längst nicht mehr nur, wie zur Zeit ihrer Gründung, über die Opfer des Alkohols breitet. „Das schlimmste ist die Wohnungsnot. Hier um uns herum schlafen Dutzende von Menschen auf Parkbänken und unter Bäumen oder in halb verfallenen Grundstücken. Aber was machen sie im Winter? Sie haben alle gestern noch ein menschenwürdiges Dasein gelebt und sind heute Clochards, die neuen Clochards. Sie verstehen nicht, wieso ihnen das geschah, und fluchen auf die Menschheit."

Mit dem Licht gegen das Unkraut

Von DIETER THIERBACH

Die chemische Unkrautvernichtung ist nicht unumstritten, vielen sogar ein Dorn im Auge. Denn diese Substanzen bleiben auch noch im Lebensmittel wirksam, und zwar wirken sie auf viele Organismen giftig. Nun ist es gelungen, mit Hilfe der Bio-Chemie dem unerwünschten Grünzeug den letzten Rest zu geben.

Die bislang versprühten Chemikalien wirken nach ihrem Aufbau entweder als Zellgifte, Ätzmittel oder Gruppierungen, die den Stoffwechsel der Pflanzen aus dem Lot bringen. Mit neuen, äußerst wirksamen, aber für die Umwelt unschädlichen Unkrautvertigungsmittel, sicherten sich jetzt Wissenschaftler im amerikanischen Illinois die Patentrechte.

Die Amerikaner nahmen sich während ihrer zweijährigen Forschungsarbeit das Licht als Verbündeten. Denn das Blattpigment Chlorophyll ist das lebensnotwendige Elexier in der Photosynthese zum Aufbau von Kohlehydraten aus Kohlendioxid und Wasser. Der Energiespender Sonnenlicht hält dabei den Motor auf Hochtouren.

Forschungsergebnisse über die komplizierten Reaktionsabläufe in diesen chemischen Pflanzenfabriken haben die Entwicklung der neuen Herbizide ermöglicht: Das Licht der Sonne setzt den Zerstörungsmechanismus in Gang. Hauptkomponente der Agrarchemikalie ist eine normalerweise harmlose Aminosäure, die in allen pflanzlichen und tierischen Organismen vorkommt: Delta-Amino-Lävulinsäure, kurz ALA genannt, eine der unentbehrlichen Bausteine für das Gerüst des Blattgrüns.

Der Wolf im Schafspelz schleicht sich ins Unkraut ein, nachdem es vor Einbruch der Dämmerung versprüht wurde. Durch einen chemischen „Nachbrenner" unterstützt, werden klamheimlich über Nacht mit der zugesetzten ALA-Verbindung neue, überaus lichtempfindliche Gruppen, und das gleich in Mengen, gebildet. Da die Energiequelle Licht fehlt, werden diese nicht zum grünen Pflanzenfarbstoff weiterverarbeitet.

Ganz im Gegenteil: Bis zum Morgen ist der Grünspeicher randvoll mit lichtempfindlichen Bausteinen. Wenn dann im Morgengrauen die ersten Strahlen an die Moleküle kommen, geht das biochemische Pulverfaß hoch. Blitzschnell beginnt die Produktion aggressiver Gebilde, welche die Gewebestruktur der Pflanzen bei ihren Attacken durchlöchern. Diese Kettenreaktion beflügelt die Pflanzen zum Massenselbstmord. Die Membranen werden undicht, die Pflanze blutet regelrecht aus. Versorgungskanäle veröden, das Gebilde vertrocknet und stirbt ab.

Gibt Honecker in Helsinki Signal für Dialog?

rtr, Helsinki

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird heute zu einem dreitägigen Besuch in Finnland erwartet. Erste Aufschlüsse über das künftige Klima im Ost-West-Dialog werden von westlichen Diplomaten von Honeckers Tischrede erwartet, die er beim abendlichen Bankett mit dem finnischen Präsidenten Mauno Koivisto halten wird. Im Mittelpunkt der Gespräche werden jedoch bilaterale Themen und Handelsfragen stehen.

Nach der Absage seines Bonn-Besuches ist dies die erste Westreise Honeckers. Er wird von Außenminister Oskar Fischer begleitet. Im Vorfeld des Besuches hatte die „DDR" sich nach zehnjährigen Verhandlungen bereit erklärt, fast eine Million Dollar an Entschädigung für im Zweiten Weltkrieg vom Deutschen Reich verstaatlichten finnischen Besitz zu zahlen.

Dagegen haben die „DDR" wie die Bundesrepublik Deutschland finnische Kompensationsforderungen für Kriegsschäden beim deutschen Rückzug durch Finnland abgelehnt.

Reagan: USA sind verhandlungsbereit

rtr, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat seine Verhandlungsbereitschaft für ein Moratorium bei Tests für Weltraumwaffen bekundet. Im Nachrichtenmagazin „US News and World Report" sagte Reagan, er habe dem sowjetischen Außenminister Gromyko bei seinem jüngsten Gespräch in Washington mitgeteilt, die USA würden alle diese Dinge ohne Vorbedingungen diskutieren.

Reagan fügte hinzu, er werde einen harten und unnachgiebigen Kurs gegenüber der Sowjetunion nicht wiederaufleben lassen, falls er am 6. November erneut zum Präsidenten gewählt werde.

Atomwaffen sollten nicht nur begrenzt, sondern eliminiert werden, sagte der Präsident. Gleichzeitig verteidigte er seine kritische Bewertung der Sowjetunion als realistisch. „Ich glaube, es war an der Zeit, damit aufzuhören, unsere Beziehungen zu den Russen durch rosafarbene Gläser zu betrachten", meinte Reagan.

Enttäuschung in Athen über Besuch aus Bayern

CSU-Politiker diskutierten mit der „Nea Demokratia"

PETER SCHMALZ, Athen

Nach Athen gekommen sind sie, mit politischen Freunden Probleme der griechischen Innen- und Außenpolitik zu diskutieren und der konservativ-liberalen „Nea Demokratia" von Kostas Mitsotakis moralische Unterstützung zu geben für den Versuch, bei den Nationalwahlen im nächsten Jahr die moskaufreundliche Regierung des Sozialisten Andreas Papandreou aus dem Sattel zu heben. „Schützenhilfe zu leisten", wie es der Vorsitzende des Bundestags-Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle, an der Spitze eines Dutzends CSU-Politiker aus Straßburg, Bonn und München sagte.

Abgeflogen sind sie nach drei Tagen mit dem bedrückenden Gefühl, in wesentlichen die EG und besonders die NATO tangierenden Fragen selbst bei scheinbar Gleichgesinnten keinen Konsens finden zu können. Nach stundenlanger Debatte über den griechisch-türkischen Konflikt, der das Atlantische Bündnis an der strategisch bedeutenden Südostflanke empfindlich beeinträchtigt und in diesen Wochen erneut zu der Verweigerung Athens geführt hat, an NATO-Manövern teilzunehmen, konnte ein griechischer Parlamentsabgeordneter seinen Groll über die zaghaften deutschen Äußerungen nicht mehr zurückhalten. „Ich glaube", sagte er enttäuscht zu den Gästen, „sie wollen das nicht verstehen." Nur die sprichwörtliche Gastfreundschaft seines Landes hielt ihn davon ab zu äußern, was ihm offensichtlich auf der Zunge lag: „Warum seid Ihr zu feige oder zu vornehm, ein klares und unmißverständliches Wort für Freiheit und Menschenrechte zu sagen?"

Das diplomatische Taktieren der deutschen Besucher mußte den Mandatsträgern der konservativen Athener Oppositionspartei um so unverständlicher erscheinen, als sie selbst bei einem Besuch in Bayern vor einem Jahr ohne Zögern Partei ergriffen haben, als Politiker der regierenden „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung" (Pasok) sich geweigert hatten, die Berliner Mauer zu besichtigen. Die konservativen Griechen der „Neuen Demokratie", auf Einladung der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung" in der Bundesrepublik, flogen daraufhin spontan zu einem Besuch nach West-Berlin und demonstrierten an der Mauer, daß sie auch in einem fremden Land *für Recht und Freiheit* und gegen Unterdrückung und politische Aggression einzutreten wagen.

Wohl ist die „Nea Demokratia" in der Opposition und auf fast uneingeschränktem Gegenkurs zu Papandreous Pasok-Drift nach Moskau. Die Konservativen würden bei einem Wahlsieg im nächsten Jahr, der möglich erscheint nach den Europawahlen, bei denen beide Parteien nur noch durch wenig mehr als drei Prozent getrennt waren, die Wirtschafts- und Agrarpolitik radikal ändern, sie würden, so beteuern sie, die Universitäten aus dem Zugriff der Kommunisten und Fernsehen und Rundfunk aus den Fesseln der Regierung befreien. Bessere Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und eine engere Zugehörigkeit zur NATO sollen in einem Manifest verankert werden, das die „Nea Demokratia" in den nächsten Monaten als künftiges Parteiprogramm vorlegen wird. Aber in einem Punkt fühlen sie sich über die politischen Grenzen unverbrüchlich verbunden. „In nationalen Fragen", sagte der ND-Parlamentarier Demetrios Frangos, „sind wir Abgeordnete im Parlament alle der gleichen Meinung."

So sehr sich die Gastgeber auch mühten, die Bedeutung der 2463 Ägäis-Inseln als Wiege der griechischen Nation zu erklären und die Türkei, die nach über 50 Jahren der *Ruhe vor einem Jahrzehnt begonnen* hat, Gebietsansprüche zu stellen, Provokationen zu inszenieren und schließlich sogar das mit Landungsbooten ausgestattete „Ägäis-Heer" aufzubauen, als den Aggressor sichtbar zu machen – die Deutschen weigerten sich, den Ball aufzunehmen. „Ein sehr sensibles Thema", formulierte Biehle und referierte ungerührt über die globalen Gemeinplätze des Bündnisses.

Die Reaktion der Gastgeber formulierte der griechische Abgeordnete Aristidis Yapalis: „Ich bin ein Insulaner vor der Küste der Türkei. Und umgeben von einer feindlichen Welt komme ich mir dort vor wie ein West-Berliner." Die Besucher aus Bayern beantworteten das Bekenntnis mit Schweigen.

Das grüne Desaster von Detmold

Tiefes Mißtrauen bestimmt das Verhältnis zwischen Basis und NRW-Landesvorstand

WILM HERLYN, Düsseldorf

Rhetorisch gewandt konterte Otto Schily, Repräsentations-Grüner, die Frage: „Ist Ihre Partei nicht handlungsfähig?" „Nein – wir nehmen uns nur die Freiheit, alles gründlich zu überdenken." Das ist eine sehr vornehme Umschreibung der jüngsten chaotischen Landesversammlung der Grünen in Detmold. Sie bemäntelt das tiefe Mißtrauen der Basis der eigenen Führung gegenüber, den Argwohn gegen sich selbst und allen anderen. Denn natürlich waren die Delegierten vorbereitet, landespolitische Daten zu setzen, an denen sie sich messen lassen wollten.

Das Vorgehen des Landesvorstandes, auf acht knallroten Seiten das „Politische Programm" für die Landtagswahlen am 12. Mai 1985 der Basis erst am Tag der Diskussion auf den Tisch zu legen, mag vor allem organisatorische Gründe haben. Sicher aber ist die vor allem pragmatisch ausgerichtete Führung von dem Verdacht freizusprechen, sie hätte ihre eigenen Leute überfahren wollen. Dennoch wurde dies zum vorgeschobenen Streitpunkt. Personelle Konsequenzen gar verlangten einige. Eine Delegierte forderte, den Mitarbeiter in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle zu entlassen, der das rechtzeitige Versenden der Erklärung verschludert hätte. „Falls es aber politische Hintergründe gibt, muß der Verantwortliche die Konsequenzen ziehen", steigerte sie sich.

Zutage trat, daß die Basis einfach nicht gewillt ist, sich etwas vorschreiben zu lassen. Sie will sich ganz ausleben in der Diskussion und selbst bestimmen. Darüber, was damit organisatorisch zustande kommt, machte sich in Detmold bei der Verteidigung der Basisdemokratie niemand Gedanken. Ein Delegierter klagte: „Ich kann es nicht mitansehen, wie uns von irgendwelchen Cracks im Landesvorstand Diskussionen aufgezwungen werden sollen." Viele seien es leid, sich von einigen grünen „Promis" (Prominenten) überrumpeln zu lassen.

Daß es der Basis aber in Wirklichkeit darum gar nicht geht, zeigt die Ablehnung des Kompromißvorschlages der „Promis" Antje Vollmer, der Bonner Fraktionssprecherin, und des Bundessprechers Wilhelm Knabe. Die nämlich beantragten eine einstündige allgemeine landespolitische Diskussion – ohne Blick auf die verteilten Papiere. Aber auch diesen Vorstoß blockte die Basis ab. Sie schlug die Warnungen in den Wind, die Eckhart Stratmann, Bundestagsabgeordneter aus Bochum, erhob: Es entstehe ein politisches Vakuum, das einzelne Personen und der Landesvorstand füllen könnten. Der „Spitzen-Grüne" im Europa-Parlament, Friedrich-Wilhelm Gräfe zu Beringdorf, sprach gar von einem „äußersten politischen Schaden".

Die Wähler erwarteten Antworten, sie könnten dies gerade nach dem Erfolg der Grünen bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen auch verlangen. Und „wenn Personen sich bekriegen, dann sollen sie das Trennende aussprechen. Aber es darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die angetreten sind, Politik zu machen".

Aber die Basis verweigerte auch die Diskussion über die Kommunalwahl. Dies sei Sache der Kreisverbände, nicht Sache des Landesverbandes, beschieden einige Delegierte kurz und bündig. Allerdings machen sich die Grünen erhebliche Sorgen. Denn auch für sie ist in vielen Kommunen der Sprung über die 5-Prozent-Hürde höher als erwartet ausgefallen. Nun sind sie in dem Zugzwang, wegen des Rotationsprinzips alle Mandate doppelt zu besetzen. Dazu sind – landesweit – 3000 Personen notwendig – schwierig für einen Landesverband, der nur 7000 Mitglieder hat.



Otto Schily zu Detmold: Wir nehmen uns die Freiheit, alles gründlich zu überdenken.
FOTO: WERNER SCHÜRING

Wie wenig die Basis dem Vorstand vertraut, beweist auch die Wahl des Landeshauptausschusses, des obersten Beschlußgremiums zwischen den Parteitagen. Anders als im Entwurf vorgeschlagen, gehören Mitglieder des Landesvorstandes oder der möglichen Landtagsfraktion dem Gremium nicht an. Die Basis will unter sich bleiben – aber weiterhin das Recht beanspruchen, ihre Abgeordneten zu gängeln.

Auch bei der Frage der Errichtung einer Stiftung folgten die Delegierten der reinen Lehre. Sie wurde abgelehnt, weil „solche Gelder nicht sauber zu verwalten sind. Auf Dauer schaffen wir nur grüne Funktionärsarbeitsplätze", begründete Antje Vollmer.

Kontroverse Diskussionen entbrannten vor allem über die Resolution, in der Vorstandssprecher Michael Happe die Bedingungen der Duldung einer SPD-Regierung formulierte. Darin heißt es, Rau und die SPD müßten sich zum „Ausstieg aus der Atomenergie" bekennen und zum mittelfristigen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau, zudem müßten sie sich verpflichten, „dem Prozeß der chemischen Vergiftung Einhalt zu gebieten". Sollte die SPD diese „Überlebensbedingungen" nicht akzeptieren, seien die Grünen möglicherweise auch bereit, „einen Ministerpräsidenten Worms von der CDU vielleicht für ein Jahr zu ertragen".

Doch die Delegierten kippten die Resolution später, die auch im Vorstand nicht unumstritten ist. Landesgeschäftsführer Martin Pannen kritisierte, auf der einen Seite werde eine gewisse Bereitschaft zur Unterstützung der SPD signalisiert, auf der anderen Seite aber würden so hohe Hürden für die Tolerierung einer SPD-Landesregierung aufgebaut, daß sie „von vornherein darüber stolpern" müßte.

Das Desaster von Detmold endete mit der Drohung des fünfköpfigen Rumpfvorstandes. Der will geschlossen zurücktreten, wenn es in der nächsten Landesversammlung am 15. Dezember nicht gelingen sollte, die derzeit freien Vorstandsposten zu besetzen. In Detmold konnte keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erreichen. Außerdem wolle der Vorstand nur dann weiterarbeiten, wenn ein Beschluß über das landespolitische Programm fällt.

Untergrundblatt jetzt mit einer Schweizer Adresse

W. K. Berlin/Zürich

Das linke Szenenblatt „Radikal", das während der Hausbesetzerunruhen in Berlin Anfang der 80er Jahre mit der Rolle des Informationsverbreiters betraut war und in diesem Frühjahr nach einem Prozeß eingestellt wurde, ist jetzt als Untergrundzeitschrift in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz wieder erschienen. Nach Prüfung der neuen Ausgabe hat die Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht gegen die nun anonymen Herausgeber erneut ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung eingeleitet. Es handele sich um ein „reines Untergrundblatt", sagte ein Sprecher der Justiz gestern der WELT.

Die Mitteilungen dienten offensichtlich der Kommunikation zwischen linken terroristischen Zellen im deutschsprachigen Raum. Darauf lasse auch die Angabe schließen, daß das Blatt künftig ausschließlich über eine Schweizer Sammeladresse zu erreichen sei. Die neue „Radikal" veröffentlicht unter anderem eine Diskussion über Wirkungen von Anschlägen und Sabotageakten. Hinter der Sammeladresse verbirgt sich nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" die Schweizer „WoZ", eine „Zeitungskooperation" nach Berliner Muster. Es sei zu fragen, warum diese „Handlangerdienste für den Untergrund" leiste und als alleinige Adresse für das „geistige Produkt" der in die Illegalität abgetauchten deutschen Guerilla" diene, heißt es in der Zeitung.

Zwei vom Berliner Kammergericht in erster Instanz zu Freiheitsstrafen verurteilte Mitherausgeber der Zeitschrift wurden inzwischen von den Grünen als Abgeordnete in das Europäische Parlament nach Straßburg entsandt. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Zu den früheren Mitarbeitern von „Radikal" gehörte auch Dirk Schneider, Bundestagsabgeordnete der Grünen, der stellvertretender Vorsitzender der Berliner „Zeitungskooperative" war.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

NH drohte mit Ausstieg aus Klinikum Aachen

AP, Düsseldorf

Die Neue Heimat Städtebau (NHS) hat dem Land Nordrhein-Westfalen mehrfach angedroht, als Baubetreuer beim Klinikum Aachen auszusteigen. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Düsseldorfer Landtag, der die Ursachen für krasse Kostensteigerungen von ursprünglich rund 800 Millionen auf nunmehr 2,3 Milliarden Mark prüfen soll, sagte der Vorstandsvorsitzende Diether Hoffmann gestern, daß das Land seinen ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der NHS seit Jahren nicht mehr nachgekommen sei. Insgesamt stünden rund 80 Millionen Mark offen.

Gleichzeitig wies Hoffmann ein Verschulden der Neuen Heimat für die Kosten und Bauzeitüberziehung beim Aachener Großklinikum entschieden zurück. Die zahlreichen Klagen, die das Land gegen die NHS angestrengt hat, sind nach Auffassung Hoffmanns alle unbegründet.

FDP-Führung stimmt Kandidatur Rohdes zu

hey. Bonn

Noch vor der Sitzung des nordrhein-westfälischen FDP-Vorstands gestern abend in Mühlheim hat die Bonner FDP-Führung ihre Zustimmung zur Spitzenkandidatur des ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde für die Landtagswahlen im Mai signalisiert. Schon bei den Beratungen des Parteipräsidiums am Morgen stand fest, daß der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum nicht gegen Rohde antreten würde. Partei-Chef Hans-Dietrich Genscher dankte Baum ausdrücklich für seine „prinzipielle" Bereitschaft, für dieses Amt zur Verfügung zu stehen.

Über das Führungsteam um Rohde soll auf einer Klausursitzung des Landesvorstands Ende November beraten werden. Vorgespräche wollen Rohde und der nordrhein-westfälische FDP-Chef Jürgen Möllemann bis dahin mit den neun Bezirksvorsitzenden führen. Beraten wurde gestern auch über den 50seitigen Entwurf eines Wahlkampfprogramms. Es soll bis zum Landesparteitag im Dezember diskutiert werden.

Die Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, die vor Möllemann Staatsministerin im Auswärtigen Amt war, hat unterdessen für neuen Unmut in der FDP gesorgt. Sie hatte ihm gestern vorgehalten, gegen ihn gerichtete „Spiegel"-Vorwürfe bisher nicht ausgeräumt zu haben und hinzugefügt: „Entweder er schafft bis zur (heutigen d. Red.) Fraktionssitzung Klarheit oder er zieht die Konsequenzen." Möllemann meinte dazu zur WELT: „Es gibt keinerlei Gründe für meinen Rücktritt als Staatsminister." Denn er habe den „Spiegel" verklagt „und nicht umgekehrt".

750-Jahr-Feier und der Architekten-Wettstreit

Von HANS-R. KARUTZ

Die SED nimmt den Ausbau Ost-Berlins zu einer Stadt mit „nationaler und internationaler Ausstrahlungskraft" jetzt selbst in die Hand. Eigens aufgestellte „Partei-Stäbe" sollen den geballten Ost-Berlin-Einsatz von Baubetrieben und -arbeitern steuern. In den nächsten beiden Jahren werden im Ostteil der Stadt 20 000 Wohnungen zusätzlich errichtet – auf Kosten der „DDR"-Provinz. Dort werden Bauarbeiter und Materialien abgezogen. Die SED-Spitze steuert auf den 750. Geburtstag Berlins 1987 hin und will dabei den architektonisch-optischen Wettstreit mit West-Berlin vor den Augen der Welt für sich entscheiden.

Was die Staatspartei plant, sagte jetzt ein führender SED-Funktionär in der Hauszeitschrift des SED-Zentralkomitees „Neuer Weg", Gerhard Trölitzsch, Leiter der Abteilung Bauwesen im SED-Führungsorgan. Dort wurden und werden sämtliche für das „DDR"-Image bedeutsame Bauvorhaben wie der Neubau des Gewandhauses in Leipzig, der Wiederaufbau der Semper-Oper in Dresden, die Rekonstruktion des Schauspielhauses von Schinkel in Ost-Berlin sowie der Neubau des „Amüsierschuppens" Friederichstadt-Palast im Ostberliner Bezirk Mitte gelenkt.

In einem Interview mit „Neuer Weg" ließ Trölitzsch jetzt keinen Zweifel daran, daß Erich Honeckers Vorgabe bedingungslos gefolgt werden müsse, der schon im Februar vor Ostberliner SED-Funktionären den „hohen politischen Rang" des Aus- und Aufbaus Ost-Berlins hervorgehoben hatte.

Der Ausbau Ost-Berlins zur „Hauptstadt" trug in jüngster Zeit boomartige Züge:

- Jährlich ziehen 10 000 Neubürger aus der „DDR"-Provinz in die Teilstadt.
- In der Trabantenstadt Marzahn erhielten mehr als 100 000 Menschen eine Neubauwohnung vom „Fließband" zugewiesen.
- Zehn bis 15 Jahre nach den Erkenntnissen in der Bundesrepublik, über die Probleme und sozialpsychologischen Folgen – derartiger Schlafstädte geht man auch in Ost-Berlin wieder dazu über, die Innenstadt neu zu entdecken.
- 8000 bis 9000 der 20 000 zusätzlichen Wohnungen sollen deshalb in den drei Ostberliner City-Bezirken entstehen und auch für bisher fehlendes Leben nach Feierabend sorgen.
- SED-Funktionär Trölitzsch machte in dem Interview deutlich, daß Honeckers Versprechen, bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen, zuerst in Ost-Berlin eingelöst werden soll. Die Bezirke müssen zurückstehen.
- Bei einer Einwohnerzahl von nunmehr 1,2 Millionen kamen 1983 in Ost-Berlin knapp 18 000 Babys zur Welt – nur ein Bruchteil weniger als in dem um 600 000 Einwohner größeren Westteil der Stadt.
- Bis zur 750-Jahr-Feier Berlins in drei Jahren soll die einstige Pracht-Avenue der Kaiserzeit, die Friedrichstraße, wiedererstehen. Honecker: „Es wird eine Freude sein, dort zu bummeln."
- Während West-Berlin rund 200 Millionen Mark – davon 70 Millionen aus Bonn – im Hinblick auf die 750-Jahr-Feier verbaut, dirigiert die „DDR"-Führung selbst und nicht etwa der Magistrat als Stadtverwaltung diesen auch deutschland- und berlinpolitisch so eminent wichtigen Wettbewerb. Dafür stehen mehrere Milliarden Mark (Ost) bereit.

Anders als noch von Erich Honekker am 15. September 1983 gegenüber seinem Gast Richard von Weizsäcker versprochen, ließ Ost-Berlin bisher nichts von seinen eigenen Vorbereitungen für das Geburtstagsfest Berlins verlauten. Darüber sollte sich, so hieß es damals, Staatssekretör Kurt Löffler aus dem „DDR"-Kulturministerium mit Westberliner Experten unterhalten.

Die SED verlangt beim Ausbau Ost-Berlins, daß dort – anders als in den weniger im Blickpunkt stehenden Bezirken – nirgendwo geschludert oder nachlässig gearbeitet wird. Abteilungschef Trölitzsch gab dafür im „Neuen Weg" unmißverständlich Richtlinien: „Alle geplanten Bauaufgaben . . ., beginnend bei der Vorbereitung und der städtebaulich-architektonischen Gestaltung bis zur Baudurchführung, gilt es auf hohem künstlerischen, wissenschaftlich-technischem und organisatorischem Niveau mit gediegener Qualität und in kurzen Bauzeiten zu meistern."

Er ließ auch keinen Zweifel daran, daß die SED bei diesem Unternehmen die alleinige Federführung übernimmt und allenthalben „Parteiaufträge" erteilen kann, falls Probleme auftreten.

Dem „edlen Vorhaben" (Trölitzsch), Ost-Berlin „würdig auszugestalten", steht auf westlicher Seite bisher eine gewisse planerische Leere gegenüber. Bis hin zu der bisher noch immer nicht entschiedenen, kürzlich von einem FDP-Forum erörterten Frage, welche Form eigentlich aus der „Mitte Berlins" unmittelbar am Brandenburger Tor und Reichstag städtebaulich erwachsen soll.

Landesbericht Berlin

Die SPD im Südwesten setzt im Wahlkampf grüne Akzente

Diskussion um Landeschef Lang / Kommunalparlamente werden am 28. Oktober gewählt

XING-HU KUO, Stuttgart

In der Stuttgarter Königsstraße marschierten führende SPD-Genossen zu Fuß zu einem Info-Stand mit Unterschriften-Listen für ein Tempolimit. Fraktions- und Parteichef Ulrich Lang erzählte den Passanten: „Ich trete auf die Bremse." Er habe seinen Fahrer angewiesen, so der 50jährige Nachfolger Erhard Epplers in der baden-württembergischen SPD, künftig freiwillig nur noch höchstens 100 Stundenkilometer auf Autobahnen zu fahren. Und auch sonst wolle er noch vor der möglichen Einführung eines Tempolimits „SPD-Tempo" fahren. Wie am 8. September auf dem Landesparteitag der Sozialdemokraten beschlossen, wolle er, Lang, sich auch an weiteren Geschwindigkeitsbegrenzungen halten, die von seiner Partei gefordert werden: auf Landstraßen 80, in Wohngebieten gar nur 30 Stundenkilometer. Selbst auf die Gefahr hin, daß er nicht mehr so viele Termine wahrnehmen könne, die Umwelt sei wichtiger, betonte Lang in der Stuttgarter Hauptgeschäftsstraße. Im ganzen Land sammelt die SPD solche Unterschriften für „ihr" Tempolimit.

Natürlich ist der Umweltschutz bei allen Parteien – auch bei den Freien Wählervereinigungen – das Hauptthema im Wahlkampf um die lokalen Parlamente des Südwestens, wo am 28. Oktober die Kommunalwahl stattfindet. Bei der Landes-SPD sind jedoch besondere grüne Akzente feststellbar, die auch ihre Ursachen haben: Die herben Verluste der Südwest-SPD bei der Bundestagswahl im März 1983, das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl im März und der Europawahl am 17. Juni dieses Jahres (wo die Partei gar nur noch 27 Prozent aller Wählerstimmen erhielt) sind nicht zuletzt auf eine starke Abwanderung vor allem bei jungen SPD-Wählern (bis Mitte 30) zu den Grünen zurückzuführen.

Immer massiver werden die Angriffe der SPD – deren guter Oppositions-Rat meist teuer und damit angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes kaum realisierbar ist – gegen die von der CDU geführten Landesregierung vor allem im Umweltbereich: Anfang Oktober wurde im Landtag die Bildung eines Untersuchungsausschusses über „Gefährdungen durch Sondermüll" beschlossen. SPD-Vize und umweltpolitischer Sprecher Ulrich Maurer erklärte, seine Partei habe diesen Ausschuß gefordert, weil dies die „letzte Möglichkeit" sei, die „Regierung (Späths) zu einem verantwortlichen Handeln zu zwingen".

Die CDU-Regierung, so Maurer unter Anspielung auf fast täglich neue tatsächliche oder angebliche Umweltskandale, stolpere „von einer Affäre in die andere". Das nicht immer geschickte Verhalten der Landesregierung in Sachen Umwelt wurde von Maurer als „Halbwahrheiten, Verschweigen und als hektische Untersuchungen nach sehr langen Jahren des Nichttuns" beschrieben.

Weiterer Angriffspunkt der SPD ist der sparsame Doppelhaushalt des Landes, der nur deshalb keine Neuverschuldung ab 1986 vorsehen kann, weil im öffentlichen Dienst zahlreiche Stellen eingespart werden sollen –, vor allem im Lehrerbereich. Ulrich Lang: Mit dieser „Vernichtung weiterer Arbeitsplätze" sei die Politik des Landes „arbeitsmarktfeindlich", ebenso die nach Ansicht der SPD zu geringe „Investitionsquote von deutlich unter 15 Prozent". Mit derart wenigen öffentlichen Aufträgen befinde sich die Regierung des finanzstärksten Landes der Bundesrepublik „im Bremserhäuschen des Konjunkturzuges", erklärte Ulrich Lang. Er rügte sodann die Absicht der Stuttgarter Regierung, daß Städte und Gemeinden in den kommenden zwei Jahren weitere 500 Millionen Mark für die Landeskassen bereitstellen sollen. Dies sei Ausdruck des „Egoismus" der Landesregierung gegenüber den Kommunen.

Die markanten Aussprüche des landes- und bundesweit recht blaß wirkenden Ulrich Langs können nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach den drei genannten schlechten Wahlergebnissen der Landes-SPD um seine Person eine noch interne Diskussion begonnen hat. Namen für Langs Nachfolge tauchen immer wieder auf. Indirekt bestätigte Lang das Vorhandensein solcher Personaldiskussionen auf dem Parteitag in Malsch im September. Er habe jetzt die Nase voll, daß hinter seinem Rükken „getratscht und herumgestänkert werde". Um diesem Raunen hinter der vorgehaltenen Hand ein Ende zu bereiten, erklärte er damals vor den 350 Delegierten, er werde im Frühjahr 1985 erneut für das Amt des Parteivorsitzenden kandidieren.

Inzwischen sehen die Genossen im Südwesten einen kleinen Silberstreifen am schwarzen Horizont: Sie hoffen nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, daß der „Genosse Trend" sich auch hier sehen läßt.

Kostenlawine für die Kommunen

Städtetag Baden-Württemberg verweist auf Finanzbelastung durch den Umweltschutz

xhk. Schwäbisch Gmünd

Die Städte und Gemeinden werden künftig ungeheure Kosten für den Umweltschutz aufbringen müssen. Auf der Hauptversammlung des Städtetages Baden-Württemberg gestern in Schwäbisch Gmünd erklärte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied dieser Organisation, Kurt Gebhardt, die Aufgaben der Kommunen in den nächsten Jahren würden einen finanziellen Aufwand erfordern, der ihre „Gesamtleistungen in der Nachkriegszeit bei weitem übersteigt".

Zu diesen teuren neuen Aufgaben zählt Gebhardt neben der Stadtsanierung, der Fernwärmeversorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr vor allem den Umweltschutz. Und hier wiederum seien folgende „Problembereiche" besonders gravierend: Abfallbeseitigung, Lärmsanierung, Reinhaltung der Luft, des Bodens, der Gewässer und nicht zuletzt des Grundwassers.

Wie teuer solche Umweltschutzmaßnahmen sind, erläuterte Gebhardt an folgenden konkreten Beispielen: Allein drei Bohrungen im Stuttgarter Schloßgarten kosteten 750 000 Mark, die Beseitigung einer gefahrdrohenden Schmutzlache in Mannheim gar 20 Millionen Mark. Dies mache deutlich, so der Geschäftsführer des Städtetages, daß der Preis für die „stürmische Aufwärtsentwicklung und den technologischen Fortschritt" gewaltig sei.

Im Hinblick auf diese Kostensteigerungen erklärte Gebhardt, die Frage könne deshalb künftig nicht mehr lauten, „wer sich in den nächsten Jahren zu wessen Lasten" finanziell verbessere, sondern statt „Verteilungskämpfen" sollte jetzt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein „solidarisches Verhalten" an den Tag gelegt werden. Aber auch die Kommunen untereinander sollten vom bisherigen Konkurrenzdenken Abstand nehmen und sich statt dessen gegenseitig unterstützen.

Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) erklärte, die Befürchtung, daß durch das Kabel und den Computer die Städte ihre Funktionen verlieren würden, sei eine „lebensfremde Illusion". Im Gegenteil, gerade mit der wachsenden Nachrichtentechnik vergrößere sich auch der Wunsch nach menschlichen und kulturellen Kontakten bzw. Angeboten. Dies könne nur in der Stadt befriedigt werden.

Rommel übte auch Kritik an der Finanzpolitik des Bundes gegenüber den Kommunen. So sei die beabsichtigte Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes eine Entlastung der Krankenkassen zu ungunsten der Kommunen.

Portugal-Reise Genschers frei von EG-Sorgen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bietet wesentlich weniger Schwierigkeiten als der spanische. So wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, wenn er morgen nach Lissabon reist, durchaus im Sinne der Gemeinschaft sprechen können, wenn er Staatspräsident General Eanes und der Regierung Soares die besondere Unterstützung Bonns auch für die Einhaltung des versprochenen Eintrittsdatums zusagt: Januar 1986.

Gesprächsthemen sind außerdem der Ausbau des erfreulicherweise ausgeweiteten Portugal-Exportes nach Deutschland und die jährliche Militärhilfe, die Lissabon um einen Zuschuß für den Bau von drei Meko-Fregatten erweitern möchte.

Daß Genschers portugiesischer Amtskollege, der Sozialist Jaime Gama, völkerrechtlich gut fundiert die historischen Fischereirechte seines Landes gegenüber der Gemeinschaft hartnäckig verteidigt, dürfte den Besuch aus Bonn nicht trüben.

Zwei Ereignisse der letzten 14 Tage können als Lichtblick in einer von vielen verzweifelten Portugiesen als erdrückend empfundenen wirtschaftlichen Misere betrachtet werden: die politische Stabilisierung und eine Änderung in der Wirtschaftspolitik. Die beiden Koalitionsparteien der Regierung, Sozialisten (praktisch eine sozialdemokratische Partei) und Sozialdemokraten (eigentlich eine liberale Partei), einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der im nächsten Jahr fälligen Wahl des Staatspräsidenten. Für den ersten Wahlgang werden beide Koalitionspartner eigene Kandidaten aufstellen. In der zweiten Runde wollen sie den Sieger unterstützen. Niemand zweifelt daran, daß dies der Ministerpräsident und Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, sein wird.

Als Kontrahent meldete sich bisher nur die von General Eanes vor Jahren zur Ministerpräsidentin ernannte Linkskatholikin Maria Lurdes Pintasilgo. Sie hofft die Stimmen der noch in ihren Anfängen steckenden Eanes-Sammelpartei für sich zu gewinnen.

Als zweiter Lichtblick muß die Zulassung von drei Privatbanken, einer rein portugiesischen und zwei mit amerikanischem Hintergrund gewertet werden. Drei weitere Banken mit europäischer Beteiligung warten noch die EG-Entscheidung ab.

Die Zulassung von Privatbanken bedeutet den ersten Durchbruch gegen die marxistisch diktierten und von der KP hartnäckig verteidigten Revolutionsgesetze der Verstaatlichung von 1974/75, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes um mindestens ein Jahr zurückgeworfen hat. Die dringend notwendige Reprivatisierung auch anderer wichtiger Betriebe sowie eine Neufassung der Agrarreform werden von der Wirtschaft als lang erwarteter Anstoß zur Wiederbelebung gewertet. (SAD)

Union: Fernsehen soll entautorisiert werden

dpa, Bonn

Die CDU/CSU hat sich erneut für Wettbewerb und ein vielfältiges Angebot im Bereich der elektronischen Medien ausgesprochen. Bei der Vorlage medienpolitischer Grundsätze, die im kommenden Februar auf einer Fachtagung zur Diskussion gestellt werden, plädierte sie für eine sinnvolle Konkurrenz zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Veranstaltern. Der Vorsitzende der Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der Union, Remmers, sagte gestern in Bonn, die Union sei für „größeren Artenreichtum". Sie wolle von uniformer Massenkommunikation zu wirklicher Vielfalt kommen. Ihr sei an der „Entautorisierung" einer oder zweier großer Fernsehanstalten gelegen. Der CSU-Politiker Stoiber erklärte, Vielfalt und Wettbewerb seien das Leitmotiv der Medienpolitik der Union. Dabei gehe es auch um eine Neutralisierung publizistischer Macht. Er appellierte an die SPD, eine gemeinsame Regelung für die Satellitennutzung nicht weiter zu verzögern.

Die Sowjets schauen mit Mißtrauen auf die WEU

AXEL SCHÜTZSACK, Hamburg

Als im Rahmen einer Tagung im Haus Rissen in Hamburg über „Internationale Politik 1984" die Frage erörtert wurde, ob die Westeuropäische Union (WEU) als Ansatz für eine Weiterentwicklung der EG von einer Zollgemeinschaft zu einer Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft dienen könne, spitzten die sowjetischen Teilnehmer die Ohren. Die Sowjetunion wird, so der Eindruck in Hamburg, die bevorstehende Jubiläumsveranstaltung der WEU in Rom aus Anlaß ihres 30jährigen Bestehens mit großem Interesse beobachten.

Ist der Versuch einer Neubelebung der WEU Ausdruck eines wachsenden Selbstbewußtseins und Selbstwertgefühls der Europäer gegenüber den USA und damit möglicherweise implizit ein Ansatz für eine Erosion des westlichen Bündnisses oder aber ein Mittel zur Stärkung der Verteidigungskraft der NATO? Dies ist offensichtlich für Moskau die Kernfrage. Das Mißtrauen überwog deutlich, auch wenn man sich auf der Tagung im Haus Rissen mit endgültigen Urteilen über den Versuch einer Neubelebung der WEU zurückhielt.

Sichtliches Unbehagen bereiten den Sowjets Überlegungen in Frankreich über eine Änderung der Verteidigungskonzeption in der Weise, daß die Bundesrepublik nicht mehr allein als Glacis zur Verteidigung des „Sanktuariums" Frankreich, sondern durch den Einsatz von konventionellen französischen Streitkräften an der vorderen Verteidigungslinie im Konfliktfall in das Gesamtkonzept einer veränderten französischen Verteidigungsstrategie einbezogen werden soll. Die Russen wollten wissen, ob es im Rahmen einer Neubelebung der WEU eine neue französische Strategie geben werde.

Der Hinweis von Walter Schütze vom „Institut Français des Relations Internationales" in Paris, daß die WEU nur „das politische Signal", nicht aber der Rahmen für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsrolle sei, konnte die Bedenken der Sowjets ebensowenig zerstreuen wie die Versicherung des ehemaligen Regierungssprechers Kurt Becker, daß die WEU gegen niemanden gerichtet sei. Becker machte auch deutlich, daß eine Neubelebung der WEU zur Stärkung der europäischen Säule des westlichen Verteidigungsbündnisses beitragen solle. Die Sowjets sollten endlich begreifen, daß alle Vorstellungen über eine Erosion des Bündnisses illusorisch seien.

Die Frage einer Neubelebung der WEU war jedoch nur ein Aspekt der vielschichtigen Problematik der Zukunft Europas, die auf der Tagung in Hamburg erörtert wurde. Walter Schütze glaubt Tendenzen einer wachsenden Distanz zwischen den USA und ihren europäischen Bündnispartner erkennen zu können. Das sicherheitspolitische Selbstverständnis der Amerikaner und der Europäer sei nicht das gleiche wie bisher. Die USA sähen derzeit die Sowjetunion nicht als weltpolitischen Partner an. Das Kissinger-Konzept sei tot.

Die im Harmel-Bericht formulierte Gleichrangigkeit und Gleichzeitigkeit von Entspannung, Sicherheit und Verteidigung, die den europäischen Sicherheitsinteressen entspreche, sei durch die Rüstungspolitik der Amerikaner nicht mehr gegeben. Schütze sprach in diesem Zusammenhang von einer Krise des europäischen Selbstbewußtseins, die sich in dem Empfinden der Europäer äußere, kein vollgültiger Partner, sondern nur ein „Anhängsel" der Vereinigten Staaten zu sein. Die Äußerungen von Schütze blieben freilich nicht unwidersprochen. Oberstleutnant Gerhard Herbst wies darauf hin, daß die Rüstungspolitik der USA eine Reaktion auf die forcierten Rüstungsanstrengungen, auf den Ausbau des globalstrategischen Offensivpotentials der Sowjetunion, sei. Einigkeit herrschte bei Deutschen und Franzosen über die Notwendigkeit der Stärkung des europäischen Selbstbewußtseins. Dies dürfe allerdings nicht gegen die USA gerichtet sein, sondern müsse zur Vertiefung und zum Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion beitragen. Kurt Becker plädierte in diesem Zusammenhang für die Entwicklung der EG zu einem europäischen Binnenmarkt und für die Einbeziehung einer sicherheitspolitischen Komponente in die Gemeinschaft.

Von sowjetischer Seite weht freilich nach wie vor ein eisiger Wind in Richtung USA und Westeuropa. Die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten sei von vornherein ein mit großem propagandistischem Aufwand abgekartetes Spiel zwischen den USA und den europäischen Bündnispartnern. Der von westlicher Seite hervorgehobenen Notwendigkeit einer Stärkung der konventionellen Streitkräfte angesichts des erdrückenden Übergewichts des Warschauer Pakts wurde von den Sowjets mit tatkräftiger Unterstützung von Teilnehmern aus der „DDR" mit dem Hinweis begegnet, daß es ein solches Übergewicht gar nicht gäbe.

Auffallend war übrigens, daß sich Teilnehmer der Hamburger Tagung aus Ungarn und der Tschechoslowakei in der Diskussion zu diesem Themenbereich zurückhielten, während man sich von Ostberliner Seite vorbehaltlos an die Seite der Sowjetunion stellte.

Wurden die Gelder an die Parteien weitergegeben?

AP, Köln

Im Kölner Parteispendenprozeß hat der wegen Steuerhinterziehung angeklagte Pharma-Unternehmer John-Werner Madaus bezweifelt, daß von ihm in den 70er Jahren über den Umweg eines als gemeinnützig anerkannten Vereins gespendete Gelder tatsächlich bei der CDU eingetroffen sind. Er habe zwar entsprechende Quittungen der „Staatsbürgerlichen Vereinigung" erhalten, doch könne er sich nicht daran erinnern, daß sich der CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep für das Geld bedankt habe, erklärte Madaus.

Sein Anwalt Waldowski schloß nicht aus, daß die Spenden seines Mandanten nicht wie verabredet an den CDU-Schatzmeister geflossen, sondern lediglich auf ausländische Konten überwiesen worden sind. Die Zweifel Madaus' gründeten sich vor allem auf jüngste Erklärungen der „Staatsbürgerlichen Vereinigung", die bestreitet, Spenden an die Unionsparteien oder die FDP weitergeleitet zu haben.

Angola will mit den USA über Abzug Kubas reden

Dos Santos beharrt aber auch auf Einlenken Südafrikas

M. GERMANI, Johannesburg

Angolas Präsident Edoardo Dos Santos hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt, einem Abzug der Kubaner aus Angola zuzustimmen. Doch müßten erst „die Probleme der südafrikanischen Besetzung Angolas und die Unabhängigkeit Namibias gelöst werden, bevor zwischen Angola und Kuba eine Übereinstimmung erzielt werden kann", sagte er in einem Interview mit der „Washington Post".

Dos Santos deutete an, Angola könne von seiner bisherigen Vorbedingung, nämlich der Realisierung der UNO-Resolution 435 und dem Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia abgehen. Als größtes Problem sehe er jedoch das Beharren der USA und Südafrikas auf dem Junktim zwischen gleichzeitigem kubanischen Abzug und der Verwirklichung der UNO-Resolution.

Der im Januar diesen Jahres in Lusaka vereinbarte Abzug der südafrikanischen truppen aus Südangola unter Aufsicht einer gemeinsamen Überwachungskommission ist praktisch zum Stillstand gekommen. Um den Frieden zu beschleunigen, appellierte Dos Santos an die amerikanische Regierung, diplomatische Beziehungen zu Luanda aufzunehmen. Auf die anti-kommunistische Guerrilla-Bewegung Unita eingehend, zeigte er sich unnachgiebig und bezeichnete deren Führer Jonas Savimbi als einen „Verräter an Angola und Afrika". Savimbi und den führenden Köpfen der Bewegung sei der Tod sicher, sollten sie nach Luanda zurückkehren. Demgegenüber bot Dos Santos den Guerrillas selbst Amnestie an.

Waffen seit 1965

Das erste Interview des angolanischen Präsidenten mit einer US-Zeitung seit Jahren wurde fünf Tage nach einem Anschlag der Unita auf die Elektrizitätsleitungen in der Hauptstadt veröffentlicht.

Nach Informationen des in Johannesburg erscheinenden „Aida Parker Newsletter", begann die „kubanische Verbindung" Angolas bereits im Jahre 1961, als Kubaner die Guerrillas der MPLA auf der Karibik-Insel und in Ghana auszubilden begannen. Die ersten Waffen kamen 1965 nach Angola über Kongo-Brazaville. 200 militärische Ausbilder trafen im Mai 1975 in der angolanischen Erdölenklave Cabinda ein. Seit der Unabhängigkeit im November des gleichen Jahres und dem darauffolgenden Bürgerkrieg stieg die Zahl der kubanischen Truppen ständig. Heute sind 31 000 Kubaner in Angola stationiert, 153 000 in ganz Afrika. Ihre Aufgabe, so „Aida Parker", sei es, die immer brüchiger werdende marxistische MPLA-Regierung zu stützen, Angola als Brückenkopf für die sowjetische Vorherrschaft im südlichen Afrika auszubauen und eine Basis für den kommunistischen ANC in Südafrika und die Swapo gegen Südwestafrika/-Namibia zu sichern.

Streitobjekt Namibia

Die Außenminister Angolas und Kubas hatten 1982 gemeinsam erklärt, es gäbe keine zeitliche Begrenzung für den Einsatz der Kubaner. Das US-Außenministerium ist überzeugt, daß Kuba mit Blick auf die eigene steigende Arbeitslosigkeit keine Eile habe, seine Truppen aus Angola abzuziehen. Sie werden in US-Währung bezahlt. 60 Prozent der Einkünfte von US-Firmen in Cabinda fließen in den angolanischen Verteidigungsetat.

Während seines Paris-Besuches im September hatte Dos Santos Südafrika beschuldigt, die Unita weiter zu unterstützen, die ihren Vormarsch auf Luanda vorantreiben würde. Gleichzeitig beschuldigte der Kommandeur der Luftwaffe und Mitglied des Politbüros der MPLA, Oberst Henrique Carreia, Südafrika, die Friedensverhandlungen über Namibia zu blockieren, in der Hoffnung, daß die Regierung in Luanda scheitere und somit die Destabilisierung Angolas verstärke.

Die Sowjetunion hat nach einem Bericht von US-Verteidigungsminister Weinberger vom Frühjahr dieses Jahres bereits Ende 1983 Angola eine Waffenlieferung im Gegenwert von 900 Millionen US-Dollar zugesagt.

Die portugiesische Zeitschrift „Tempo" meldete, daß angeblich 1000 nordkoreanische Soldaten – unter ihnen 50 Offiziere – in Angola eingetroffen seien. Sie bestätigte damit die bisherigen Vermutungen über den Einsatz der Nordkoreaner in dem sich immer weiter ausbreitenden Kampf zwischen den Truppen der Regierung und der Unita. (SAD)

Paris und der „ostdeutsche Pétain"

Nach Honeckers Absage plädiert Frankreich für noch engere Beziehungen zu Bonn

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Manche von uns hatten gedacht, Honecker wäre so etwas wie ein ostdeutscher de Gaulle. Nun, er ist nur ein Pétain." Mit dieser auf die französischen Verhältnisse im Zweiten Weltkrieg gemünzten Parabel kennzeichnete ein französischer Diplomat und intimer Kenner der deutschen Szene dieser Tage die gegenwärtige Lage im geteilten Deutschland.

Die Erklärungen des SED-Chefs am 35. Jahrestag der „DDR"-Gründung und andere Versuche der SED-Führung, sich in Moskau (nach der Absage des Honecker-Besuchs) wieder anzubiedern, sind in Paris mit ebensogroßem Interesse registriert worden wie beim deutschen Partner und Freund in Bonn. Man hatte die unübersehbare Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten im Vorfeld des geplanten Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik mit Sympathie verfolgt.

Paris hat nichts gegen diese Entwicklung, im Gegenteil: Menschliche Erleichterungen zwischen den Deutschen beiderseits der Trennungslinie würden der Entspannung in Europa dienen, an der auch die französische Politik arbeitet. Sie würden Moskaus Zuverlässigkeit testen und seine Bereitschaft, die Übereinkommen von Helsinki über die Achtung der Menschenrechte in Europa wenigstens teilweise zu respektieren. Deshalb verfolgte man in Paris mit Spannung, ob Moskau Honecker in den anderen deutschen Staat reisen lassen würde.

Auch hatte man nicht den Sinneswandel bei den Politikern der Bundesrepublik den „anderen Deutschen" gegenüber übersehen. Je näher der Honecker-Besuch rückte, desto freundlicher stellte man ihn in der westdeutschen Öffentlichkeit dar. Plötzlich war der SED-Chef nicht mehr der Lakai der Sowjets, der „deutsche Quisling" der Moskauer Kommunisten, sondern ganz einfach ein Deutscher wie alle anderen, ja sogar „ein deutscher Politiker". So wurde es jedenfalls in Frankreich registriert.

Darin artikulierte sich für die Franzosen ein neuer deutscher Nationalstolz, nicht Nationalismus, wird ausdrücklich betont. Man sei in Bonn offenbar stolz darauf gewesen, daß der Chef des anderen deutschen Staates seiner Hegemonialmacht die Stirn geboten habe. Und in Paris, heißt es, habe man einen Augenblick lang selber daran geglaubt, daß Honecker sich, ähnlich wie einige andere Staatschefs im sowjetischen Machtbereich, einen gewissen Freiraum habe schaffen können. Dem aber sei nun ganz und gar nicht so, und man sei um eine Erfahrung hinsichtlich der „Brüchigkeit" des sowjetischen Imperiums reicher.

Die mit Deutschland befaßten politischen und diplomatischen Kreise in Paris folgern, daß nun die französisch-deutschen Beziehungen noch enger gestaltet werden müßten. Es sei erheblich mehr zum Beispiel auf verteidigungspolitischem Gebiet zu tun, bei der Abstimmung einer gemeinsamen Außenpolitik, im technisch-technologischen Bereich, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Kohl und Mitterrand hätten dazu beste Absichten geäußert, alles sei jedoch bei solchen geblieben.

Wenn bei diesen französischen Wünschen eine gewisse Dringlichkeit in Erscheinung tritt, so, weil man die politische Szene in Bonn wieder mit einiger Skepsis betrachtet. Das Vordringen der Grünen in die Rathäuser und Landesparlamente, die wachsende Sympathie von seiten der SPD ihnen gegenüber, deren Tendenz, in der Sowjetunion das Unschuldslamm und in den USA den Bösewicht zu sehen, und eine Art Lässigkeit der Deutschen diesem Phänomen gegenüber, bereiten in Paris Sorgen.

Man hofft auf Kohls politisches Integrationsvermögen und ein Wiedererwachen der FDP nach dem Ende der Genscher-Ära, ohne sich allzu großen Erwartungen hinzugeben. „Wenn die Kräfte des Neutralismus in Bonn die Oberhand gewinnen, werden die, die bei uns von jeher davor gewarnt haben, alles auf die deutsche Karte zu setzen, recht behalten und ihren Triumph auskosten. Das wäre das Ende der deutsch-französischen Zusammenarbeit", warnte ein Diplomat in Paris.

Die Sowjetunion hat bereits Weltraumwaffen

NATO für deutsche Beteiligung an der Forschung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Nach NATO-Informationen arbeitet die Sowjetunion intensiv an einem System, mit energiereicher Partikelstrahlung Raketengefechtsköpfe im Weltraum zu zerstören. Nach vorsichtigen Schätzungen ist damit zu rechnen, daß Moskau Ende der neunziger Jahre in der Lage sein wird, ein derartiges Waffensystem im Weltraum zu Probezwecken zu stationieren.

Gegenwärtig ist die Sowjetunion der einzige Staat, der Raketen-Abwehrwaffen stationiert hat, die von der Erde aus in den Weltraum geschossen werden. Es handelt sich um den gemäß des ABM-Vertrags von 1972 zugelassenen „Galosh"-Raketen- und Radargürtel um Moskau. Im ABM-Vertrag hatten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sich auf eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme geeinigt.

Vertrag verletzt

Andererseits ist die Sowjetunion dabei, ihren Anti-Raketen-Gürtel um Moskau auszubauen. Die 64 älteren „Galosh"-Starter werden durch 100 Raketenstarter des Typs „ABM-3" ersetzt. Mit diesen Raketen will die Sowjetunion anfliegende Raketen außerhalb der Athmosphäre im Weltraum bekämpfen und ferner mit einer zweiten Barriere „Durchbrecher" innerhalb der Athmosphäre abfangen. Beide Systeme sind mit Atom-Gefechtsköpfen ausgestattet.

Während die Modernisierung des Moskauer Gürtels sich im Rahmen des ABM-Vertrags vollzieht, ist man beunruhigt über ein Potential, das die Sowjetunion sich geschaffen hat, um möglicherweise überraschend aus dem Vertrag „auszubrechen". Unter Verletzung des ABM-Vertrages hat die Sowjetunion bei Krasnojarsk (Sibirien) ein sogenanntes Battle-Management-System für den Weltraumkrieg um ein gigantisches Phasen-gesteuertes Radar gebaut. Dieser Verstoß gegen Artikel VI des ABM-Vertrages ist von Washington öffentlich dargelegt worden. Moskau reagierte darauf mit einer Polemik gegen die amerikanische Rüstung, zum Vorwurf selbst schwieg es.

Die Stellung in Sibirien gewinnt deshalb an Bedeutung, weil die Sowjetunion ein weiteres Anti-Raketensystem entwickelt hat, das in wenigen Jahren an zahlreichen Punkten in Stellung gebracht werden könnte. Das würde den „Ausbruch" aus dem Vertragswerk bedeuten. Außerdem hat die Sowjetunion ihre neuen Luftabwehrraketen der Typen SA-10 und SA-12 so entwickelt, daß sie, verbunden mit entsprechenden Radarsystemen, zur Raketenabwehr benutzt werden können.

In der NATO ist man sich darüber klar, daß die Bündnisstaaten alsbald eine geschlossene Haltung zu Präsident Reagans sogenannter Strategic Defense Initiative (SDI) entwickeln müssen. Die Initiative zielt darauf ab, durch ein Forschungsprogramm festzustellen, ob ein aus mehreren Schirmen bestehendes Verteidigungssystem in der Lage wäre, den Westen gegen einen Raketenangriff der Sowjetunion zu schützen. Grundlage des Programms ist die Überzeugung, daß die Sowjetunion nichts unterläßt, um vor dem Westen in den Besitz eines solchen Systems zu gelangen. Damit könnte sie der übrigen Welt ihren Willen diktieren.

Nach NATO-Überzeugung ist die Erkenntnis der Sowjetunion, daß sie auf dem Feld der Hochtechnologie-Elektronik nicht mitziehen kann, der Grund dafür, daß sie ihrerseits versucht, das amerikanische Programm mit Hilfe eines politischen Feldzuges zu bremsen. Moskau hat das Stichwort von den „Weltraumwaffen" ausgegeben, die es zu verhindern gelte. In Wirklichkeit ist die Sowjetunion der einzige Staat, der solche Waffen, wie primitiv auch immer, bereits in Stellung hat.

Notwendige Forschung

In der NATO glaubt man, daß es bei der Beantwortung der Frage, ob der Westen Forschung auf diesem Gebiet betreibt, um Sein oder Nicht-Sein der westlichen Welt geht. Vielleicht sei es möglich, Vereinbarungen mit der Sowjetunion über die Installierung derartiger Systeme zu treffen, obwohl deren Verifikationsprobleme noch weit von einer Lösung entfernt seien. Die Forschung müsse jedoch aus Überlebensgründen vorangetrieben werden. Aus Allianz-Sicht sollten dabei alle Staaten mit entsprechendem Forschungspotential beteiligt werden. (SAD)

Gemeinderat: ÖVP gewinnt Wahl

AP, Salzburg

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewann bei den im Bundesland Salzburg mit Ausnahme der Landeshauptstadt durchgeführten Gemeinderatswahlen Stimmen und Mandate zu Lasten der Sozialisten und Freiheitlichen. Auf die ÖVP entfielen 50 Prozent (plus 1,4) der Stimmen oder 1081 Mandate (plus 67), auf die Sozialistische Partei 36,9 Prozent (minus 1,4) oder 669 Mandate (minus drei) und auf die Freiheitlichen 10,1 Prozent (minus 1,4) oder 172 Mandate (minus 24). Die Kommunisten behielten ihr einziges Mandat in Hallein. Gegenüber den vergangenen Wahlen im Jahre 1979 erhöhte sich die Zahl der Mandate von 1894 auf 1958.

China verteidigt Wirtschaftskurs

rtr, Peking

Chinas Kommunisten haben ihren offenen Wirtschaftskurs verteidigt. Im Parteiorgan „Volkszeitung" hieß es, Protektionismus könne Industrie und Handel eines Staates nur vorübergehend schützen. Langfristig erweise sich dieser Weg als politischer Fehlschlag. Für die Furcht einiger vor dem Kapitalismus bestünde kein Grund. Vielmehr müsse der Kapitalismus den Sozialismus fürchten, führte der Artikel aus, der offenbar auf den Kurs des derzeit tagenden Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ausgerichtet war. Von der ZK-Sitzung werden weitreichende Wirtschaftsreformen – vor allem der Abbau der zentralistischen Planung – erwartet.

„Solidarität" soll reaktiviert werden

AP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist in Danzig mit führenden Repräsentanten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zusammengetroffen. Sein Beichtvater und Berater, Pfarrer Henryk Jankowski, sagte, die Begegnung habe vor einer Messe stattgefunden, bei der 5000 Gläubige für die Freilassung der nicht unter die Amnestie gefallenen politischen Häftlinge gebetet hätten. Bei dem Gespräch sei es um die Reaktivierung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung an der Basis gegangen, verlautete von anderer Seite in Warschau. An dem Gespräch sollen etwa ein Dutzend Personen teilgenommen haben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Renten und Versicherungen

„Leserbrief: Basis der Altersrenten": WELT vom 27. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

individuelle Versorgung ja, für den Arbeitnehmer aber nur eine Ergänzung zur Gesetzlichen Rentenversicherung, die in unserem Sozialgefüge einen festen Platz hat und eine Grundversorgung garantieren soll. Daß sie „angekratzt" ist, daß Beitrag und Leistung sich von den ursprünglichen Relationen entfernen, daß sie in gewisser Weise reformbedürftig ist, steht außer Zweifel. Und dennoch, was wären wir ohne sie?

Sie mit einer privaten Kapitalbildung zu vergleichen, wie Herr Michels es tut, kann nicht unwidersprochen bleiben. Zunächst kann man kaum einen durchschnittlichen Zinssatz von 8 Prozent unterstellen. Desweiteren hat Herr Michels vergessen, daß die erwirtschafteten Zinsen nach Paragraph 2.5 im Zusammenhang mit 20.8 Eink.St.Ges. zu versteuern sind, so daß sich der von ihm errechnete Kapitalbetrag von DM 765 875 erheblich dezimiert.

Unberücksichtigt blieb weiterhin das vorzeitige Erwerbsunfähigkeitsrisiko, die eventuelle Hinterbliebenenversorgung und auch die Möglichkeit, über die GRV eine Kur finanziert zu bekommen.

Vergleichen kann man eigentlich nur mit einer privaten Versorgung, Rentenversicherung, deren Überschüsse ja während der Aufschubzeit ebenfalls steuerfrei bleiben.

Legen wir den bereits zitierten Beitrag von DM 540 DM monatlich zugrunde, so kommen wir bei einem 30jährigen im Alter 60 auf eine jährliche Rente einschließlich der angesammelten Überschüsse von ca. 52 000 und bei einem heute 35jährigen im Alter 65 auf ca. 58 000. Der Kapitalwert in beiden Fällen – ebenfalls steuerfrei – liegt bei ca. 576 000 DM. Gegen einen Mehrbeitrag kann man dann noch zusätzlich eine Berufsunfähigkeitsrente und auch die Beitragsbefreiung im Falle der Berufsunfähigkeit mitversichern. Hier sind die echten Vergleichszahlen zu finden. Und nun darf man fragen, wieso die GRV etwas „aus den Fugen geraten" ist und sich in einem Finanzierungsengpaß befindet? Die über 2 Millionen vorzeitigen Rentenempfänger (EU-/BU-Fälle) können es kaum sein. Sicher auch nicht die Zahlungen an die „Alt"-Rentner; denn soweit bekannt, rechnet die GRV bei Männern nur mit einer mittleren Lebenserwartung von 67 Jahren. Und die angegebene Verzinsung, die natürlich nur fiktiv zu betrachten ist, überschreitet nicht die 6,6 Prozent.

Sicherlich lagen die Schwachstellen in den Jahren 1963 bis 1977. Obwohl seinerzeit noch nicht sichtbar, begannen sich bereits damals die Reserven ganz langsam zu reduzieren. Die Mehrleistungen potenzierten sich und bevor man die ersten Finanzierungslücken registrierte, war es zu spät. Und da in der Sozialpolitik die Rente den ersten Platz einnimmt, war es auch politisch nicht vertretbar, die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen. Wer wollte dies auch wagen?

Den guten Jahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung müssen nun zwangsläufig etwas magerere folgen, wenn die Grundversorgung gesichert bleiben soll. Der individuellen persönlichen Vorsorge muß in Ergänzung dessen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Mit freundlichen Grüßen
W. Sauerbrey,
Freiburg/Br.

Blockältester mit Komfort

„Leserbrief: Hoch dekoriert"; WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrte Herren,

der Leserbrief von Emil Carlebach über den französischen Kommunistenführer Marcel Paul und seine Rolle im KZ Buchenwald ist wohl in der Meinung geschrieben worden, die französische Politik werde in der Bundesrepublik nur von ganz ferne verfolgt. Entgegen der Behauptung von Carlebach kann sich Stadtrat Wetzel in Sartrouville auf die Zeugenschaft ehemaliger KZ-Insassen stützen, die das bestätigen, was die Kommunisten nicht wahrhaben wollen: Marcel Paul war in seiner Baracke der Vertrauensmann der Lagerleitung (ob man das nun „Kapo", „Stubenältester", „Blockältester" oder wie auch immer nennt), und sein Verhalten war keineswegs vorbildlich. Weiter wird aus den von der nichtkommunistischen Presse Frankreichs ausführlich zitierten Zeugnissen französischer Mithäftlinge von Marcel Paul deutlich, in welchem Ausmaß die interne Verwaltung des Lagers den Kommunisten überlassen wurde, mit denen sich die SS offensichtlich besser verstand als mit Sozialdemokraten oder bürgerlichen Häftlingen (von Kriminellen und Homosexuellen ganz zu schweigen). Zwei Beispiele:

Der hochdekorierte Widerstandskämpfer Henri Thévenet aus Lyon, dessen Frau in Ravensbrück inhaftiert war, berichtet über Buchenwald: „Ich fand einen Platz auf der linken Pritsche und bemerkte im Hintergrund ‚les Stubendienst' (so im französischen Text! M.), d. h. die Blockverantwortlichen. Jeder hatte für sich ein Bett. Sie hatten Fleisch zum Essen und waren von kleinen Knaben umgeben. Marcel Paul war unser ‚chef de Block, le Blockaltester' (so im französischen Text! M.). Eines abends wurde mein Name aufgerufen. Ich ging hinaus und fand mich Marcel Paul gegenüber. Ich war erstaunt über sein Aussehen und seine Haltung. Er trug hohe, mit weißem Pelz gefütterte Schuhe, einen guten Anzug, darüber einen neuen Anorak mit großem Shawl. Er hatte runde Backen; seit Compiegne hatte er etwa um zehn Kilo zugenommen ..."

Über das Verhalten von Marcel Paul gegenüber nichtkommunistischen Häftlingen stammt das aufschlußreichste Zeugnis von Roger Fouchet-Créteau, dem früheren Präsidenten des Dachverbandes der Organisationen der Deportierten des französischen Widerstandes. Nach diesem Zeugnis konnte Marcel Paul frei die Häftlinge auswählen, die zu harten Arbeiten kommandiert wurden, welche für unterernährte Häftlinge oft tödlich endeten. Eines Tages bestellt ein deutscher Kapo (ein Kommunist namens Wilhelm Schumann) Fouchet-Créteau zu sich und teilt ihm mit: „Wir deutschen Kommunisten können nichts mehr für dich tun. Die französischen Kommunisten wollen ‚dich erledigen' (so im französischen Text. M.)." Und der deutsche Kapo gibt dem französischen Sozialisten den Rat, sich mit seinem Landsmann Marcel Paul gut zu stellen, wenn er überleben wolle. Wie sich Fouchet-Créteau gegen Marcel Paul zu wehren wußte, ist eine weitere brisante Aussage.

Hoffentlich werden die im Laufe der Affäre Marcel Paul an die Öffentlichkeit gelangten Zeugnisse bald auch den deutschen Lesern bekannt gemacht. Es wäre ein Beitrag auch zur innerdeutschen Vergangenheitsbewältigung.

Dr. Armin Mohler,
München

Ohne die Kraft des Geistes

„Kirchliche Aussperrung": WELT vom 25. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Enno v. Loewenstern beklagt in diesem Artikel den geistlichen Notstand in unseren christlichen Konfessionen.

Die Frage, wie lange denn die Vertreter unserer christlichen Kirchen noch zusehen wollen, ist berechtigt. Erkennen sie denn nicht die Alarmzeichen unserer Zeit, die auf Sturm stehen? Die 1,52 Millionen Kirchenaustritte sind ja nur die Spitze des Eisberges.

Wie aber sieht das Glaubensfundament der vielen kirchensteuerzahlenden Konfessionschristen aus? Die Mehrheit der Jugendlichen wartet doch nur darauf, endlich aus der Kirche „hinauskonfirmiert" zu werden, um dem Zwang, in die Kirche gehen zu müssen, endlich zu entrinnen.

In der Feststellung von kirchlicher Seite, daß der Mensch in Not und Unfreiheit zu Gott findet, wenn es ihm aber gut geht, er sich lieber den Ablenkungen der Konsumgesellschaft widmet, kann ich nur totale Hilflosigkeit unserer kirchlichen Obrigkeiten sehen. Der Eindruck entsteht, daß die Kirche Notzeiten herbeisehnt, damit der Christ wieder zu Gott findet. Unsere kirchlichen Würdenträger sind offensichtlich nicht in der Lage, ihre Gläubigen in die Kraft des Geistes zu führen, die uns Jesus ganz anschaulich demonstriert hat und von der er uns Menschen sagte: „Ihr könnt noch größere Dinge tun, als ich getan habe!"

Es ist doch ein Alarmzeichen, das niemand mehr übersehen kann, daß die Kirchenbänke immer leerer werden, die Wartezimmer der Ärzte und Psychiater aber immer voller. Die Menschheit sucht nach den wahren Werten des Lebens und möchte den Sinn ihres menschlichen Daseins verstehen. Das theoretische Vermitteln von Glaubensinhalten, das uns seit Jahrhunderten in unseren Kirchen zugemutet wird, genügt dem Menschen heute nicht mehr.

Sicherlich wird dieses geistige Vakuum überwunden werden. Aber ob es unsere Konfessionen überleben und sie die geistliche Wende erringen, wird letzten Endes davon abhängen, wie schnell unsere kirchlichen Obrigkeiten aufwachen und aus predigenden Hirten handelnde Christen werden.

Mit freundlichen Grüßen
A. M. Bischoff,
Oestrich-Winkel 2

Falsches Jiddisch

In seiner Besprechung des Romans „Die Familie Moschkat" von I. B. Singer (Geistige Welt vom 29. September) rügt Ben Chorin angebliche Übersetzungsmängel teilweise zu Unrecht: „Lernhaus" statt „Lehrhaus" ist insofern nicht falsch, als im „Beth-ha-Midrasch" in der Tat nicht doziert, sondern auf eigene Faust „gelernt", d. h. studiert wird. Zum Übergießen der Hände vor der Mahlzeit werden nicht nur, wie Ben Chorin meint, Becher benützt, sondern auch Schöpfkellen. Zum Lichtfest im Dezember waren früher ausschließlich Öllämpchen üblich; die Kerzen sind eine späte Angleichung an das Weihnachtsfest. Es ist also nicht falsch, wenn die Übersetzerin von einer „Chanukka-Lampe" und nicht von einem „Chanukka-Leuchter" spricht.

Und was endlich „Mischpoke" statt „Mischpoche" angeht, so ist das zwar wirklich falsch, aber bestimmt nicht, wie Ben Chorin meint, „aus dem Nazijargon übernommen". Sehr viele Nazis aus altösterreichischen Regionen konnten besser Jiddisch als die meisten deutschen Juden – zu denen auch Ben Chorin zählt – und sprachen jiddische Wörter korrekt aus.

Der Fehler kommt vielmehr daher, daß der Text aus dem Amerikanischen – und nicht direkt aus dem Jiddischen – übersetzt ist, und die Angelsachsen den deutschen (und auch hebräischen) ch-Laut jeweils mit k, kh oder h wiedergeben. Der Verlag hat mir den Text zwar zur Kontrolle vor dem Druck zugeschickt und es müßte mich wundern, wenn ich diesen Fehler mit „Mischpoke" nicht korrigiert hätte: Das wurde vielleicht vom Korrektor übersehen.

Einen weit schwererwiegenden Fehler konnte ich leider nicht korrigieren: die Tatsache nämlich, daß der jüdische Name „Oser", in jiddischer Aussprache „Oiser" von der Übersetzerin rätselhafterweise mit „Euser" wiedergegeben wird. Dabei gibt es weder im Hebräischen, noch im Jiddischen diese Umlaute! Das wußten übrigens auch Nazis aus altösterreichischen Regionen genau: Wenn sie Juden karikierten, sprachen sie ö und eu als e und ei aus. Da der Name in dem Buch aber auf jeder Seite mehrfach vorkommt, hätte man, um diesen Fehler zu beheben, den ganzen Text zum zweiten Mal setzen müssen. Diesen massiven Fehler hat aber auch Ben Chorin nicht erkannt.

Dr. phil. Salcia Landmann,
St. Gallen/Schweiz

Rasche Karrieren

„Leserbrief: Auch Offizier?"; WELT vom 28. September

WELT-Leser Herbert Römer bemängelt, daß Eichmann als SS-Offizier bezeichnet worden sei; er wäre nie Soldat gewesen und konnte also auch nicht Offizier werden. Es sollte aber auch Herrn Römer bekannt sein, daß es neben Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine einen vierten Wehrmachtsteil gegeben hat, die SS-Verfügungstruppe, später Waffen-SS genannt, und dort selbstverständlich auch Offiziere.

Und was da möglich war – dafür drei mir persönlich bekannte Beispiele: Ein Hauptsturmführer der Allgemeinen SS, garantiert ungedienter Mann, wurde 1939 von einem Tag zum anderen Obersturmführer der Waffen-SS und Chef einer Reiterschwadron.

Als ich – Geburtsjahr 1910 und somit Angehöriger eines „weißen" Jahrgangs – im Frühjahr 1939, wie alle Gleichaltrigen, einen Musterungsbefehl erhielt, erschien im Musterungslokal auch ein Standartenführer der Allgemeinen SS in voller Uniform. Ihm dauerte aber die ganze Prozedur zu lange, und so beschwerte er sich lauthals bei der Musterungskommission, er sei um 11 Uhr zu einer Unterredung mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels verabredet und müßte diesen Termin unbedingt einhalten. Es war Gunther d'Alquen, der Hauptschriftleiter der SS-Zeitung „Das schwarze Korps" – also gleich mir ein ungedienter Mann. Wenige Jahre später entdeckte ich eine Anzeige, in der der Obersturmbannführer der Waffen-SS Gunther d'Alquen die Geburt eines Kindes anzeigte. Er hatte es also in wenigen Jahren – in denen die Zeitung zumindest eine Zeitlang weiter unter seiner Schriftleitung erschien – zum Oberstleutnant gebracht.

Als man mich dann im Juni 1939 zu einer Dreimonatsübung (aus der sechs Jahre werden sollten) bei einer Luftwaffen-Einheit einzog, war mein Zugführer ein Wachtmeister d. R., im Zivilleben ebenfalls Hauptsturmführer der Allgemeinen SS, dieses aber nicht etwa als Beruf. Eines Tages verabschiedete er sich plötzlich von uns in der Uniform eines Obersturmführers der Waffen-SS, also als Oberleutnant. Er hat es bis zum Generalmajor der Waffen-SS gebracht (jawohl, mit der offiziellen Bezeichnung Generalmajor!), ein immer korrekter Offizier, dem nicht das geringste nachgesagt werden konnte.

Man konnte also sehr wohl von heute auf morgen Offizier werden, selbst als Ungedienter, auf den Offiziere anderer Truppenteile nicht herabzublicken brauchen.

H. D. Müller-Grote,
Königswinter 14

Zweierlei Maß

„Die Südtirol-Frage wird für Rom zur Belastung"; WELT vom 4. Oktober

In der Diskussion um die Selbstbestimmungsforderung des geteilten Landes Tirol hat sich nun auch der italienische Staatspräsident Sandro Pertini eingeschaltet. Er meinte, der Tiroler Dr. Silvius Magnago, Landeshauptmann des von Italien annektierten Südtirol, hätte besser nicht an der Festveranstaltung in Innsbruck anläßlich des Andreas-Hofer-Gedenkjahres 1984 teilnehmen sollen. Ergänzend erläuterte er dann, er habe damit lediglich jede Gewaltanwendung verurteilen wollen.

Dazu ist anzumerken, daß der Grundsatz der Selbstbestimmung zwingendes Menschen- und Völkerrecht ist, das auch Italien verpflichtet und die deutschen Südtiroler nicht ausnimmt. Bei dem Festumzug in der Tiroler Landeshauptstadt war mit Spruchbändern in friedlicher und demokratischer Weise unter starkem Beifall der Zuschauer das Recht auf Selbstbestimmung zur Wiedervereinigung Tirols gefordert worden.

Darüber hinaus muß der italienische Staatspräsident an den Ausspruch während seines Staatsbesuchs im September 1979 in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Berliner Mauer erinnert werden: „Wenn morgen Rom geteilt wäre, würde ich mich für die Wiederherstellung seiner Einheit schlagen!" Diese Haltung wird Sandro Pertini doch wohl nicht nur für Italien oder für sich selbst gelten lassen wollen?

W. Lindner,
Bonn 1

So neu nicht

„Von der grauen Eminenz zum Sündenbock: der Fall Rohr"; WELT vom 6. Oktober

In jüngster Zeit beschäftigen Sie sich verstärkt mit der schwierigen Lage der Landwirtschaft. Ich frage mich als langjähriger Leser Ihrer Zeitung allerdings, warum eigentlich erst jetzt? Denn daß es den Bauern nicht gut geht, ist so neu nicht. In den letzten 10 Jahren ist es, mit einer Unterbrechung, mit den landwirtschaftlichen Einkommen ständig bergab gegangen. Die deutschen Bauern sind im EG-Vergleich von einem Vorderplatz fast ans Ende gerutscht. Da fällt es mir schwer, Ihren Lobeshymnen auf den ausgeschiedenen Staatssekretär Rohr und seinem versetzten „brillanten Sachkenner der EG-Problematik" den rechten Glauben zu schenken.

Auch leuchtet mir nicht ein, daß die Bauern an der Küste für das „Milchschlamassel" verantwortlich sein sollen. In Niedersachsen ist z. B. im letzten Jahrzehnt die Milcherzeugung um ca. 30 Prozent gesteigert worden, in Bayern dagegen um ca. 45 Prozent. Ich gönne den Bayern diesen Erfolg von Herzen, zeigt es doch, wie erfolgreich ihre Agrarpolitik ist. Nur sollten sie nicht so tun, als hätten sie nicht ihren Teil zur Überproduktion beigetragen.

Die Reihe der Ungereimtheiten ließe sich beliebig fortsetzen; darauf will ich verzichten. Aber eine etwas gründlichere Arbeit bei der Darstellung ihrer Lage – das hätten die Bauern schon verdient.

Mit freundlichem Gruß
Fritz Stegen,
Hof Seebeck, Bokel

Arbeitsvolumen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichten in Ihrer Zeitung von einer Studie des Fraunhofer-Instituts (IPA) über Roboter-Einsatzmöglichkeiten. Danach sind bis zur Jahrtausendwende 0,1 bis 0,2 Millionen Arbeitsplätze gefährdet.

Immer wieder überrascht bei Prognosen aus Wissenschaft und Politik, daß sie ohne Bezug zur Wirtschaftswirklichkeit erstellt werden. Ob bis in 15 Jahren 80 000 bis 200 000 Arbeitsplätze gefährdet sind, entscheidet sich daran, ob Abnehmer für die zu erstellenden Güter vorhanden sind und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig ist. Legt man diesen Maßstab an, gefährden Montageroboter keine Arbeitsplätze, sondern sichern sie.

Die Studie der IPA geht offenbar von der falschen Annahme aus, wir hätten – und das sogar über Jahrzehnte – ein festliegendes, statisches Arbeitsvolumen. Den gleichen Fehler machen fast alle Politiker, die sich zu Fragen der Arbeitslosigkeit äußern, ganz zu schweigen von den Gewerkschaftsvertretern, die aus organisationspolitischen Gründen eine solche Meinung vertreten.

Mit freundlichen Grüßen
E. Schroeder,
Dortmund 1

Wort des Tages

„Man kann auf eine Art zuhören, die mehr wert ist, als das Gefälligste, was man sagen kann."

Charles Joseph de Ligne; österr. Feldmarschall und Autor (1735–1814)

Personalien

EHRUNGEN

Der Unternehmer **Anton Kathrein** (33) aus Rosenheim und der Manager **Wilhelm Josef Sebastian** (40) aus Dernau an der Ahr wurden mit dem Wirtschaftsjunioren-Preis „Goldene Brücke" 1984 ausgezeichnet. Damit wird der außergewöhnliche Einsatz beider Preisträger für gesellschaftspolitische Ziele gewürdigt. Anton Kathrein, persönlich haftender Gesellschafter der Kathrein-Werke KG, Rosenheim, hat durch systematische Forschung und Entwicklung in Produkte für Zukunftsmärkte der Kommunikationstechnik das Familienunternehmen innerhalb von zwölf Jahren zu einer weltweit operierenden und stark exportorientierten Firmengruppe entwickelt. Neben seinem unternehmerischen Erfolg zeichnet Kathrein sich durch sein gesellschafts- und kommunalpolitisches Engagement aus. So ist der Jungunternehmer Vorsitzender des Verwaltungs- und Arbeitgeberausschusses beim Arbeitsamt, Beisitzer beim Arbeitsgericht, Handelsrichter und seit 1984 auch Stadtrat für Rosenheim. Wilhelm Josef Sebastian ist Präsident der Vereinigten Ahrwinzergenossenschaften e. G., Bad Neuenahr-Ahrweiler. Als Geschäftsführer eines Winzervereins erkannte Sebastian sehr früh, daß nur ein Zusammenschluß der einzelnen Kleingenossenschaften zu einer größeren Wirtschaftseinheit künftig den Fortbestand des Weinbaus im Ahranbaugebiet sicherstellen kann. Unter seiner Geschäftsführung und seinem Vorstandsvorsitz sind heute in der Ahrwinzergenossenschaft 520 Mitglieder vereinigt, die bald die Hälfte des gesamten Ahrweinbaus repräsentieren. Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen** hat die Wirtschaftsjunioren-Preise an Anton Kathrein und Wilhelm Josef Sebastian verliehen. Die „Goldene Brücke", die unter der Schirmherrschaft von **Otto Wolff von Amerongen**, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), steht, soll die Funktion des Unternehmers für die Gesellschaft unterstreichen.

*

Der Frankfurter Komponist **Heiner Goebbels** erhält in diesem Jahr den mit 15 000 Mark dotierten Karl-Sczuka-Preis des Südfunks (SWF). Er bekommt die Auszeichnung für sein Hörspiel „Verkommenes Ufer" nach einem Text von **Heiner Müller**. Nach Ansicht der Jury, die nach SWF-Angaben vom Mittwoch „eher das Risiko als die Perfektionierung experimenteller radiophonischer Methoden" würdigt, hat Goebbels neue Wege zur Verbindung der traditionellen O-Ton-Collage „mit der akustischen Analyse einer literarischen Vorlage" geöffnet. Der Komponist habe in Berlin den Versuch unternommen, den Text „von Passanten lesen zu lassen und aus diesem Material musikalische Strukturen zu entwickeln". Der 1952 in der Pfalz geborene Goebbels, der als freier Komponist in Frankfurt lebt, studiert Musik und Soziologie.

BERUFUNGEN

Vom Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, Professor **Wilhelm Kewenig**, sind Professor Dr. **Klaus Mackscheidt** (Universität Köln) für den Bereich Finanzwissenschaft; Professor Dr. **Günter Hommel** (Technische Universität München) für den Bereich Prozeßdatenverarbeitung; Professor Dr. **Werner Nitzsche** (Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Köln) für den Bereich Futterbau und Grünlandnutzung an die Technische Universität Berlin berufen worden.

*

Dipl.-Ing. **Frank Müller-Römer** (48), seit 1975 Technischer Direktor des Bayerischen Rundfunks (BR), wurde vom Rundfunkrat des BR auf Vorschlag des Intendanten für weitere fünf Jahre (1.1.1985–31.12.1989) in seinem Amt bestätigt. Müller-Römer, von 1980–1983 auch Vorsitzender der Technischen Kommission ARD/ZDF, setzte sich neben seiner Tätigkeit beim BR in zahlreichen Veröffentlichungen und Fachvorträgen intensiv mit den technischen und medienpolitischen Entwicklungen der neuen elektronischen Medien sowie mit ihren Auswirkungen auf die Teilnehmer auseinander. Darüber hinaus war er seit 1975 bei allen Funkverwaltungskonferenzen Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland. An der Ende Oktober in Genf beginnenden UKW-Planungskonferenz wird er wieder als Vertreter des Freistaates Bayern teilnehmen.

Wer viel um die Ohren hat, hört am besten auf uns.

Wer heute etwas zu sagen hat, braucht einen Partner, der seine Sprache versteht. Ganz gleich, ob Sie schon ein Unternehmen erfolgreich am Laufen halten oder gerade erst etwas auf die Beine stellen, wir stehen Ihnen mit Rat und Tat zur Seite.

Das geht von der Besprechung Ihrer Geschäftsergebnisse bis zur Branchenanalyse.
Vom »HEIDIS« Informations-System für Export/Import bis zur Unterstützung bei Geschäftsanbahnungen im Ausland.

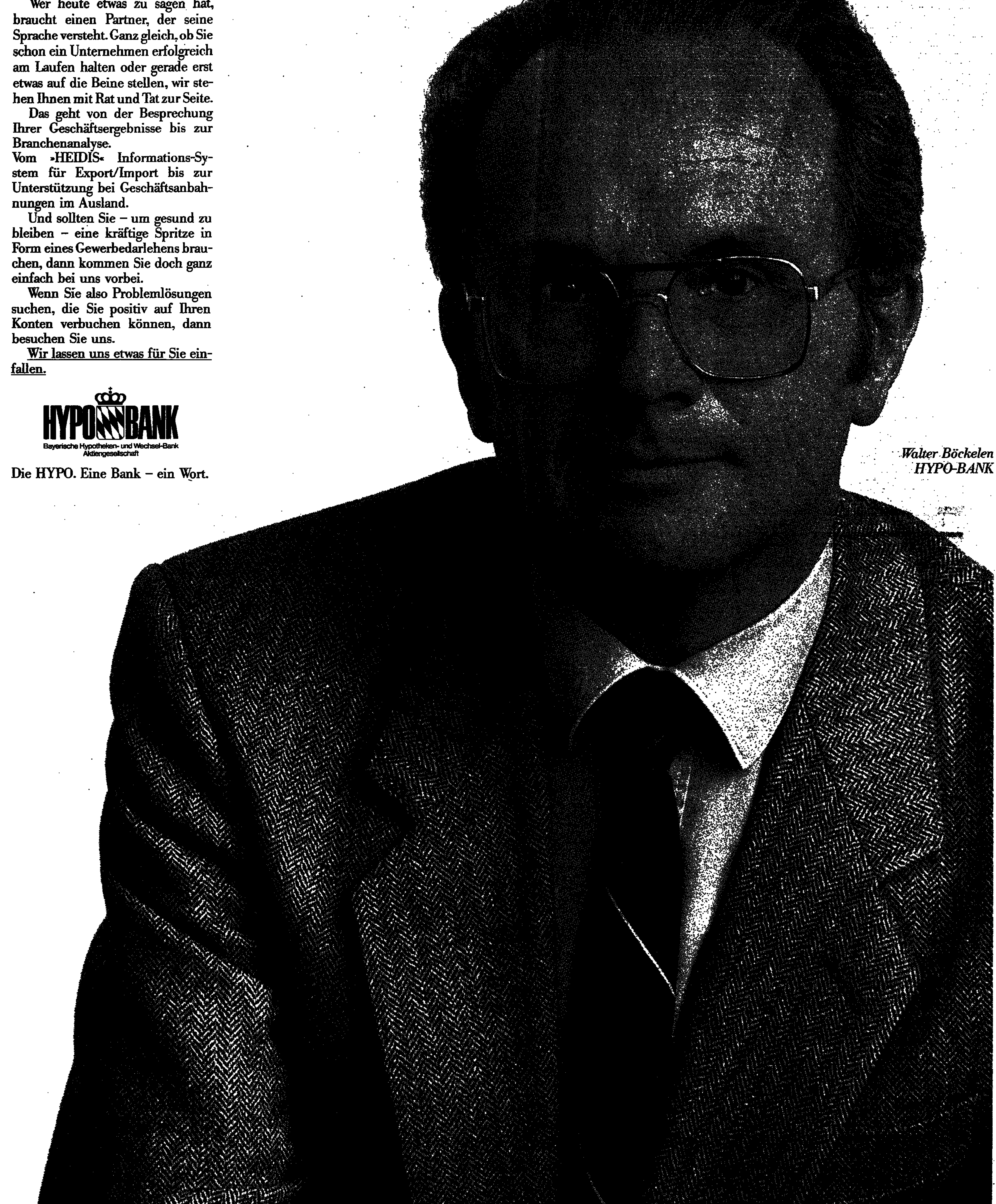
Und sollten Sie – um gesund zu bleiben – eine kräftige Spritze in Form eines Gewerbedarlehens brauchen, dann kommen Sie doch ganz einfach bei uns vorbei.

Wenn Sie also Problemlösungen suchen, die Sie positiv auf Ihren Konten verbuchen können, dann besuchen Sie uns.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Walter Böckelen
HYPO-BANK

Nur ein Machtinstrument radikaler Araber

Von HARALD VOCKE

Als neulich Jordanien die 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wiederaufnahm, bestand im Orient der Eindruck, König Hussein habe diesen Schritt mit Saudi-Arabien abgestimmt. Das ist nach wie vor höchst wahrscheinlich. Denn daß Saudi-Arabien nachträglich Mißfallen über den Entschluß Jordaniens geäußert hat, und dies nicht einmal besonders laut, läßt sich angesichts der üblichen Doppelzüngigkeit arabischer Diplomatie durchaus mit der These einer außenpolitischen Abstimmung zwischen den beiden Monarchien vereinen. Die Saudi-Araber bezogen sich bei ihrem sanften Tadel Jordaniens auf einen Beschluß der „Liga der Arabischen Staaten", der Ägypten für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Israel durch einen diplomatischen Boykott der Liga-Staaten bestraft hatte.

Dieser Beschluß war einer der törichsten in der an Torheiten so reichen Geschichte der Araber-Liga. Denn damit hatte die Liga nicht nur ihren traditionellen Sitz in Kairo verspielt. Sie mußte auf den volkreichsten und modernsten arabischen Staat, auf ihr Gründungsmitglied Ägypten, verzichten. Nicht nur aus israelischer, sondern auch aus europäischer Sicht ist es hocherfreulich, daß die Araber-Liga auch nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Amman in ihrer schmollenden Trotzhaltung gegenüber Ägypten beharrt. Schon wegen der Ölpolitik, aber auch angesichts des Libanonkonflikts und der Spannungen zwischen Syrien und Israel liegt es im Interesse des Westens, daß die „Liga der Arabischen Staaten" als Instrument panarabischer Politik schwach und unwirksam bleibt. Denn in den Jahren, in denen sie größere Bedeutung besaß, hat die Liga stets radikalen arabischen Staaten als Werkzeug gedient.

Wir Deutschen müßten es eigentlich wissen. Unter dem Druck des ägyptischen Diktators Nasser hatte die Arabische Liga im Frühjahr 1965 ihren Mitgliedstaaten empfohlen, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland abzubrechen, und zwar nur deshalb, weil die Bundesregierung normale diplomatische Beziehungen zu Israel hergestellt hatte. Zehn der damaligen Mitgliedstaaten der Liga folgten dieser Empfehlung. Nur Marokko, Tunesien und Libyen (das damals noch ein Königreich war) wagten es, der Araber-Liga und den Drohreden des Ägypters Nasser zu trotzen.

In Wahrheit war das Sekretariat der Liga in den sechziger Jahren nicht ein gemeinsames Instrument der arabischen Staaten, sondern fast nur noch ein Werkzeug der Machtpolitik Nassers. Noch beim Ausschluß Ägyptens aus der „Arabischen Liga" sollen etwa 60 Prozent der Angestellten im Kairoer Liga-Sekretariat Ägypter gewesen sein.

Mit der Verlegung ihres Sekretariats von Kairo nach Tunis haben die arabischen Staaten ihre Liga, die heute (ohne Ägypten) einundzwanzig Staaten als Mitglieder hat, selber erheblich geschwächt. Höchstens in Bonn, wo man, einer Tradition der Regierung Schmidt folgend, noch heute überängstlich gegenüber radikalen Arabern ist, und am Sitz der europäischen Behörden in Brüssel nimmt man die nach Tunis verpflanzte Araber-Liga ernst.

Es wäre eine lohnende Mühe, die Geschichte dieser Organisation aufzuzeichnen, nicht aus der Sicht von Lobrednern panarabischer Gewaltpolitik, sondern mit nüchternem Blick für die Fakten. Mit Doppelzüngigkeit hatte es schon bei der Gründung begonnen. Als britischer Außenminister erklärte Anthony Eden am 24. Februar 1943 im Unterhaus, England unterstütze die „arabische Einheit", die Inititative zur Gründung einer Liga arabischer Staaten jedoch „müßte von den Arabern selbst kommen".

Schon damals war es ein offenes Geheimnis, daß sich die britische Orientpolitik um die Gründung einer solchen Organisation mit Nachdruck bemühte. Sie sollte den Einfluß Englands auch in den unter französischer Kolonialherrschaft geschaffenen Araberstaaten Syrien und Libanon stärken. Am 22. März 1945 war es schließlich soweit. Ägypten, Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien und Transjordanien unterzeichneten das Gründungsdokument einer „Liga der Arabischen Staaten" und ernannten den Ägypter Azzam Pascha zum ersten Generalsekretär.

Gleich das Gründungsdokument enthielt einen „Zusatz bezüglich auf Palästina". Darin hieß es: „Die internationale Existenz und Unabhängigkeit im rechtlichen Sinne (von ‚Palästina') kann ebensowenig in Frage gestellt werden wie die der übrigen arabischen Länder." Nach dieser offenkundig unwahren Behauptung – Palästina stand 1945 unter britischer Kolonialherrschaft und war also keineswegs unabhängig im völkerrechtlichen Sinne – heißt es weiter im Gründungsdokument der Araber-Liga, die „äußere Manifestation der Unabhängigkeit" von Palästina sei aus Gründen „verdunkelt" worden, auf die Palästina keinen Einfluß gehabt habe. Das aber dürfe „Palästina" nicht daran hindern, an der Arbeit der Araber-Liga mitzuwirken. Der Rat der Liga solle daher „einen arabischen Repräsentanten aus ‚Palästina' auswählen, der an der Arbeit der Liga mitwirken könne".

Damit nahm das Unglück seinen Lauf. Noch vor der Gründung Israels entwickelte sich die Araberliga zum Hauptinstrument radikaler arabischer Machtpolitik. Unmittelbar nach der Staatsgründung versuchten alle Mitgliedstaaten der Liga, die hierzu geographisch in der Lage waren – Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon, ja sogar der von Palästina weit entfernte Irak –, durch Entsendung von Truppen den soeben gegründeten jüdischen Staat zu vernichten. Der gemeinsame Angriffskrieg gegen den Judenstaat endete freilich mit einem bombastischen Fehlschlag.

Anderthalb Jahrzehnte vergingen, bis der Ägypter Nasser entdeckte, welche Möglichkeiten der Pakt der Liga ihm bot, um einen „Repräsentanten aus Palästina" innerhalb der Araber-Liga zum Vertreter ägyptischer Hegemonialpolitik zu gebrauchen.

Die ersten beiden Gipfelkonferenzen arabischer Staatsoberhäupter führten 1964 zur Gründung der „Organisation zur Befreiung Palästinas". Deren erster Generalsekretär Ahmed Schukeiri betätigte seine beachtliche Lungenkraft in den folgenden drei Jahren vor allem, um im Auftrag Nassers den Sturz der Monarchien in Saudi-Arabien und Jordanien zu fordern.

Heute mag man über den Agitator Schukeiri lächeln, nach der von Nasser verschuldeten arabischen Niederlage im Sechs-Tage-Krieg von 1967 war er bald in der Versenkung verschwunden. Daß die Arabische Liga in der Hand eines prosowjetischen arabischen Diktators vom Schlage des Ägypters Nasser der Stabilität in allen arabischen Ländern abträglich war, hat sich jedoch schon damals deutlich erwiesen.

Ein konstruktiver Beitrag zur Befriedung des Orients ist von der Liga heute noch nicht zu erwarten – nicht einmal dann, wenn ihr Sekretariat wieder nach Kairo verlegt würde. Denn was die Mitgliedstaaten der Araber-Liga zu einen vermag, ist noch immer nur der tief im Emotionalen begründete Plan, Israel als Staat zu vernichten und durch einen arabischen Muslimstaat zu ersetzen.



Lebendig im stummen Spiel: Eisi Gulp als Jerome Searing FOTO: TELEBUNK

Die tödlichen Pointen des Ambrose Bierce: „Einer von den Vermißten"

Das unerwartete Ende des J. Searing

Daß Regisseur Karl Heinz Kramberg den Pantomimen Eisi Gulp zum Hauptdarsteller seines neuen Films gemacht hat, könnte ein gutes Omen sein. „Einer von den Vermißten" basiert auf einer Erzählung des amerikanischen Schriftstellers Ambrose Gwinnett Bierce (1842 bis 1913 oder 1914), den – als er in den Wirren der mexikanischen Revolution verscholl – selbst im eigenen Land kaum ein Mensch mehr kannte, obwohl damals eine zwölfbändige Ausgabe seiner gesammelten Werke abgeschlossen vorlag.

Erst Mitte 1945 erinnerte man sich wieder an ihn; in den USA erschienen

Einer von den Vermißten – ARD, 23.00 Uhr

Neueditionen, die zwanzig Jahre später in mehr oder minder guten Übertragungen den Autor endlich auch bei uns einführten. Sie konnten im Klima studentischer Unruhen und pazifistischer Utopien sogar kurzfristig eine gewisse Breitenwirkung entfalten, verschwanden aber seltsam schnell wieder aus der Diskussion.

Das hatte vielleicht damit zu tun, daß Bierce sich überhaupt nicht ideologisch einspannen läßt; dafür ist seine radikale Verdammung des Krieges und der Gewalt formal viel zu streng eingebunden. In seinen sarkastischen und phantastischen Szenarios herrscht bei allem blutigen Grauen, bei allem schwarzen Humor stilistische Ordnung. Der Mann, der zwischen 1861 und 1865 als Offizier der Unionisten im gesamten amerikanischen Sezessionskrieg kämpfte, war Künstler ebenso wie Chronist. Die Realität brach er im Prisma.

Jerome Searing heißt der „Held" der Bierceschen Kurzgeschichte, die Kramberg verfilmt hat. Jerome ist Soldat, er wird ausgeschickt, um ganz allein in gefährlicher Mission den Feind auszuspähen – aber es kommt alles ganz anders. Der Rekrut steckt plötzlich in einer Situation, die ihm statt des erhofften Ruhms Lächerlichkeit zu bescheren droht. Im Angesicht des Todes begreift er, daß er hilflos unter einem weit stärkeren, von jeher geplanten Gesetz steht als dem Befehl des Divisionsgenerals. Er ist nicht mehr Handelnder, sondern Marionette einer Vorsehung, die ihn zu ihren eigenen Zwecken benutzt.

Zahllosen Gestalten in den Erzählungen von Ambrose Bierce haftet deshalb etwas Marionettenhaftes an, weil der Schriftsteller sich ihrer gern als Vehikel seiner Ironien bedient, auch seiner Verzweiflungen. Er reißt sie aus ihrer literarischen Wirklichkeit und funktioniert sie um zu Bedeutungsträgern. Insofern könnte die Wahl des mimischen Parodisten für die Hauptrolle in der Tat glücklich ausgefallen sein. Hier wird kein Charakterdarsteller verlangt, sondern ein Illustrator. Beim Deutschen Taschenbuchverlag gibt es Erzählungen mit der Titelgeschichte „Der Vorfall an der Eulenfluß-Brücke" (1962 verfilmt und in Cannes ausgezeichnet) und die Auswahl „Der Mönch und die Henkerstochter". Suhrkamp hält unter dem Rubrum „Das Spukhaus" Gespenstergeschichten bereit, und Insel bietet die Sammlung „Mein Lieblingsmord".

Die Titel sind programmatisch zu verstehen. Ambrose Bierce hat ständig den Tod einzukreisen versucht, er näherte sich ihm aus dem Diesseits und aus dem Jenseits, indem er Tote auferstehen und die Lebenden das Fürchten lehren ließ. Er hielt immer wieder den Prozeß des Sterbens fest wie den Zustand der Starre. Über einen gefallenen Soldaten heißt es: „Das Gesicht war auf die Erde gepreßt und plattgedrückt. Es sah schon gelb aus und wirkte abstoßend. Nichts wies mehr auf die Herrlichkeit des Heldentodes hin oder milderte die Ekelhaftigkeit des Verfalls."

Daß man vom „bitteren Bierce" spricht, geht auf solche Textstellen zurück, deren Motiv sich wie ein roter Faden durch das gesamte Werk zieht – mehr allerdings noch auf das „Wörterbuch des Teufels" (ebenfalls dtv), in dem der Autor seinem Sarkasmus freien Lauf läßt. Eine „Allianz" definiert er so: „In der internationalen Politik: das Bündnis zweier Diebe, die sich gegenseitig die Hände so tief in die Tasche gesteckt haben, daß keiner von ihnen für sich allein einen Dritten ausplündern kann."

Bierce beherrschte alle Stufen der Skala des Spotts; sein schwarzer Humor bedeutete für ihn eine Waffe gegen die bösen Unzulänglichkeiten der Welt. ALFRED STARKMANN

Die Kunst der Pause

Quizmaster, die auf sich halten, sind Überzieher. Sie kokettieren gar damit, nie mit ihrer Sendezeit auszukommen. Kuli gelang letzthin indes ein Unterzieher: er war neun Minuten früher als geplant mit seinem EWG-Quiz fertig. Mit ihm waren wir nun gespannt, was in der Zeit bis zum Erscheinen der Lottofee um Punkt 22 Uhr geschieht. Die ARD hat uns nicht enttäuscht. Geschockt von dem plötzlichen Freiraum sendete das Erste Programm eine Pause. Einfach Pause, sonst nichts. In der begehrtesten Sendezeit der Woche ließ die ARD schlicht ihr geniales Signet mit der Eins einige peinlich lange Minuten stehen, unten links durch die Bemerkung „Pause" verschönt.

Die Idee ist ausbaufähig. Wenn die Programmacher schon keinen Mikkey-Mouse-Film oder andere Kurzweil für die Wechselfälle von Liveprogrammen bereithalten, sollten sie vielleicht zu einer bewährten Wiederholung greifen. Man könnte beispielsweise den Wetterbericht vom 11. Juni wiederholen oder die Lottozahlen vom 10. März. Aerobic unter Anleitung von F. Nowottny oder auch der Lieblingswitz des Intendanten, von ihm selbst vorgetragen, böten vorzügliche Abwechslung.

Aber nein, die ARD sendete stur Pause. Da in öffentlich-rechtlichen Anstalten selten etwas ohne Hintersinn geschieht, wollte sie vielleicht zum Umschalten auf andere Kanäle, private gar, ermuntern. Sollte das beabsichtigt gewesen sein, hätte man jedoch gleich das Programm von RTL Plus einblenden sollen, wozu dem Spätdienst offenbar der Mut fehlte. Möglicherweise aber ist der Einsatz der bewußten Pause als szenischer Beitrag zur neuen Programmstruktur gedacht, über die so heiß diskutiert wird.

Nach dem erfolgreichen Probelauf ist nun wohl mit weiteren Pausensendungen zu rechnen. Dafür böten sich – mehrmals in der Woche – die Zeiten zwischen 20.15 und 21.00 Uhr an. Auch zwischen 19.00 und der Tagesschau sowie von etwa 22.00 Uhr an schreien bestimmte Beiträge geradezu nach der Pause (die Werbezeiten natürlich ausgenommen). Da die Produktionskosten einer Pausenminute niedrig sein dürften, wäre damit ein vorzüglicher Beitrag zur Bestandssicherung der ARD-Anstalten geleistet. Und der Zuschauer hätte das große Los gezogen: das Pausen-Los.

PETER GILLIES

ARD | ZDF

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Milliardenparty
11.25 Sketchup
11.50 Umschau
12.10 Reportage am Montag
Marx und Mortadella
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
Noch in diesem Jahrhundert versuchten Wissenschaftler nachzuweisen, daß Frauen hinsichtlich Schädelgröße, Gehirnströmen und Reaktionsvermögen dem Mann von Natur aus geistig unterlegen sind. Der Film des britischen Fernsehens versucht nun auf humorvolle Weise mit diesen Vorurteilen aufzuräumen.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Arno und dem Hasen Cäsar
17.45 So sind Kinder
Fünf Minuten Verkehrsverhalten
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Skorpione und andere Heimlichtuer
21.00 Monitor
Pershing 2 – im Ernstfall untauglich?
Bundeswehr – Stimmung so schlecht wie nie
Zweifelhafte Praktiken bei Industrieansiedlung
SS-Kriegsverbrecher – die Opfer trauern, die Täter feiern
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Einer von den Vermißten
Die Patrouille des Soldaten Jerome
Fernsehfilm nach der gleichnamigen Erzählung von Ambrose Bierce
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
Eine ganz kleine Nachtmusik
16.20 Schüler-Express
Heiße Reifen – heiße Öfen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Mein Name ist Hase!
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Seit Jahren trauern Johanna und Maximiliane, zwei recht ungleiche Zwillingsschwestern, ihrer gemeinsamen Liebe, dem Matrosen Heinz, nach ...
19.00 heute
19.30 Titanic
Nachspiel einer Katastrophe
21.15 WISO
Themen:
Schub mit Schips
Modemacher für Millionen
Steuerfreiheit bei Abfindungen für Arbeitnehmer
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Wassa Schelesnowa
Schauspiel von Maxim Gorki
Mit Inge Meysel u. a.
Bildregie: Otto Meyer
Inszenierung: Karl Paryla
Das ganze Leben der Wassa Schelesnowa, einer reichen Schiffahrtsunternehmerin, ist von Geschäft und Geld gezeichnet, was ihr unnatürlichen Haß und Härte verleiht. Auch ihr Verhältnis zur eigenen Familie ist verbittert. Als ihr Mann einer Anklage nicht mehr entgehen kann, zwingt ihn Wassa zum Selbstmord ...
23.45 heute

Günter Malzacher, Benno Sterzenbach, Hans Korte und Dirk Galuba in dem Fernsehspiel „Titanic – Nachspiel einer Katastrophe" – ZDF, 19.30 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ulrich Wickert: Pariser Geschichten
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
Mit dem Duo The Catch
21.45 Mehr Umweltschutz – Chance für mehr Arbeitsplätze?
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Der Bruder des Stars: Der kleine Rummenigge
23.45 Schach dem Weltmeister
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 45 Fieber (8)
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Schrecken des Krieges (6)
Die Herren Engländer
22.10 Juristenstammtisch
Vorgesehenes Thema: Zerrüttung einer Reform?
Diskussion über die geplante Änderung des Scheidungsfolgenrechts
22.55 Schach-WM
23.25 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
19.45 Lehrling werden ist heut schwer
20.00 An einem Tag
Französischer Fernsehfilm
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Karl Valentin und Fritz Lang
Reaktionen des deutschen Kinos auf das technische Zeitalter
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ausgezählt
Amerikanischer Spielfilm (1951
Mit Rock Hudson u. a.
22.35 Les cuisines ...
23.05 Nachrichten

BAYERN

18.15 Unfall – Umgeschult und dann ...?
18.45 Rundschau
19.00 Ärger im Paradies
Amerikanischer Spielfilm (1932)
20.20 Reisegeschichten aus der Südsee
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.00 Sperrfrist
22.45 Im Gespräch
23.30 Rundschau

Nach einem reicherfüllten Leben in unendlicher Liebe, Pflichterfüllung und Aufopferung ist unsere geliebte Mutter und Großmutter ruhig eingeschlafen.

Käthe Besthorn

geb. Somfleth

* 17. 3. 1902 † 13. 10. 1984

In tiefer Dankbarkeit
Marion v. Streit geb. Besthorn
Hubertus v. Streit
Anne-Marie Besthorn geb. Wetzel
Kathleen Rollin geb. Besthorn
Prof. Dr. Heinz Rollin
Gero Besthorn
Hubertus, Ragna und Theda
Bianca, Corinna und Maja
Kevin und Christina-Jennifer

Am Behler See 28
2427 Timmdorf

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 19. Oktober 1984, um 11 Uhr in der Kirche zu Niederkleveez/Plön statt.

Wir trauern um unseren Partner und Seniorchef

Dipl.-Ing.

FRIEDRICH HOLST

Beratender Ingenieur VBI, VSI

Träger der Verdienstmedaille
der Bundesrepublik Deutschland

* 30. 6. 1901 † 9. 10. 1984

Als Beratender Ingenieur, Firmengründer und Prüfingenieur für Bauwesen war er über 40 Jahre freiberuflich tätig und Initiator unserer Ingenieurbüros. Durch sein unermüdliches Eintreten für die Belange des Ingenieurwesens sowie die Wahrnehmung zahlreicher Ehrenämter im öffentlichen Leben und Ingenieurverbänden war er geachtet und geschätzt. Seine fast unerschöpfliche Schaffenskraft und seine wegweisende Einstellung zum Berufsstand der Beratenden Ingenieure werden uns Vorbild und Verpflichtung sein.

In ehrendem Gedenken
die Partner und Mitarbeiter
der Ingenieurbüros:
Friedrich Holst und Peter Holst

TEWICO
Inter-Consult

Beratende Ingenieure VBI, VSI

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 22. Oktober 1984, um 11.00 Uhr in Halle B des Friedhofs Hamburg-Ohlsdorf statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kränzen und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Senator-Kirch-Stiftung (Volksbank Hamburg Ost-West e. G., Kto. 60 389 001, BLZ 201 902 06).

STAND●PUNKT / *Mogelei*

So mancher hat schon versucht, durch Mogeleien im Sport zum Erfolg zu kommen. Viele wurden erwischt, so mancher hat aber immer noch sein kleines Geheimnis. Jetzt hat ein südafrikanischer Leichtathlet versucht, dem Glück auf die Sprünge zu helfen. Um ungehindert am traditionellen Lauf von Marathon nach Athen über die klassische Strecke von 42,195 Kilometer teilnehmen zu können, hatte Jan Swanepoel eine falsche Nationalität angegeben.

Der Südafrikaner, der das Rennen dann auch noch in 2:28:53 Stunden gewann, hatte sich als Deutscher ausgegeben, weil er befürchtete, wegen seiner wirklichen Nationalität würden ihn die Organisatoren der Veranstaltung nicht zum Start zulassen. Der Schwindel kam später dann doch heraus. Nun aber war seine Verwunderung groß.

Statt Disqualifikation und Strafe bekam er dies zu hören: Zum Lauf auf der historischen Strecke vom Dörfchen Marathon in der Landschaft Attika in die griechische Hauptstadt sind grundsätzlich Teilnehmer aller Länder zugelassen. Wenn er das vorher gewußt hätte? Nicht immer sind kleine Mogeleien vonnöten, um zum Erfolg zu kommen. Informationen helfen da meistens viel weiter. DW

GOLF

Langer: Jetzt die Nummer eins

GERD A. BOLZE, Valencia

Golfprofi Bernhard Langer hat sein für 1984 gestecktes Saisonziel bereits erreicht: Mit dem erstmaligen Gewinn der Offenen Meisterschaft von Spanien und weiteren 14 000 Pfund Sterling ist er mit der neuen Rekordsumme von 139 376 Pfund (rund 550 000 Mark) zum zweiten Mal nach 1981 der Ranglisten-Erste Europas, was ihm vor drei Jahren bereits mit 95 991 Pfund gelungen war. Der 27jährige Anhausener verbesserte damit auch die Rekord-Gewinnsumme des Engländers Nick Faldo von 119 416 Pfund aus dem Vorjahr. Bei zwei ausstehenden Turnieren der Europa-Tour ist er von seinen Verfolgern nicht mehr einzuholen.

Deutschlands einziger Weltklasse-Golfer verbesserte im „El Saler"-Club bei Valencia (Par 72) bei der letzten Runde mit zehn Birdies und großartigen 62 Schlägen den am ersten Tag mit 66 Schlägen von Howard Clark aufgestellten Platzrekord eindeutig. Der Anhausener gewann mit 73+68+72+62=275 Schlägen den Titel vor den Engländern Howard Clark (277) und Michael McLeen (280) sowie Severiano Ballesteros (Spanien) und Ian Woosnam (Wales), beide 281.

Pech für Langer in der dritten Runde: Diebe stahlen 10 000 Mark aus seinem Zimmer. Dann mußte er eine Geldstrafe von 250 Mark wegen langsamen Spiels bezahlen.

EISHOCKEY

EV Landshut und der Nachwuchs

DW. Düsseldorf

Nach dem 8:3 über Rießersee führt der EV Landshut mit 11:1 Punkten als einzige ungeschlagene Mannschaft die Tabelle der Eishockey-Bundesliga an. Trainer Jaroslav Pitner brachte das Kunststück fertig, mit der jüngsten und billigsten Mannschaft vorne zu stehen. Er arbeitet mit einem Team, in dem nur Spieler sind, die auch aus Landshut kommen.

Das Prinzip erscheint einleuchtend. Um die routinierten Spieler wie Erich Kühnhackl (34 Jahre/644 Tore) und Alois Schloder (37/488) werden jedes Jahr junge Talente in die Mannschaft eingebaut. Gegen Rießersee machte der 18 Jahre alte Christian Brittig sein Ligadebüt und erzielte auch gleich ein Tor.

Die Unbekümmertheit der Junioren half sogar, den Ausfall von zwei wichtigen Spielern zu verkraften. Der Pole Henryk Pytel, einziger Ausländer im Team, fällt wegen eines Schulterbruchs aus. Abwehrspieler Franz Steer fehlte wegen einer Gehirnerschütterung. Doch gerade in diesem Spiel zeigten die Nachwuchsspieler ihre Qualitäten. Mit Kampfkraft wurden in der 34. Minute innerhalb von 17 Sekunden aus einem 2:3-Rückstand mit zwei Toren zum 4:3 die Weichen auf Sieg gestellt.

Am Freitag kommt Mannheim (Zweiter) nach Landshut. Pitner: „Dann wissen wir, wo wir stehen."

NATIONALELF / Probleme bei den Schweden – Franz Beckenbauers Rundumschlag im „Playboy"

Briegel baut vor: „Bin kein Star, sondern der, der ich immer war"

BERND WEBER, Hennef

Die Situation entbehrt nicht einer gehörigen Portion Komik, ja fast möchte man sie als absurd bezeichnen. Da bestritt Hans-Peter Briegel 53 Länderspiele für Deutschland. Doch eigentlich hat ihn nie jemand so recht wahrgenommen, obwohl die „Walz *aus der Pfalz*", *wie er genannt wird*, immer sehr solide Leistungen gebracht hat. Aber wenn Briegel Erwähnung fand (und es war nicht gerade so wie beim Italien-Länderspiel in Basel kurz vor der Europameisterschaft, als er den 1:0-Siegtreffer köpfte), dann konnte er häufig genug eher Negatives über sich lesen. Briegel, ach ja, das ist doch der, der von der Leichtathletik kommt. Das ist der, der mit dem Ball nicht allzuviel anzufangen weiß.

Kurzum: Der stämmige Abwehrspieler galt allgemein als Kraftpaket ohne besondere technische Fähigkeiten. Und so war es denn auch nur logisch, daß Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer den früheren Kaiserslauterer ausmusterte, als er nach der verkorksten Europameisterschaft in Frankreich Jupp Derwall ablöste und Inventur machte.

Beckenbauer bekam von allen Seiten Beifall, als er Briegel zum Länderspiel gegen Argentinien in Düsseldorf (1:3) nicht mehr einlud. Gestern kehrte Briegel in den Kreis der Nationalmannschaft zurück, als letzter zog er in die Sportschule Hennef ein – der Weg an den Fans vorbei wurde für ihn zum Triumphzug. Alle klopften ihm anerkennend auf die Schultern. Radio- und Fernsehreporter, alle Journalisten drängelten sich um ihn, um Interviews zu bekommen. Bei Hellas Verona, seinem neuen Arbeitgeber, ist Briegel ganz ohne Frage zum großen Star geworden. Und damit hatte nun niemand gerechnet, er selbst am allerwenigsten. Fast ungläubig bestaunte der Pfälzer den Rummel, der um ihn gemacht wurde. Mehr als einmal sagte er in die bereitgehaltenen Mikrophone: „Ich bin kein Star. Ich bin nach wie vor der, der ich immer war."

So viel Bescheidenheit mag ihn ehren, aber so sieht es inzwischen nicht einmal Beckenbauer. Der nämlich erklärte: „Hans-Peter hat bei Verona einen riesigen Sprung nach vorne gemacht. Der Wechsel ins Ausland hat ihn reifer gemacht." Mithin ist eigentlich völlig klar, daß Briegel morgen gegen Schweden sein 54. Länderspiel bestreiten wird. Die Einschränkung ist dennoch angebracht. Denn obwohl er seinen Platz im Team von Beckenbauer aus absolut sicher hat, wird die letzte Entscheidung darüber, ob Briegel mit auflaufen wird, wahrscheinlich erst heute fallen.

Im Spitzenspiel gegen Juventus Turin, das Verona mit 2:0 gewann und bei dem der Deutsche wiederum einer der Besten war, hat er drei Minuten vor dem Abpfiff einen Tritt gegen das Knie bekommen. „Eine leichte Prellung", diagnostizierte Nationalmannschafts-Arzt Heinrich Heß. Aber alle Beteiligten sind optimistisch, bis Mittwochabend wird die Verletzung behoben sein. „Wenn nicht", meinte Beckenbauer, „wäre das wirklich schlimm, und ich müßte gänzlich umdenken." So steht Briegel als Beweis für die schon oft erlebte Weisheit, daß der Prophet im eigenen Lande nur wenig gilt. „Wenn jetzt aber alle Wunderdinge von mir erwarten", sorgte sich der Abwehrspieler, „dann könnte sich das fatal für mich auswirken. Wer weiß, ob ich am Ende dann nicht doch wieder der Gelackmeierte bin..."

Vorausgesetzt, daß Briegel spielen wird, dann bleibt, was die Aufstellung der deutschen Mannschaft betrifft, nach wie vor eine Position offen. Der Münchner Lothar Matthäus und sein früherer Gladbacher Vereinskamerad Uwe Rahn stehen für den letzten freien Platz im Mittelfeld zur Diskussion. „Rahn ist eine echte Alternative. Ich werde mich erst Dienstag mittag festlegen, eher nicht", so ließ sich Beckenbauer gestern vernehmen. Bis dahin bliebe alles nur Spekulation.

Ob er nicht böse sei, daß er, trotz unbestritten souveräner Leistungen in seinem Verein, immer wieder zur Disposition stehe, wurde Matthäus gefragt. Der gab eine artige Antwort: „Ich kann das verstehen, denn in der Nationalmannschaft habe ich nur ganz selten gezeigt, was ich wirklich kann." Warum das so ist? Der Münchner lächelte ein wenig gequält und gab eine Antwort, die er sich möglicherweise von Derwall abgehört hat: „Da steckst du nicht drin."

„Profis zu satt und überbezahlt"

sid, Düsseldorf

Als „überbezahlt" und „satt" hat Franz Beckenbauer die Bundesliga-Profis kritisiert. In einem vorab veröffentlichten Interview mit dem Magazin „Playboy" sagte der Teamchef der deutschen Fußball-Nationalelf, die *meisten Profis seien „überbezahlt* und kennen ihre Grenzen nicht".

„Wenn ein Klaus Augenthaler beim FC Bayern für seine 60-Meter-Pässe 400 000 Mark im Jahr kassiert und das noch zu wenig findet, verstehe ich die Fußball-Welt nicht mehr", erklärte der deutsche Rekordnationalspieler (103 Länderspiele).

Die Bundesliga sei schon lange nicht mehr die stärkste Liga der Welt, sondern international nur noch Durchschnitt. „Unsere satten Profis haben das leider immer noch nicht begriffen", klagte Beckenbauer. Die deutschen Spitzenfußballer spielen nach Beckenbauers Ansicht „international gesehen zur Zeit nur die zweite Geige". Und Fans, die glaubten, es genüge, „Jupp Derwall abzuservieren und Franz Beckenbauer ranzulassen, und schon werden unsere Jungs mit dem Bundesadler wieder Weltmeister, liegen gewaltig schief".

Das EM-Debakel in Frankreich sei keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Der Abwärtstrend halte seit der WM 1982 an und habe eigentlich schon nach der siegreichen WM 1974 begonnen, sagte Beckenbauer und kritisierte den mangelnden Arbeitswillen der deutschen Profis. Das Geheimnis eines jeden Erfolges sei harte Arbeit und gehe „dem deutschen Fußball ab".

Schuld an der negativen Entwicklung wies Beckenbauer auch den Trainern zu, die seit Jahren die Jungs schon in den Jugend-Mannschaften „nur auf Kraft und Kondition gedrillt" hätten. Er selbst könne als Teamchef an der derzeitigen Mannschaft im Augenblick nicht viel ändern. Das wichtigste sei es, den „Burschen ein Ziel einzuimpfen".

Beckenbauer: „Das frustrierende Ball-hin-und-her-Geschiebe von Profis, die 400 000-Mark-Jahresverträge in der Tasche haben, ein Cartier-Kettchen am Hals, die Sonnenbrille im Seidenhemd-Ausschnitt und den Porsche auf dem Stadion-Parkplatz, das alles muß ein Ende haben."

Auf Förster wartet ein alter Bekannter

DW. Düsseldorf

Schwedens Trainer Lars Arnesson hat vor dem Spiel gegen Deutschland einige Personalsorgen: Mannschaftsführer Ingemar Erlandsson klagt über Bauchmuskel-Beschwerden und eine Magenverstimmung, dazu kehrte Abwehrspieler Glenn Hysen, der für den PSV Eindhoven noch am Wochenende in Alkmaar spielte, mit einer Wadenprellung ins „Gut Höhne" bei Düsseldorf zurück.

Daß Dan Corneliusson (jetzt AC Como), der früher für den VfB Stuttgart spielte, von Beginn an dabei ist, gilt als sicher. Damit trifft der Schwede auf seinen ehemaligen Team-Kollegen Karl-Heinz Förster. Der zweite Platz im Angriff ist noch nicht vergeben. Hier steht Mats Gren, der 15 Tore in der Meisterschaft schoß, in Konkurrenz zu dem 1,90 m großen Mats Magnusson. Der für Fortuna Düsseldorf spielende Hasse Holmquist sitzt zunächst auf der Bank. Hasse Borg, in der Bundesliga auch bekannt, sagt über seinen Mitspieler Magnusson aus Malmö: „Er ist derzeit das größte Talent, das wir in Schweden haben."

Freiwillig auf einen Einsatz im schwedischen Nationalteam verzichtete Torbjörn Nilsson, der in Göteborg zu seiner alten Torgefährlichkeit zurückgefunden hat. Auch Nilsson spielte beim 1. FC Kaiserslautern in der Bundesliga. Hasse Borg: „Daß Nilsson nicht mehr spielen will, ist ein großes Handicap für uns. Mit ihm hätten wir im Angriff sicher viel mehr Durchschlagskraft."

Tore sind das Problem der Schweden, die zuletzt in vier Spielen nur einen Elfmetertreffer erzielten und nach der 0:1-Heimniederlage gegen Portugal unter Zugzwang stehen.

NACHRICHTEN

„DDR"-Gewichtheber floh

Düsseldorf (sid) – Der 21 Jahre alte „DDR"-Gewichtheber Michael Neiße hat sich am Wochenende während des Baltic-Cups in Forst bei Bruchsal von seiner Mannschaft abgesetzt und will in der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

Türke zog Revolver

Hamburg (sid) – Um sein Leben fürchtete ein Hamburger Schieds*richter. Ein des Feldes* verwiesener Stürmer der türkischen Mannschaft Ail Yidiz holte aus seinem Wagen einen Revolver, entsicherte ihn und bedrohte damit den Schiedsrichter. Die Zuschauer verhinderten Schlimmeres.

Schalke machte Minus

Gelsenkirchen (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 schloß das Spieljahr 1983/84 mit einem Fehlbetrag von 1 304 853,07 Mark ab. Das gaben die Schalker auf der Jahreshauptversammlung bekannt.

Simon wieder Nummer eins

Bern (sid) – Der für Österreich startende Pfälzer Hugo Simon ist wieder Nummer eins der besten Springreiter in Europa. Zweiter ist der für den Stall Alwin Schockemöhle reitende Wiener Thomas Frühmann. Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) ist als Neunter bester Deutscher.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 2: Portugal – CSSR 2:1. Tabelle: 1. Portugal (3:1-Tore/4:0-Punkte), 2. Schweden (4:1/2:2), 3. Deutschland (0:0/0:0), 4. CSSR (1:2/0:2), 5. Malta (0:4/0:2)

EISHOCKEY

Bundesliga: Schwenningen – Köln 2:7, Landshut – Rießersee 8:3, Düsseldorf – Iserlohn 5:6, Rosenheim – Essen-West 10:1, Mannheim – Kaufbeuren 8:4. – Tabelle: 1. Landshut 29:17/11:1, 2. Mannheim 27:20/9:3, 3. Rosenheim 27:15/8:4, 4. Köln 22:13/8:4, 5. Kaufbeuren 30:25/8:4, 6. Schwenningen 22:23/6:6, 7. Düsseldorf 26:26/4:8, 8. Iserlohn 23:30/3:9, 9. Rießersee 19:31/3:9, 10. Essen-West 11:36/0:12.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Malmö, Diskuswerfen: 1. Bruch (Schweden) 71,01 m (Landesrekord).

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 0, 0, 1, 2, 1, 0, 1, 1, 1, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 11, 15, 29, 32, 40, 43, Zusatzspiel: 22. (Ohne Gewähr).

Weizsäcker: Gespräche statt Gewalt

■ Fortsetzung von Seite 1

re Probleme, besonders die Lage der Rumäniendeutschen, im Vordergrund. Dabei hoben beide Seiten die große Bedeutung hervor, die sie den deutsch-rumänischen Beziehungen beimessen. Der Bundespräsident erklärte: „Weder die Auswirkungen einer weltweiten Rezession im Bereich der Wirtschaft noch Schatten, die sich über das politische Verhältnis zwischen West und Ost legten, taten unserer Zusammenarbeit Abbruch. Unser heutiges Gespräch hat mich in der Überzeugung bestätigt, daß sich diese für die Menschen in unseren Staaten bedeutungsvolle Entwicklung fortsetzen wird."

Bei einem Abendessen auf Schloß Augustusburg zu Ehren des Gastes hob Weizsäcker hervor: „Zu den Realitäten Europas gehört auch, daß die Deutschen in Ost und West eine elementare menschliche Zusammengehörigkeit verbindet. Wie könnte es anders sein – sie sind und bleiben Deutsche, ungeachtet der politischen und insbesondere staatlichen Bedingungen, unter denen sie heute leben. Realitätssinn schließt elementare Gefühle nicht aus, auch wenn er sie kontrolliert. Die Deutschen erstreben daher mit Herz und Kopf für ganz Europa einen Zustand des Friedens, der die heute noch auf unserem Kontinent bestehenden schmerzhaften Trennungen überwindet und in dem deshalb auch die Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben."

Der Bundespräsident plädierte dafür, den 300 000 Rumäniendeutschen die Erhaltung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität zu ermöglichen und Bindungen über die Grenzen hinweg durch Erleichterungen im Reise- und Postverkehr zu ermöglichen.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, wies gestern die von Ceausescu in einem WELT-Interview vertretene Meinung zurück, wer seit über 700 Jahren in Rumänien wohne, könne kein anderes Vaterland haben und habe keinen Grund, wegen der unterschiedlichen Sprache auswandern zu wollen. Der DRK-Präsident bemerkte dazu, die Familienzusammenführung dürfe nicht davon abhängig sein, ob der Wohnsitz in einem anderen Land vor „zehn, hundert oder mehr als 700 Jahren" gegründet worden sei.

Deutscher erhielt wieder Nobelpreis für Medizin

● Fortsetzung von Seite 1

Traum der Wissenschaftler wahr gemacht, indem sie monoklonale Antikörper, gezielte Gegenstoffe mit vorausbestimmten Merkmalen, herstellten. Mediziner vergleichen diese Präzisionsgeschosse mit Scheinwerfern, die Licht ins Dunkel der Zellansammlungen bringen. Gemeint sind Krebszellen, deren Oberflächenstrukturen von Antikörpern erkannt werden.

Für einige Krebsformen, wie die des Verdauungstraktes, ist dieses System bereits anwendbar. Nach Ansicht von Experten ist es dieser Technik zu verdanken, wenn sich in der Krebsforschung neue, vielversprechende Horizonte auftun. Neben genaueren Diagnosen gilt dies auch für die Vorbeugung und Behandlung von Krankheiten. Grundzüge dieser Theorie werden zur Verhinderung der Abstoßung von körperfremden Gewebe nach Organverpflanzungen herangezogen.

Bislang war es nicht möglich, außerhalb des tierischen oder menschlichen Körpers Antikörper in ausreichender Menge zu produzieren. Das labormäßige Überleben im Reagenzglas ist nur kurz. Köhler und Milstein machten die antikörperproduzierenden Zellen unsterblich, indem sie die ungezügelte Vermehrungswut der Krebszellen ausnutzten. Sie „verheirateten" Krebszellen mit weißen Blutkörperchen, die einen bestimmten Antikörper bilden. Ihre Nachkommen haben die Eigenschaften beider Elternteile: Aus dem gentechnischen Kunststückchen, der Fusion völlig unterschiedlicher Zellen, wuchs eine Sorte von Antikörpern mit gezielter Wirkung auf unser Abwehrsystem heran.

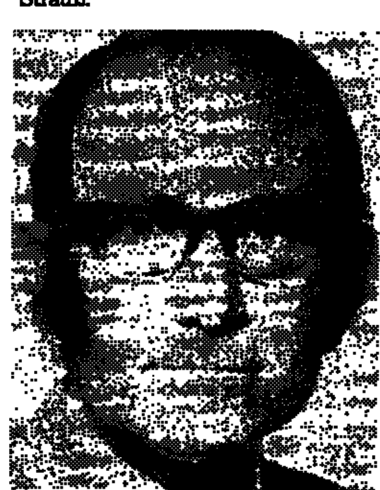
Am 7. August 1975 veröffentlichten die beiden ihre Arbeit in der englischen Zeitschrift „nature". Die Neuigkeit schlug eine wie eine Bombe. Inzwischen sind bereits einige hundert monoklonale Antikörper auf dem Markt. Die Methode von Köhler und Milstein erlaubt eine unbegrenzte Produktion dieser schlagkräftigen Abwehrwaffe mit ihrer verblüffenden Spezifität. Über 100 ihrer Ableger werden heute eingehend auf ihre klinische Anwendug als Diagnostika untersucht. Allein der Gedanke, die monoklonalen Antikörper mit ihrer spezifischen Bindung als Transportvehikel für zytostatische Substanzen zu benutzen, um so den Krebs auszurotten, scheint heute keine Utopie mehr.

„Meine Knie zittern immer noch", freute sich Köber gestern nachmittag. Kurz zuvor hatte er die Nachricht erhalten, daß er den Nobelpreis für Medizin gemeinsam mit Nils Jerne und Cesar Milstein erhalten hat. Jerne und Köhler sagten gestern, sie wollten die Preisverleihung gemeinsam mit den anderen 150 Baseler Instituts-Mitarbeitern feiern.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat Köhler zu seiner Auszeichnung gratuliert. „Aus Ihrem Geburtsland Bayern sende ich Ihnen meine herzliche Gratulation zur Verleihung des Nobelpreises für Medizin. Ihre Erkenntnisse auf dem Gebiet der Immunologie, die der Wissenschaft wichtiges Neuland erschließen und dem heilsuchenden Menschen zugute kommen, haben damit eine Würdigung erfahren, über die ich mich mit Ihnen freue", schreibt Strauß.



Der Argentinier Cesar Milstein FOTO: AP



Der Däne Niels K. Jerne FOTO: DPA

Brandt will die Ansichten Fidel Castros hören

DW. Havana

Kubas Maximo Lider Fidel Castro ließ es sich nicht nehmen, in voller Kampfmontur den Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf dem Flughafen „José Martin" von Havana zu begrüßen. Ziel seines Besuches in Kuba sei es, die persönlichen Ansichten Castros und der kubanischen Führung, insbesondere über die Situation in Mittelamerika, kennenzulernen, sagte Brandt nach einer Meldung der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina.

Brandt hatte in Nicaragua vergeblich versucht, die sandinistischen Comandantes zu überreden, durch Gewährung größerer Freiheiten eine Teilnahme der Oppositionsparteien an den Wahlen am 4. November zu ermöglichen.



Fidel Castro begrüßt Willy Brandt auf dem Flughafen von Havana FOTO: DPA

Ohne Ergebnis verließ Brandt Managua

Die SPD und Teile der SI nehmen in Mittelamerika eine „romantische Haltung" ein

WERNER THOMAS, Miami

Unverrichteterdinge ist der SPD-Vorsitzende und Präsident der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt, aus Managua abgereist. Es war ihm nicht gelungen, die von der Wahl am 4. November vorerst ausgeschlossenen Oppositionsparteien zur Annahme der Bedingungen zu bewegen, die die sandinistischen Comandantes für eine Beteiligung an den Wahlen aufgestellt hatten. Auch seine Gespräche mit der Junta waren ergebnislos verlaufen, so daß der Versuch, zwischen ihr und den oppositionellen Kräften in Nicaragua zu vermitteln, von politischen Beobachtern übereinstimmend als gescheitert betrachtet wird. Brandt setzte seine Reise nach Kuba fort. Die Haltung der SPD und der SI zum Thema Nicaragua bleibt weiterhin unklar.

Auf die Frage der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Gaby Gottwald, „Bist du für die Revolution oder dagegen?" entgegnete ihr SPD-Kollege Voigt: „Ich bin dafür – auf meine Weise." Die formulierte Antwort umschreibt die Position der deutschen Sozialdemokraten und der SI. Ihre Vertreter haben die sandinistischen Comandantes in den vergangenen fünf Jahren auf die eine oder andere Weise unterstützt. Das bedeutet jedoch nicht, daß keine Meinungsverschiedenheiten existieren.

Luis Rivas Leiva, der Chef der kleinen sozialdemokratischen Partei Nicaraguas und der größten Oppositionsbewegung „Coordinadora Democrática", teilt die SI-Führer in Romantiker und Realisten ein. Zu den Romantikern zählt er die deutschen und skandinavischen Sozialdemokraten, zu den Realisten die Südeuropäer und die Lateinamerikaner.

Die jüngste SI-Tagung in Rio de Janeiro bestätigte dies. Auf der einen Seite stand die Gruppe Brandt, die Sympathisanten der Sandinisten, auf der anderen Seite Carlos Andres Perez, der frühere Präsident Venezuelas, und Portugals Premier Mario Soares. Beide stärkten Arturo Cruz den Rücken, dem Präsidentschaftskandidaten der „Coordinadora". Spaniens Regierungschef González und Costa Ricas Präsident Monge beurteilen die Entwicklung in Nicaragua viel kritischer als Brandt.

Monge sagt: „In Managua regieren Marxisten-Leninisten." Die Comandantes hätten die Versprechungen bei ihrer Machtübernahme, Blockfreiheit und Pluralismus zu garantieren, nicht eingehalten. Deshalb gebe es „die Probleme".

Während Monge den „Revolutionsexport" der Sandinisten fürchtet, findet Karsten Voigt solche Ambitionen nicht tragisch. Revolutionäre entwikkelten einen Expansionsdrang, erläutert er verständnisvoll. Willy Brandt verlangte in Rio de Janeiro eine Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Mittelamerika. Das fordern auch die Sandinisten und rechtfertigen damit ihre Solidarität mit den marxistischen Rebellen El Salvadors. Daß der neue salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte, ein Christdemokrat, ebenfalls die sozialen Ungerechtigkeiten seines Landes beseitigen will, wird bei den deutschen Sozialdemokraten kaum erwähnt.

Nicaraguanische Oppositionspolitiker führen die Konfrontation der Comandantes mit der Reagan-Regierung auf die Versuche zurück, die Revolution über die Grenzen zu tragen. Sie verstehen nicht, daß die SPD-Vertreter dies nicht erkennen. Ein Mitglied der konservativen Partei, die auch während der Somoza-Diktatur in der Opposition stand, meinte: „Kein amerikanischer Präsident wird ein marxistisches Mittelamerika dulden." Die Sozialdemokraten seien wohl „vom eigenen Antiamerikanismus geblendet".

Politiker wie der Sozialdemokrat Rivas Leiva, zu dem die SPD Distanz hält, bedauert „die unterwürfige Haltung" der deutschen Genossen gegenüber den Sandinisten. „Die Deutschen hätten mit deutlicheren Worten der Warnung die Revolution in bessere Bahnen lenken können", sagte er. „Statt dessen ließen sie sich oft vor den sandinistischen Karren spannen." (SAD)

SPD fordert mehr Aufträge für Berlin

F. DIEDERICHS, Berlin

Die SPD-Bundestagsfraktion will heute auf ihrer traditionellen Herbstsitzung im Berliner Reichstag eine „Erklärung zur Lage Berlins" beschließen, die als Schwerpunkt Vorschläge zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt enthält. Das Papier, das von der Berlin-Arbeitsgruppe der SPD unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Berliner Spitzenkandidaten Hans Apel vorbereitet worden ist, beschäftigt sich außerdem mit Vorschlägen zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität der Stadt sowie zur Zusammenarbeit der Stadt „mit ihren Nachbarn".

Die SPD-Fraktion wird in der Erklärung fordern, daß die Bundesunternehmen mehr Aufträge nach Berlin vergeben und ihr betriebliches Engagement in der Stadt verstärken sollen. Als Gründe führt die SPD in dem Entwurf die Erklärung an, die bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftskonferenzen des Bundeskanzlers seien „dürftig genug", zudem sei die Arbeitslosigkeit in Berlin „unerträglich hoch". Die Stadt müsse deshalb auch bei allen Geschäften mit Entwicklungsländern bevorzugt werden. Die SPD setzt sich weiter dafür ein, die bisherige Form der Berlin-Förderung bis zum 30. September kommenden Jahres auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität der Stadt schlägt die SPD vor, „Pilotprojekte im Bereich des Umweltschutzes" in erster Linie in Berlin anzusiedeln. Mit der „DDR" müsse möglichst schnell über ein Luft- und Gewässer-Abkommen verhandelt werden. Die SPD-Abgeordneten wollen sich dafür stark machen, Berlins Altbau-Wohnungen nach Ablauf der Mietpreis-Bindung in einer „erträglichen Belastungshöhe" zu halten.

Weitere Verhandlungen mit der „DDR" über Reise- und Besuchserleichterungen könnten die Attraktivität der Stadt für Einwohner und Gäste weiter steigern, meint die SPD. Neben der Senkung des Mindestumtausches sollen die Verfahren für Besuche in der „DDR" vereinfacht und Besuche von „DDR"-Bürgern erleichtert werden. Außerdem fordert die SPD eine Erweiterung des S-Bahn-Verkehrs über die Stadtgrenzen hinaus und die Öffnung zusätzlicher Übergänge.

Verbraucher gesucht

Ha. (Brüssel) – Deutschlands Plätzchenbäcker können sich freuen. Wenn die Zeichen nicht trügen, wird ihnen die EG-Kommission in diesem Jahr doch noch verbilligte „Weihnachtsbutter" bescheren. Lange Zeit hatten die Eurokraten gezögert, denn die Kosten der Operation stehen in keinem rechten Verhältnis zu ihrem Nutzen. Der Butterberg hat jedoch solche Höhen erreicht, daß inzwischen jedes Mittel zur Entlastung der Lager vertretbar erscheint.

Nach dem Motto „Wenn das Zeug schon verramscht wird, dann wenigstens zu Gunsten der eigenen Verbraucher" tritt Bonn seit Jahr und Tag für die Verbilligungsaktion ein. Warum schließlich sollen nicht einmal die Hausfrauen von den Finanzspritzen der EG profitieren? Das Problem ist nur, daß sie als Steuerzahler um so stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Weihnachtsaktion ist – wie der Rechnungshof der EG herausgefunden hat – etwa viermal so teuer wie der verbilligte Export. Untersuchungen haben ergeben, daß sich im EG-Durchschnitt die Verbrauchssteigerung selbst in der Vorweihnachtszeit nur auf etwa 30 Prozent der subventionierten Mengen beläuft. Exportierte Butter verschwindet dagegen zu 100 Prozent vom europäischen Markt.

Das Dumme ist, daß niemand außerhalb der EG mehr Butter haben will. In jeder Verarbeitungsform bietet Brüssel das Milchfett bereits rund um den Globus an. Da bleibt nur der kostspielige Absatz im Innern. Der Verbraucher muß doppelt zahlen.

Verfrüht

J. G. – Als falsch weist der Chemiekonzern Bayer jüngste Mutmaßungen zurück, diese im Aktienkapital größte deutsche Publikumsgesellschaft wolle ihre Aktionäre zum sicherlich glanzvollen 1984er Abschluß auch mit Bezugsrechten zur Direktbeteiligung an den großen USA-Engagements des Konzerns beglücken. Aus der Luft gegriffen sind die Mutmaßungen gleichwohl nicht. Sie weisen auf ein Dilemma hin, das auch den Bayer-Vorstand schon seit langem beschäftigt. Einerseits blüht die konzerneigene Produktion gerade in den USA kräftig auf, wo Bayer in diesem Jahr mit reichlich zehn Milliarden Mark erstmals mehr Umsatz macht als auf dem Heimatmarkt. Andererseits löst der Gewinntransfer von dort nach hier und in die Dividende bei der Mutter eine 36prozentige Nachversteuerung aus und unterbleibt deshalb. Er unterbleibe aber auch, sagt Bayer, weil man in den USA noch immer im kapitalhungrigen Aufbau stecke. Am Dilemma ändert das nichts. Die Mutmaßungen scheinen demnach nur verfrüht und nicht komplett falsch.

38. BETRIEBSWIRTSCHAFTER-TAG / Daimler-Benz-Chef Breitschwerdt mahnt

Klagen über eine „Technologielücke" untergraben Wettbewerbsfähigkeit

DIETMAR BEIER, Berlin

Die deutsche Wirtschaft braucht sich im internationalen Wettbewerb nicht zu verstecken. Sie hat ein beachtliches technisches und wirtschaftliches Potential, und der ständige Selbstvorwurf vor der Weltöffentlichkeit von der Rückständigkeit untergräbt letztlich die eigene Wettbewerbsposition. Die Klage im eigenen Lande über die angebliche Technologie-Lücke hält der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Prof. Werner Breitschwerdt, daher für gefährlich. Die wirtschaftliche Zukunft will Breitschwerdt auch nicht allein „neuen Schlüsselindustrien" anvertraut wissen.

Auf dem 38. Deutschen Betriebswirtschafter-Tag in Berlin wies Breitschwerdt auf die Leistungen der deutschen Industrie hin. Es sei unbestritten, daß zum Beispiel die deutsche Automobilindustrie technisch führend in der Welt sei. Auch in anderen Branchen, etwa in der Elektro- und Chemie-Industrie, hätten deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich bemerkenswerte innovative Leistungen erzielt.

An dem Vorsprung der Amerikaner in der Luft- und Raumfahrt sollte die Bundesrepublik partizipieren, statt ihn zu beklagen. Und die Erfolge der Japaner in der Mikroelektronik seien noch kein Grund, die Wettbewerbskraft der deutschen Industrie in Frage zu stellen. Die Wettbewerbsvorteile der Japaner beruhten auf niedrigen Herstellungskosten, die bei der Massenfertigung zum Tragen kommen.

Die deutsche Industrie verfüge traditionell über eine viel breitere Exportpalette. „Unsere Vorteile im Wettbewerb liegen in ausgewogenen technischen Konzeptionen, in der hohen Verarbeitungsqualität unserer Produkte, in den breit gefächerten, speziellen Kundenwünschen angepaßten Angeboten und in einem leistungsfähigen Service", sagte Breitschwerdt.

In diesem Zusammenhang wies er allerdings auf eine bedenkliche Schwäche hin: die vergleichsweise hohen Herstellungskosten. Dabei dürfte sich die Bundesrepublik keiner Selbsttäuschung hingeben. Die Preiselastizität für „Made in Germany" sei nicht unbegrenzt. Damit geriete die deutsche Wirtschaft selbst in den bisherigen Exportdomänen zunehmend unter Druck. Die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik gehörten zu den höchsten in der Welt. Und deshalb sollte man sich auf die Gunst der gegenwärtigen Wechselkursvorteile nicht verlassen.

Die Anpassungsfähigkeit vieler Unternehmen werde durch einen überproportional steigenden Fixkostenblock immer mehr eingeschränkt. Breitschwerdt warnte auch vor einer „Technologie-Euphorie" und vor Aussagen, daß die wirtschaftliche Zukunft allein von „High-Tech-Bereichen" abhänge. Ein Silicon Valley selbst schaffe kaum neue Arbeitsplätze. Die entstünden erst in den Industrien, die über das technische, finanzielle und marktpolitische Potential verfügen, um neue Technologien langfristig zu verwerten.

Der Schlüssel für die Wiedererlangung wirtschaftlichen Wachstums liegt nach Ansicht des Daimler-Benz-Chefs in der Dynamik des unternehmerischen Handelns. Das setze aber nicht nur innovative Strategien voraus, sondern vor allem auch Unternehmer, die diese Strategien verwirklichen. Als einzig erfolgreichen Strategie-Ansatz sieht Breitschwerdt ein innovationsorientiertes Vorgehen. Innovation bedeutet für ihn aber nicht nur technische Innovation, sondern auch Erschließung neuer Märkte und Marktsegmente, neue flexible Organisationsstrukturen und Marketing-Konzepte.

Die deutsche Industrie hat seiner Ansicht nach ausreichende Innovationskraft und Flexibilität, um Vorwärtsstrategien einschlagen zu können. Allerdings müsse auch der Staat seinen Teil dazu beitragen, indem er den erforderlichen Spielraum beläßt und für ein investitions- und innovationsfreundliches Klima sorgt.

Der 38. Deutsche Betriebswirtschaftler-Tag steht in diesem Jahr unter dem Motto „Unternehmerische Initiativen auf veränderten Märkten". An der zweitägigen Veranstaltung nehmen rund 800 Fachleute teil.

ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

Möglichkeiten werden von Erwerbslosen stark genutzt

PETER JENTSCH, Bonn

Ungewöhnlich viele Erwerbslose nutzen gegenwärtig die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. Mit 82 700 ist eine Rekordzahl erreicht. Die meisten dieser zumindest vorübergehend wieder in den Produktionsprozeß eingegliederten Arbeitnehmer sind in sozialen Diensten sowie in Garten- und Forstämtern tätig (jeweils 30 Prozent). 20 Prozent arbeiten in Büros und Verwaltungen und zehn Prozent im Hoch- und Tiefbau.

Über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist in verschiedenen Regionen die Voraussetzung für Industrieansiedlung geschaffen worden, es wurden sportliche und kulturelle Einrichtungen gebaut, der Denkmalschutz vorangetrieben. In Norddeutschland haben arbeitslose Werftarbeiter sogar einen Windjammer als Museumsschiff restauriert.

In der Regel können Arbeitslosengeld- oder -hilfebezieher auf diese Weise wieder Arbeit erhalten. Vorausgesetzt wird nur, daß das Ergebnis der Arbeitsbeschaffung der Allgemeinheit zugute kommt. Zwar werden dann die entsprechenden Unterstützungsleistungen gespart, doch entstehen der Bundesanstalt pro Jahr Kosten in Höhe von 5000 Mark für jede Beschaffungsmaßnahme. Dazu Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt: „Gesamtwirtschaftlich gesehen sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kostenneutral, da der Beitrag der Arbeitslosen zum Bruttosozialprodukt diese Kosten ausgleicht."

Nicht übersehen werden darf nach den Worten Frankes vor allem auch die sozialpolitische Komponente der Nürnberger Maßnahmen: „Sie bieten Arbeit anstelle von erzwungenem Nichtstun; sie setzen erarbeitetes Einkommen an die Stelle von unproduktiver Versicherungs- und Sozialleistung."

Die Bundesanstalt hilft mit ihrem Programm vornehmlich in Regionen besonders hoher Arbeitslosigkeit. Hier wurden Mitte dieses Jahres 27 000 Jugendliche unter 25 Jahren durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert. 17 000 Arbeitslose waren über 45 Jahre alt, 26 000 zuvor ein Jahr oder länger arbeitslos und 10 000 mußten mit gesundheitlich bedingten Einschränkungen fertig werden.

Die Bundesanstalt geht davon aus, daß im Durchschnitt dieses Jahres 70 000 Arbeitslose in den Genuß der Förderung kommen und damit zumindest vorübergehend eine berufliche Tätigkeit ausüben können. 1985 will die Bundesanstalt Finanzierungsmittel für die Förderung von durchschnittlich 80 000 Arbeitslosen bereitstellen. Franke appellierte an die hauptsächlichen Träger der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – das sind Länder, Städte, Gemeinden und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege –, die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern noch auszubauen.

Foto schlecht belichtet

Von WERNER NEITZEL

Ausschau nach wärmenden konjunkturellen Sonnenstrahlen hält die Fotobranche. Ob sie sich nach einer längeren Schlechtwetterperiode im Amateursektor nun endlich einstellen, werden erst die kommenden zwei Monate zeigen. Jedenfalls richten sich nach der heute in Köln zu Ende gehenden Weltmesse der Fotografie, der „photokina '84", die auf gute Resonanz stieß, die Hoffnungen auf ein reges Weihnachtsgeschäft.

Der Erwartungshorizont der Branche ist keineswegs hoch. Schon eine Stabilisierung des Marktes würde als Erfolg angesehen werden. Die Ernüchterung hat durchaus realen Hintergrund. Denn seit 1980 befindet sich der Bundesdeutsche Fotoamateurmarkt permanent auf Talfahrt. So wurden hierzulande im vergangenen Jahr beispielsweise nur noch 2,73 Millionen Kameras gekauft – rund 30 Prozent weniger als drei Jahre zuvor. Anlaß zur Freude gab es nur auf dem Felde kleiner kompakter Sucherkameras, die sich mit großer Wachstumsdynamik in den vergangenen Jahren die Gunst vieler Fotofans erwarben. Eine Aufwärtsbewegung kennzeichnete auch den Markt für Wechselobjektive. Alle anderen Apparate-Gruppen tendierten mehr oder minder deutlich abwärts.

Am stärksten ausgeprägt ist die jahrelange Marktschrumpfung zweifellos auf dem Gebiet des Schmalfilmens. Diese Entwicklung ist zu einem wesentlichen Teil die Folge des Vormarsches der Videotechnik. Erstmals wurden im vergangenen Jahr mehr Video- als Schmalfilmkameras auf dem deutschen Markt abgesetzt. Auch der Sofortbild-Sektor zeigt sich gegenüber früheren Jahren erheblich unterbelichtet.

Eine Erklärung für die zögernde Haltung des Bundesbürgers beim Kamerakauf ist sicherlich in der relativ hohen Marktsättigung zu sehen, die auch mit attraktiven Features ausgestattete Kamera-Neuheiten nicht ohne weiteres überspielen können.

Da wirkt es für die Branche tröstlich, daß der Filmabsatz einigermaßen floriert und sich der Bildermarkt recht stabil auf hohem Niveau bewegt. Gleichwohl sähe man es lieber, wenn der Bundesbürger, der pro Jahr im Durchschitt 1,7 Filme verknipst, etwas häufiger auf den Auslöser seiner Kamera drücken würde. Immerhin knipst der Amerikaner beinahe doppelt so viel.

Bedenklich sollte allerdings stimmen, daß die Amateurfotografie im großen Kuchen des Freizeitmarktes, für den immer mehr Geld ausgegeben wird, an Bedeutung eingebüßt hat. So ermittelte das Statistische Bundesamt für den mittleren Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt, daß bei einem durchschnittlichen Aufwand in 1983 für Freizeit und Urlaub von 5259 Mark – das ist ein doppelt so hoher Betrag wie vor zehn Jahren – auf den Sektor Foto und Filmen nur ganze 1,7 Prozent (oder 91 Mark) entfielen. Gegenüber dem Jahr davor bedeutet dies einen Rückgang um 17,3 Prozent. Die Konkurrenz von Urlaubsreisen, Sportartikeln, Unterhaltungselektronik und anderes mehr hat in der Prioritätenskala des nach passender Freizeitbeschäftigung drängenden Bürgers voll durchgeschlagen.

Daß sich die Fotobranche unter diesem Aspekt mehr als bisher um den Verbraucher und seine Gewohnheiten kümmern muß, scheint sie allmählich zu begreifen. Nur so ist dies zu verstehen, wenn sich unlängst zehn namhafte Herstellerfirmen zu einer Aktionsgemeinschaft zusammenfanden, um sich gemeinsam ab der zweiten Jahreshälfte auf regionalen Verbrauchermessen zu präsentieren. Die internationale Zusammensetzung zeigt, wie sehr allen gemeinsam der Schuh drückt. Es ist längst offenkundig, daß auch Nippons Fotokonzerne, die in der zurückliegenden Zeit mit großer Innovationskraft und ausgefeilter Marktstrategie deutsche Kamerahersteller Zug um Zug zur Aufgabe zwangen und sich hohe Produktionskapazitäten zulegten, von Absatzsorgen geplagt sind. Ihre Schwierigkeiten werden wohl nicht ganz ohne Schadenfreude gesehen.

Noch kann sich die deutsche Fotoindustrie etwas darauf einbilden, daß sie in der Fachfotografie ihre starke Stellung behaupet und sogar weiter ausgebaut hat. Dort holt sie sich jene Erfolge, die ihr in der Amateurfotosparte – wenn man von Teilbereichen (z. B. Filmemulsionstechnologie) absieht – abhandengekommen sind. Die fotografische Anwendung in Wissenschaft, Technik, Medizin und Kommunikation, die noch ein großes Wachstumspotential in sich birgt, ist aufgrund der strukturellen Eigenarten der deutschen Fotoindustrie ungleich besser auf den Leib geschnitten als der Markt der Massenfotografie. Im vergangenen Jahr hatte das Marktvolumen der Fachfotografie, das ständig steigt, in der Bundesrepublik erstmals das der Amateurfotografie überrundet. Die deutschen Firmen dürften gut beraten sein, wenn sie sich auf wachsenden Konkurrenzdruck einstellten.

AUF EIN WORT

„Eine Umsatzrendite von 1,8 Prozent ist für europäische Verhältnisse sicher nicht schlecht. International gesehen, mit Blick auf amerikanische oder japanische Unternehmen, ist diese Rate aber unzureichend. Auf Dauer kann die geringere Ertragskraft nicht ohne Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit bleiben."

Karl-Heinz Busacker, Geschäftsführer der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH, Hamburg

FOTO: DIE WELT

Kapazitätsdruck im Baugewerbe

dpa/VWD, Frankfurt

Die schrumpfenden Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe erzwingen eine weitere Anpassung der maschinellen und personellen Kapazitäten. „Für jeden zehnten Beschäftigten ist keine Arbeit mehr da", schreibt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in seinem neuesten Lagebericht. Die Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe seien im 2. Quartal 1984 nochmals um 2,4 Prozent auf 34,8 Mrd. DM zurückgegangen. Sie lagen damit um 6,1 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Preisbereinigt bedeute dies innerhalb eines Jahres einen Rückgang um 6,9 Prozent. Am stärksten seien die Auftragsbestände im Wohnungsbau geschrumpft.

LAGEBERICHT DES WIRTSCHAFTSMINISTERIUMS

Chancen für Arbeitslose werden immer günstiger

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Aussichten für vermehrte Neueinstellungen haben sich nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums deutlich verbessert. Als Grund nennt das Ministerium in seinem jüngsten Lagebericht die beachtlichen Fortschritte beim Abbau der Kurzarbeit. Im September sei der übliche Anstieg der Kurzarbeit deutlich geringer ausgefallen, als er sonst in diesem Monat registriert worden war.

Auch die Zahl der Arbeitslosen sei im September gegenüber dem Vormonat nach Ausschaltung jahreszeitlicher Einflüsse erstmals seit Januar leicht gesunken. Nicht saisonbereinigt sei eine Abnahme um 58 000 auf 2,14 Millionen registriert worden.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sei nach dem Ende der Streiks wieder deutlich nach oben gerichtet. Der Bestelleingang bei der Industrie habe sich wieder kräftig belebt. Gestiegen seien vor allem die Auslandsaufträge. Allerdings sei die Nachfrage der privaten Haushalte im Sommer ohne Dynamik geblieben.

Im Wohnungsbau habe die Nachfrageschwäche aufgrund auslaufender staatlicher Fördermaßnahmen angehalten, doch habe die Vergabe gewerblicher Hochbauten in den letzten Monaten wieder zugenommen. Die Aufwärtsbewegung der Tiefbauaufträge habe sich fortgesetzt. Auf die höheren Auftragseingänge hätten die Unternehmen mit einer deutlichen Ausweitung der Produktion reagiert.

Trotz der anhaltenden Dollar-Stärke und der damit verbundenen Verteuerung wichtiger Einfuhrgüter habe der Preisindex für die Lebenshaltung im September nur um 1,5 Prozent höher als zwölf Monate zuvor gelegen. Ein so günstiges Ergebnis sei zuletzt Anfang 1969 registriert worden. Dadurch werde eine Fortsetzung des in Gang gekommenen Zinssenkungsprozesses ermöglicht.

HANDWERK

Viele Zweige bleiben 1984 im Schatten der Konjunktur

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Handwerk wird im laufenden Jahr mit einem nur mäßigen realen Umsatzwachstum von knapp 2 Prozent hinter dem zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,5 Prozent zurückbleiben. Dabei wird das Konsumgüterhandwerk mit knapp einem Prozent deutlich schwächer abschneiden als die Investitionsgüterhandwerke (reichlich drei Prozent). Das stellt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, in einer Untersuchung fest.

Allgemein wird diese Entwicklung darauf zurückgeführt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik weitgehend von der steigenden Auslandsnachfrage bestimmt wird. Das Handwerk profitiere von der Binnenmarktorienterung kaum. Lediglich indirekt, als Zulieferer für die Industrie, werden einige Zweige des technischen Investitionsgüterhandwerks am Zuwachs der Auslandsnachfrage teilhaben.

Wie schon 1983 dürften die meisten Konsumgüter-Handwerke im Konjunkturschatten verharren. Im Nahrungsmittelhandwerk sind 1984 nur geringe Umsatzveränderungen zu erwarten, die Bekleidungshandwerke müssen – wie schon seit Jahren – deutlich reale Umsatzeinbußen hinnehmen, während die für den Haushalts- und Wohnbedarf tätigen Handwerke wenigstens ein geringes reales Wachstum erreichen werden.

Es ist auch damit zu rechnen, so das RWI, daß nun auch die Kfz-Mechaniker, die letztes Jahr wesentlich zum Gesamtwachstum des Handwerks beigetragen hatten, nur ein geringes Umsatzwachstum erzielen werden. Um einiges besser (plus vier Prozent) dürfte es dem Bauhandwerk gehen. Erst ab Ende 1984 würden fehlende Anschlußaufträge die Bauproduktion sinken lassen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA: Subventionen für die Farmer aufgestockt

Washington (sbt.) – Deutlich gestiegen sind die amerikanischen Agrarsubventionen im vergangenen Jahr. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums in Washington zahlte die Regierung 9,3 Mrd. Dollar (etwa 28,8 Mrd. DM), verglichen mit 3,49 und 1,9 Mrd. Dollar im Jahre 1982 bzw. 1981. Texas allein erhielt jetzt 1,13 Mrd. Dollar. Im Durchschnitt bekam jeder US-Farmer 3922 (1982: 1455) Dollar - nicht eingerechnet die indirekten Hilfen des Bundes und die Leistungen der Bundesstaaten.

Zahlungsaufschub gewährt

Jerusalem (rtr) – Die USA haben Israel nach Angaben eines Mitglieds des israelischen Kabinetts ein Moratorium für die Rückzahlung seiner Schulden bis Anfang 1985 eingeräumt. Kommunikationsminister Amnon Rubinstein erklärte, der Aufschub werde bis zum Ende der Sitzungspause des US-Kongresses gewährt. Eine Verlängerung sei möglich. Israels Auslandsschulden betragen rund 23 Mrd. Dollar.

Neue Tarifverträge

Detroit (AFP/dpa) – Gebilligt wurde bei General Motors ein dreijähriger Tarifvertrag. Er sieht Lohnerhöhungen zwischen einem und 3,5 Prozent im ersten Laufjahr, Festbeträge von rund 700 Dollar für die beiden folgenden Jahre sowie einen Hilfsfonds in Höhe von einer Mrd. Dollar für Entlassene vor. Wenig später erzielte Ford Einigung über einen ähnlichen Vertrag, bei dem allerdings der Hilfsfonds mit nur 300 Mill. Dollar dotiert ist.

Einzelhandel wächst

London (VWD) – Die britischen Einzelhandelsumsätze sind nach vorläufigen Ergebnissen im September gegenüber August um 3,1 Prozent gestiegen. Gegenüber September 1983 bedeutete das einen Zuwachs von 3,9 Prozent.

Verbilligte Butter

Brüssel (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik erhält aus EG-Mitteln für den verbilligten Absatz von zusätzlichen 2000 Tonnen Lagerbutter nochmals umgerechnet 6,7 Mill. DM. Die EG-Kommission hat den deutschen Antrag genehmigt, da die zunächst freigegebenen 11 000 Tonnen Lagerbutter bereits vollständig abgesetzt sind.

Der Abstand zwischen arm und reich

Wirtschaftsleistung in Dollar je Einwohner (in Preisen von 1980)

Im Jahre: 1800 – 1900 – 1950 – 1983

Industrieländer und übrige Welt: 525 – 1381 – 2740 – 8630

Entwicklungsländer: 145 – 167 – 275 – 750

Zwischen 1800 und 1950 steigerten die Industriestaaten nach Weltbank-Schätzungen ihr Pro-Kopf-Einkommen auf das Viereinhalbfache und verdreifachten ihn noch einmal bis 1983. Den Entwicklungsländern gelang bis 1950 nur ein jährliches Wachstum von 0,4 Prozent. QUELLE: GLOBUS

Bonn hilft EG

Bonn (VWD) – Einen Nachtragshaushalt über 650 Mill. DM zur Schließung einer Deckungslücke im EG-Haushalt hat die Bundesregierung eingebracht. Der Betrag stammt zu 400 Mill. DM aus dem Zinsendienst und zu 250 Mill. DM aus den Gewährleistungen des Bundes.

Lage positiv beurteilt

München (dpa/VWD) – Die rund 113 000 Großhandelsunternehmen der Bundesrepublik beurteilen nach Auskunft des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, ihre Existenzchancen insgesamt positiv. Ein Viertel der befragten Firmen bezeichnete ihre Lage als gut, nur rund 14 Prozent langfristig als schlecht.

Uran aufgekauft

Canberra (VWD) – Die australische Regierung beabsichtigt, 800 Tonnen für Frankreich bestimmtes Uran im Wert von 56 Mill. australischen Dollar aufzukaufen. Die Ladungen wurden aus Protest gegen französische Atomversuche im Südpazifik gestoppt.

LONDON / Strategie der Regierung erfolgreich

Immer mehr Selbständige

WILHELM FURLER, London

Die Zahl der beruflich Selbständigen hat sich in Großbritannien im Lauf der letzten Jahre erheblich erhöht. Nach neuesten Angaben der Manpower Services Commission (MSC), einer mit der Bundesanstalt für Arbeit vergleichbaren Organisation, kletterte ihre Zahl zwischen Mitte 1979 und Mitte dieses Jahres von 1,84 auf 2,25 Millionen. In den acht Jahren bis 1979 war der Trend noch stark rückläufig – die Zahl der beruflich selbständigen Briten hatte sich in dieser Zeitspanne um mehr als 100 000 verringert.

In dem Bericht der MSC heißt es, daß vor allem im Dienstleistungs-Bereich eine erhebliche Zunahme Selbständiger festzustellen ist. Dies gilt insbesondere für Finanzen und Versicherung, Gesundheit, Erholung und Freizeit, Kultur und persönliche Dienstleistungen. Nicht ganz so stark, aber immer noch bemerkenswert sei der Anstieg in den Bereichen Handel, Hotel und Gaststätten.

Auch im Baugewerbe, wo die Arbeitsplätze während der Rezession rapide schrumpften, versuchten es immer mehr Arbeiter auf eigene Faust. Während die Zahl der Beschäftigten im britischen Baugewerbe in den vier Jahren bis 1983 um mehr als 200 000 zurückging, nahm die Zahl der Selbständigen um 70 000 zu. Diese Veränderung, so heißt es in dem MSC-Bericht, spiegelt erhebliche Veränderung in der Arbeits-Organisation im Baugewerbe wider. So würden es immer mehr Baufirmen vorziehen, Nebenaufträge zu vergeben, anstatt eine hohe Zahl von Bauarbeitern direkt zu beschäftigen.

Diese jüngsten Statistiken kommen der Regierung Thatcher äußerst gelegen. Ihrer Strategie zufolge kommt der Gründung neuer und kleiner Unternehmen bei der langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen große Bedeutung zu. Entsprechend hat sie in den letzten Jahren etliche Programme aufgelegt, um die Gründung eigener Unternehmen finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Mit Sicherheit kommt die positive Auswirkung dieser Programme bereits in der kräftigen Zunahme der Selbständigen zum Ausdruck.

Allerdings dürfte auch die hohe Arbeitslosigkeit viele Briten geradezu gezwungen haben, es zunächst alleine zu versuchen. Ohne diese immer noch steigende Arbeitslosenrate hätte sicher ein großer Teil nicht daran gedacht, unternehmerische Aktivitäten zu entwickeln.

Allein mehr als ein Drittel (34 Prozent) der Selbständigen konzentriert sich auf Südost-England mit dem Großraum London. Die nächst größere Ansammlung (10,6 Prozent) ist im Nordwesten mit den Metropolen Liverpool und Manchester anzutreffen.

Aus dem Bericht der MSC geht außerdem hervor, daß der Dienstleistungs-Sektor in Großbritannien heute insgesamt 63 Prozent aller Arbeitsplätze stellt. Vor zehn Jahren waren es gerade 55 Prozent.

SPANIEN / Haushaltsdefizit wird 1985 vor allem mit Schuldverschreibungen finanziert

Mehr Mittel für Investitionsanreize

ROLF GÖRTZ, Madrid

Anreize zur Investition mit dem Ziel den Arbeitsmarkt zu beleben, geben dem spanischen Haushalt 1985, den Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer dem Parlament jetzt vorgelegt hat, eine veränderte Struktur. Daß der Plan allerdings erst mit zehn Tagen Verspätung vorlag, lag daran, daß zunächst der Wirtschafts- und Sozialpakt mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden durchgepaukt werden mußte. Im übrigen hat sich auch die Aufteilung Spaniens in 17 autonome Länder noch nicht so weit eingespielt, als daß alle Termine fristgerecht eingehalten werden konnten.

Der zum ersten Mal nicht mehr restriktive, sondern expansive Haushalt der seit 1982 amtierenden sozialistischen Regierung schließt mit Einnahmen von 82 Mrd. DM umgerechnet und Ausgaben von 108,2 Mrd. DM ab. Das Defizit von 26,2 Mrd. DM soll zu über 54 Prozent aus Schuldverschreibungen des Staates finanziert werden – im vorigen Jahr waren es 33 Prozent. 25 Prozent sind Schuldforderungen und 21 Prozent fallen zu Lasten der Bank von Spanien.

Das Defizit entspricht mit einer stetigen Verbesserung gegenüber den letzten zwei Jahren nunmehr 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Es entspricht einer Ausgabensteigerung von 11 Prozent, abzüglich der Zinskosten. Auf den Defiziten der Vorjahre würde dies eine Steigerung von nur 7,4 Prozent bedeuten, was unter dem Inflationssatz liegt. „Eine Politik der Investitionsförderung, die uns zwingen würde, auf eine Reduzierung des öffentlichen Defizits zu verzichten, würde in kurzer Zeit sowohl die Inflationsrate als auch die Zinsgestaltung nachteilig beeinflussen." Boyer nahm auch von einer wesentlichen Steuererhöhung zur Reduzierung des Defizites Abstand. Die dennoch mit 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes errechneten Steuermehreinnahmen will der Finanzminister aus einer besser geführten Verwaltung und aus einer steigenden Steuermoral herausholen. Als Ergebnis weiterer Förderungsmaßnahmen, vor allem durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten „in Alternative zu Subventionen", erhofft sich der Finanzminister insgesamt eine stärke Investitionstätigkeit der Wirtschaft.

Auf der Ausgabenseite steht an erster Stelle das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung mit 30,5 Mrd. DM und einer Steigerung von 15 Prozent. Der Schuldendienst, der eine Steigerung von 60 Prozent erfuhr, folgt mit 14,8 Mrd. DM an zweiter Stelle, und auf dem dritten Platz das Verteidigungsministerium mit 12 Mrd. DM und einer Steigerung von 11,4 Prozent. Abstriche wurden von den Ministerien für öffentliche Arbeiten und Städtebau sowie von Transport und Tourismus, aber auch im Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei gemacht.

Die Finanzierung der autonomen Länder stieg um 29 Prozent auf 12,3 Mrd. DM. Die Mittel stammen zu einem Teil aus einem von den Ländern selbst finanzierten Fonds, den der Staat verwaltet, zum anderen Teil aus Steueraufkommen, die der Staat an die Länder abgetreten hat. 1985 wird das erste Jahr sein, in dem dieses Finanzsystem voll in Kraft tritt.

Von der gesondert berechneten Sozialversicherung in Höhe von 63 Mrd. DM umgerechnet finanziert der Staat nur 13,4 Mrd. DM. Den Rest haben zu über 80 Prozent die Unternehmer zu tragen. Über die Hälfte der Ausgaben der Versicherung werden für Pensionen und Renten gezahlt. (SAD)

Privatinitiative in Polen wächst

J. G. G. Bonn

Polens „Kleines Statistisches Jahrbuch 1984" gab erstmals nach langer Zeit wieder exakte Zahlen über den größten Privatsektor innerhalb des Comecon an, in dem 1,1 Millionen Menschen beschäftigt sind. Danach gibt es in Polen rund 300 000 Handwerksbetriebe, 100 000 Transport- und Taxibetriebe sowie 40 000 Einzelhandelsläden und Gastronomiebetriebe. Zunehmende Tendenz wird bei den Boutiquen verzeichnet. Außerdem existieren mehr als 500 mittlere Firmen von Westbürgern polnischer Abstammung. Im Privathandwerk sind 610 000 Personen beschäftigt, in der Transport- und Taxibranche 105 000, in Handel und Gastronomie 70 000 und bei den Westpolen mehr als 30 000 Personen. Hinzu kommen 236 000 freiberufliche „Agenten", davon sind 59 Prozent Pächter staatlicher Lebensmittelläden.

Islamische Steuerreform

dpa/VWD, Khartum

Im Sudan ist eine islamische Steuerreform in Kraft getreten, die als Bemessungsgrundlage der Besteuerung nicht mehr einen Prozentsatz vom Einkommen oder Gewinn hat, sondern den Besitz. Das neue Steuersystem, das sich an der Koranvorschrift des Almosengebens orientiert und daher auch Zakat (Almosen) heißt, soll über 20 bisherige Steuerarten ersetzen. Wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, berichtete, werden dabei ab einem noch näher zu bestimmenden Wohlstands-niveau Sach- und Kapitalvermögen und Verbindlichkeiten gegenübergestellt und auf die Differenz ein einheitlicher Steuersatz von 2,5 Prozent erhoben. Beim Überschreiten eines noch festzulegenden Wohlstandsniveaus erhöht sich dieser Satz in der Regel um weitere 2,5 Prozent. Bei Unternehmen wird diese Steuer auch fällig, wenn sie Verluste machen.

Gesetzentwurf für 38-Stunden-Woche

AFP, Brüssel

In Belgien soll in spätestens zwei Jahren die 38-Stunden-Woche eingeführt werden. Bei Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte werden den Unternehmen im Gegenzug Zugeständnisse bei der Arbeitsgesetzgebung und der Einführung von Teilzeitarbeit gewährt. Dies sieht ein entsprechender Gesetzesentwurf vor, der von der Regierung vorbereitet wird. Im Rahmen des neuen Gesetzes ist vorgesehen, daß die Unternehmen zwei Prozent der Gewinne an einen Arbeitsbeschaffungsfonds abführen. Die Arbeitszeiten sollen auf Jahres- und nicht mehr Tages- oder Wochenbasis kalkuliert werden können. Dabei darf die tägliche Arbeitszeit neun und die wöchentliche 45 Stunden nicht überschreiten. Die Unternehmen erhalten ferner die Möglichkeit, Entlassungsentschädigungen in bestimmten Fällen innerhalb mehrerer Monate auszuzahlen.

GROSSBRITANNIEN / Jaguar ändert Verkaufspläne

Chance auf deutschem Markt

WILHELM FURLER, London

Der britische Hersteller von Luxus-Limousinen, Jaguar, ist fest überzeugt, daß Deutschland schon bald zu seinem größten europäischen Markt werden und damit den heimischen Markt Großbritannien hinter sich lassen wird. Dies betonte Neil Johnson, Verkaufs- und Marketing-Chef von Jaguar, am Vorabend der großen Automobil-Ausstellung in Birmingham. Auf einer Konferenz in London zum Thema „Wie sich das Gesicht der britischen Automobilindustrie verändert" betonte Johnson, daß Jaguar bereits „kräftig in den Luxusauto-Markt in der Bundesrepublik" eingedrungen sei.

Jaguar hat seine Verkaufspläne für Deutschland in diesem Jahr erheblich nach oben revidiert: Ursprünglich sollten bis Ende des Jahres 1600 Jaguar verkauft werden, jetzt rechnet man mit 1900 Fahrzeugen der britischen Nobelmarke. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland erst 1100 Jaguar verkauft.

Zwar ist auch mit den neuen Planzahlen der Abstand zu den Verkäufen in Großbritannien noch immer erheblich, nachdem hier im vergangenen Jahr 7069 Jaguar verkauft wurden, und die Verkaufszahl in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits 6200 überstiegen hat. Aber die Deutschen, so Johnson, „spekulieren in ihren großen schwarzen Mercedes und ihren dicken silbergrauen BMW auf Jaguar". Könnte sein Unternehmen, wie er dies erwartet, nur zehn Prozent Anteil am deutschen Markt für Luxusautos gewinnen, dann entspräche dies den gegenwärtigen Verkaufszahlen in Großbritannien.

Im übrigen betonte der Jaguar-Direktor, daß die von Bonn auferlegte Pflicht zur Einführung von Abgas-Katalysatoren für Personenwagen mit großem Hubraum bereits von 1987 an seinem Unternehmen keinerlei Schwierigkeiten bereite. Mehr als die Hälfte der Jaguar-Produktion werde gegenwärtig bereits mit Katalysatoren ausgerüstet, in der Hauptsache für den amerikanischen Markt. Jaguar rechnet dmit, daß die Gesamtzahl seiner Verkäufe in diesem Jahr 33 000 erreichen wird, 18 000 davon in Nordamerika. Das Unternehmen ist Anfang August aus Staatsbesitz entlassen und an der Londoner Börse verkauft worden.

USA / Prognose des Business Council

1986 wieder Rezession

H.-A. SIEBERT, Washington

Den USA steht 1986 eine Rezession ins Haus. Das hat Amerikas wichtigstes Wirtschaftsgremium, der Business Council, vorausgesagt. Ihm gehören die Vorstandsvorsitzenden der 100 größten Unternehmen, einschließlich Banken, an. Diese Entwicklung würde sich mit den bisherigen Konjunkturzyklen decken, die im Durchschnitt drei Jahre und acht Monate dauerten. Der derzeitige Aufschwung begann im November 1982. Andere Institute rechnen schon im zweiten Halbjahr 1985 mit einem Umkippen der US-Konjunktur, da höhere Steuern und Ausgabenschnitte zum Abbau des Haushaltsdefizits unerläßlich sind und die Bremsspur verkürzen.

Nach den Prognosen des Business Council erleben die USA in diesem Jahr das stärkste Wirtschaftswachstum in 30 Jahren. Das reale Bruttosozialprodukt nimmt um 7,2 Prozent zu. 1985 halbiert sich diese Rate auf 3,5 Prozent. Ähnliches geschieht mit den betrieblichen Investitionen, die 1984 um 20 und 1985 nur noch um zehn Prozent steigen. Bei den Unternehmensgewinnen, die vorerst noch von den umfangreichen Steuergeschenken und den geringen Lohnerhöhungen profitieren, schrumpft das Plus von 23 auf sechs Prozent. Amerikas Inflationsrate, die von den wechselkursbedingten Billigeinfuhren niedriggehalten wird, soll von 4,3 auf fünf Prozent anziehen.

Folgt man dem Wirtschaftsrat, dann wird sich der Zinstrend in den USA schon eher umkehren: Von zur Zeit 12,5 auf 12,75 Prozent steigt die Prime Rate, der Zinssatz der Banken für kurzfristige Kredite an beste Adressen, bis zum Jahreswechsel auf 13 und bis Ende 1985 auf 14,5 Prozent.

BANKEN / Französische Institute klagen über Erträge

Hohe Risikorückstellungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die sich häufenden Zusammenbrüche französischer Unternehmen haben dem weitgehend verstaatlichten Bankensystem zunehmende Ausfälle gebracht. Gleichzeitig mußten für notleidende Kredite und solche, deren Rückzahlung gefährdet ist, bedeutende Rückstellungen gebildet werden. Per Saldo weisen die im Bankenregister eingeschriebenen Institute (ausgenommen Genossenschaftsbanken wie Credit Agricole) für 1983 einen Reingewinn von zusammen 7 Milliarden Franc aus. Das waren 6 Prozent mehr als im Vorjahr, in welchem sich die Gewinne um 10 Prozent vermindert hatten.

Dieses relativ bescheidene Ergebnis erklärt der Bankenverband mit den hohen Risikorückstellungen, die auf 24 (19) Milliarden Franc gestiegen waren und damit mehr als das Dreifache des Reingewinns erreichten. Im Vergleich zu der um 10 bis 20 Prozent ausgeweiteten „finanziellen Aktivität" der Banken seien die Erträge „ungenügend" gewesen. Der Verband wendet sich damit gegen die Forderung der Regierung auf eine erneute Kreditverbilligung.

Die der französischen Wirtschaft bereitgestellten Kredite waren 1983 um 13,8 Prozent gestiegen, gegenüber 19,4 Prozent im Vorjahr, worin die allgemeine Konjunkturabschwächung zum Ausdruck kommt. Dabei nahmen die Devisengeschäfte um 25,1 (19,4) Prozent verstärkt zu. Die Unternehmens- und Exportkredite erreichten 913 (813) Milliarden Franc, die Kredite an Private und für den Wohnungsbau dagegen nur 248 (231) Milliarden Franc.

Eine Sonderentwicklung verzeichneten die Beteiligungsdarlehen, die meist unter staatlichem Druck in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen bereitgestellt werden. Das Volumen dieser Kredite erhöhte sich von 4,6 Milliarden Franc Ende 1982 auf 14,4 Milliarden Franc Ende 1983. Auch die Mittelbeschaffung der Banken im Rahmen des Industrieboomsparens (codevi) sei wenig rentabel gewesen und zu Lasten der übrigen Kundeneinlagen gegangen.

Die Möglichkeiten für die kürzlich von Finanzminister Berégovoy geforderte verstärkte Rationalisierung des Bankbetriebs hält der Verband für sehr begrenzt. Die Banken würden bereits Produktivitätsfortschritte von 6 bis 6,5 Prozent im Jahr erzielen und hätten ihre Belegschaft unter Verzicht auf Neueinstellungen beträchtlich reduziert. In den nächsten zehn Jahren könnten auf diese Weise weitere 50 000 Stellen beseitigt werden.

INDIEN / Sorgen um die Auslandsverschuldung trotz guter wirtschaftlicher Eckdaten

Produktivität staatlicher Firmen sinkt

dpa/VWD, Neu-Delhi

Indiens Wirtschaftsexperten werden zur Zeit von schweren Sorgen um die Zukunft geplagt. Zwar wurde die Wirtschaftspolitik der Regierung erst vor wenigen Wochen von der Weltbank mit Lob bedacht, doch die Ökonomen auf dem Subkontinent sehen die Zukunft alles andere als in rosigen Farben. Kaum hatte die Weltbank die „gute Leistung" der indischen Wirtschaft gepriesen und der Regierung eine erfolgreiche Politik bei der Überwindung der Probleme durch die weltweite Rezession bescheinigt, warnte die indische Bundesbank überdeutlich: Wenn Indiens Wirtschaft ihre Position auf dem Weltmarkt in den nächsten Jahren nicht entscheidend verbessert, kommen auf das Land Ende der 80er Jahre Probleme zu, wie sie heute aus Lateinamerika nur zu gut bekannt sind.

Dabei kann sich die Leistungsbilanz der indischen Wirtschaft im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern durchaus sehen lassen. Das Bruttosozialprodukt steigt 1983/84 voraussichtlich um rund sieben Prozent, im Vergleich zu 2,6 und 5,9 Prozent in den beiden vorausgegangenen Jahren. Die Produktion der Landwirtschaft stieg um neun Prozent, und die der Industrie um etwa 5,5 Prozent. Die jährliche Inflationsrate liegt unter zehn Prozent.

Wichtiger noch: Indiens Landwirtschaft fuhr mit über 150 Mill. Tonnen Getreide eine Rekordernte ein. Dies hat in einem Wahljahr nicht nur eine innenpolitisch stabilisierende Wirkung, sondern es ermöglicht Neu-Delhi, auf teure Importe zu verzichten. Erstmals denkt die Regierung gar an Getreideexport. Lob fand schließlich auch die Tatsache, daß Indien durch die verstärkte Förderung in den Off-Shore-Feldern vor Bombay seine Abhängigkeit von Ölimporten um weitere 25 Prozent verringern konnte.

Doch diese Zahlen sind für die indische Bundesbank kein Grund zum Jubeln. Angesichts des hohen Handelsbilanzdefizits von 58 Mrd. Rupien (14,5 Mrd. DM) malen die Staatsbanker die Zukunft in düsteren Farben. Indien exportierte 1983/84 Waren im Wert von rund 153 Mrd. Rupien. Dem standen Exporte von nur rund 95 Mrd. Rupien gegenüber. Daß das Exportvolumen trotz der Dollar-Stärke und der steigenden Rohölausfuhren nur bescheiden stieg, beunruhigt viele Experten.

Ohne den Rohöl-Export, kritisiert die Bundesbank, wäre das Exportvolumen im Vergleich zu 1982/83 sogar gesunken. Indiens Wirtschaft, klagt die Nationalbank, hat selbst im Vergleich zu konkurrierenden Entwicklungsländern an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Produktivität der staatlichen Unternehmen sei kontinuierlich zurückgegangen. Indiens Stahlindustrie ist nach neuesten Statistiken die am wenigsten produktive aller internationalen Hersteller.

Dabei kommen auf die Union schwere finanzielle Belastungen zu. Ab 1985/86 muß Indien Milliardenkredite der vergangenen Jahre an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzahlen. Indiens Auslandsschulden belaufen sich zur Zeit auf insgesamt etwa 300 Mrd. Rupien (75 Mrd. DM). Demgegenüber nimmt sich der jährliche Schuldendienst von etwa 15 Mrd. Rupien zunächst bescheiden aus. Zwar betont die Regierung ständig, daß die Schuldenrückzahlung zur Zeit nur etwa 15 Prozent der Exporteinnahmen ausmache, im Vergleich zu bis zu 60 Prozent bei einigen lateinamerikanischen Ländern, doch wird sich die Rückzahlung schon 1986/87 auf 35 Mrd. Rupien und 1989 sogar auf 55 Mrd. Rupien pro Jahr erhöhen. Zur Sanierung der Staatskasse müsse die Wirtschaft nach Meinung der Experten jährlich um 15 Prozent wachsen.

FRANKREICH / 71. Pariser Automobilsalon beendet

Aussteller zuversichtlich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die in- und ausländischen Aussteller äußerten sich durchweg zufrieden über den 71. Pariser Automobilsalon, der am Sonntag seine Tore an der Porte de Versailles geschlossen hat. Trotz des anhaltenden Kaufkraftrückganges in Frankreich und der ständigen Benzinpreiserhöhungen erreichte die Zahl der Besucher mit 1,1 Mill. einen neuen Rekord.

Das kommerzielle Ergebnis der vor allem repräsentativen Veranstaltung wird allerdings erst in den nächsten Wochen deutlich werden, wenn die Interessenten an ihre örtlichen Konzessionäre herantreten. Über die auf dem Salon verkauften Wagen hüllt man sich deshalb in Schweigen – ausgenommen die Firmen Ferrari, die 16, und Rolls Royce, die acht Wagen verkauften.

Immerhin aber fühlen sich auch die französischen Hersteller von Groß-Serienwagen dadurch ermutigt, daß so gesehen das Automobil trotz der Krise nichts von seiner Faszination verloren hat. Darüber hinaus gäbe es Anzeichen, daß die Nachfrage nach Autos wieder zunimmt. Bereits in den letzten Monaten wurden die Vorjahreszulassungen leicht übertroffen. Aber seit Anfang des Jahres verblieb immer noch ein Rückgang von 12 Prozent, dabei von 16 Prozent bei französischen Wagen.

Dieses Defizit ist bis zum Ende dieses Jahres sicherlich nicht auszugleichen. Aber bei den Renault-Werken, die 19 Prozent Absatzverluste verbuchten, verspricht man sich jetzt dank des neuen „Super-5" den großen Durchbruch zu besseren Zeiten, obwohl auch Peugeot mit dem direkt konkurrierenden 205 weiterhin gut im Geschäft bleiben will. Mit diesen zwei Wagen wollen die beiden Hersteller vor allem ihre Positionen gegenüber der ausländischen Konkurrenz verstärken.

Dort macht man sich inzwischen gewisse Sorgen, daß der auf 33 Prozent angewachsene Zulassungsanteil an Importwagen ein kritisches Ausmaß erreichen könnte. So erklärte der stellvertretende Generaldirektor von Opel, Maurice Kniebihler, es wäre nicht gut, wenn der ausländische Marktanteil 35 Prozent überschreiten würde.

So war auf diesem Salon eher von einem fast gemeinsamen Bemühen um die Wiederbelebung des französischen Automobilmarktes als von einem verschärften Wettbewerb die Rede. Dies könnte den nationalen Herstellern zu der dringend notwendigen Atempause verhelfen. Ob sich diese Hoffnung erfüllt, bleibt abzuwarten.

BAUINDUSTRIE / Auftragsbestand sinkt noch

Weitere Anpassungen nötig

dpa/VWD, Frankfurt

Die schrumpfenden Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe erzwingen eine weitere Anpassung der maschinellen und personellen Kapazitäten. „Für jeden zehnten Beschäftigten ist keine Arbeit mehr da", schreibt der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Wiesbaden, in seinem neuesten Lagebericht. Die Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe seien im 2. Quartal 1984 nochmals um 2,4 Prozent auf 34,8 Mrd. DM zurückgegangen. Sie lagen damit um 6,1 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Preisbereinigt bedeute dies innerhalb eines Jahres einen Rückgang um 6,9 Prozent.

Am stärksten seien die Auftragsbestände im Wohnungsbau geschrumpft. Sie lagen hier Mitte 1984 real um 18,4 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Auch der Wirtschaftsbau zeige einen Rückgang um 14,7 Prozent. Lediglich im öffentlichen Bau seien die Auftragsbestände real um 6,3 Prozent gestiegen.

Bei weitem nicht im gleichen Tempo wie die Auftragsreserven ist nach Angaben des Verbandes der Personalstand der Baufirmen zurückgegangen. Bezogen auf je eine Million DM Auftragsbestand Mitte 1984 seien noch 22,8 Bauarbeiter beschäftigt gegenüber 21,2 Mitarbeiter im Vorjahr und 20,6 Mitarbeiter im langfristigen Durchschnitt. Gemessen an den Auftragsbeständen seien damit die Beschäftigtenzahlen in der Branche um zehn Prozent überhöht.

Der aus der Entwicklung der Auftragsreserven resultierende verschärfte Wettbewerb lasse einen verstärkten Preisdruck erwarten, der bei erhöhten Betriebskosten infolge der ungünstigeren Kapizitätsauslastung zum weiteren Anstieg der Insolvenzen beitragen dürfte. Wenn nicht bald eine Umkehr des rückläufigen Auftragstrends eintrete, werde für etwa zehn Prozent der Bauarbeiter kein Arbeitsplatz mehr zur Verfügung stehen. Das am Markt bestehende Überangebot und der daraus resultierende Preisverfall könnten nur stabilisiert werden, wenn die Baufirmen ihre personellen und maschinellen Kapazitäten an die verschlechterte Beschäftigungslage anpassen.

ASKO DEUTSCHE KAUFHAUS / Stimmrechtlose Vorzugsaktien für 550 Mark bis zum 19. Oktober

Bezugsrecht wird zweites Bonbon für Aktionäre

INGE ADHAM, Frankfurt

Für 550 DM bietet ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG bis zum 19. Oktober die stimmrechtlosen Vorzugsaktien der Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, an. Neben der nachzahlbaren Vorzugsdividende von 5 Prozent sind die neuen Aktien mit einem zwei- bis vierprozentigen gestaffelten Zuschlag gegenüber der Dividende für die Stammaktien ausgestattet.

Gleichzeitig mit diesem Schritt, der der Asko die erwünschten neuen Aktionäre bringen soll, bietet die agile saarländische Diskontgruppe ihren Kleinaktionären nach der Ausgabe von Gratisaktien im Verhältnis 1:1 in diesem Jahr ein weiteres Bonbon in Gestalt eines Bezugsrechts für die Vorzugsaktien im Verhältnis 5:1; dabei beträgt der Ausgabepreis für die neuen Aktien 400 DM. (Rein rechnerisch ergibt das einen Bezugsrechtswert von 30 DM). Die Bezugsrechte werden vom 30. Oktober bis 9. November an der Frankfurter Börse gehandelt, wo auch die insgesamt 7 Mill. Vorzugsaktien und die seit 1977 im geregelten Freiverkehr gehandelten 22 Mill. DM Stammaktien notiert werden. Die angebotenen Aktien sind für 1984 voll dividendenberechtigt.

Bei der erneuten Aufstockung ihres Kapitals am 7 Mill. DM auf nunmehr 42 Mill. DM (davon 35 Mill. Stammaktien) hat Asko das Bezugsrecht ihrer Großaktionäre (Rewe-Leibbrand 25, Schaper 5, CBS 25 Prozent) ausgeschlossen. Man wolle die amtliche Börseneinführung dazu nutzen, neue Aktionäre zu gewinnen. Insgesamt werden der Asko aus der Kapitalerhöhung 67,5 Mill. DM zufließen.

Dieter Groll, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank Saar AG, nannte die Preisfindung für die zur freien Zeichnung angebotenen Papiere „nicht einfach", nennt aber den Emissionspreis von 55 DM „marktgerecht". (Die Stammaktien notieren derzeit bei 900 DM). Bei einer Gewinnerwartung von 42 DM je 50 DM-Aktie für 1984 (nach DVFA) errechnet sich für den Plazierungspreis ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 13,1. Dies liege zwar, so Groll, über dem Durchschnitt des Marktes, aber unter den in den Sparten Kaufhäuser und Einzelhandel üblichen Relationen.

Asko-Vorstandsvorsitzender Helmut Wagner erwartet für dieses Jahr ein Umsatzplus für die Gruppe von 10 Prozent auf gut 1,9 Mrd. DM und, wie er betonte, „ein wesentlich besseres Ergebnis als für 1983". Vor diesem Hintergrund plane man die Ausschüttung einer Stammaktien-Dividende von 10 DM je Aktie auf das gegenüber 1983 nahezu verdreifachte Kapital; für die Vorzugs-Aktionäre bedeutet dies eine Dividende von 11,50 DM.

Für 1983 hatte die Asko AG bei einem Jahresüberschuß von 16 (6) Mill. DM (in der Gruppe 19,6 Mill. DM) den Aktionären eine auf 12 DM verdoppelte Dividende gezahlt. Das Ergebnis je Aktie (einschließlich Steuergutschrift) lag im vergangenen Jahr bei 76,85 (35) DM, bezogen auf damals noch 14,67 Mill. DM Grundkapital.

Vor der Presse erinnerte Wagner daran, daß rund 65 Prozent der „bemerkenswerten Eigenkapitalentwicklung" bei Asko auf die Thesaurierung von Gewinnen entfalle, derzeit liegt die Eigenkapitalquote der AG bei 50 Prozent, in der Gruppe bei 40 Prozent, eine „solide Basis für die weitere Expansionsstrategie", wie Wagner unterstrich. Zielrichtung der Expansion wird auch in Zukunft die „grüne Wiese" bleiben. Asko versteht sich als Fachdiskonter, ein Bereich, der nach Einschätzung von Wagner auch zur Zeit noch Expansionsspielraum bietet.

Derzeit betreibt Asko rund 100 Lebensmittelfilialen, 12 Verbrauchermärkte, 20 SB-Kaufhäuser, 14 Baumärkte und 15 Bekleidungszentren (Adler). Die Adler Bekleidungswerk AG wurde im September von Asko voll übernommen und ist gemeinsam mit den Baumärkten (praktiker) zur Zeit der am schnellsten wachsende Bereich bei Asko. Deutlich wird die Verschiebung der Struktur bei der einstigen Lebensmittelkonsumgenossenschaft an der Entwicklung des Non-Food-Anteils, der von erst 12 Prozent im Jahr 1978 im kommenden Jahr bis auf 75 Prozent steigen soll.

BISON-WERKE

Bürgschaft für UdSSR-Auftrag

DOMINIK SCHMIDT, Springe

Die Bison-Werke Bähre & Greten GmbH & Co KG, Springe, hat aus der UdSSR einen Auftrag im Wert von rund 90 Mill. DM erhalten. Nach Angaben des Unternehmens handelt es sich dabei um die Modernisierung von drei Spanplattenwerken, einem Faserplattenwerk und einem Spezialplattenwerk für den Hausbau. Die ebenfalls zur Bison-Gruppe gehörende Firma Grecon Greten GmbH & Co KG, Alfeld, liefert darüber hinaus ein Werk für kartonverpackte Möbel.

Der Vertrag sieht vor, daß Bison bis zur Fertigstellung der Arbeiten Ende 1985 die Produktionsüberwachung vornimmt. Bison weist auf die lang andauernden Geschäftsbeziehungen mit der UdSSR hin, die 1978 in einen Kooperationsvertrag mündeten und inzwischen ein Umsatzvolumen von über 1 Mrd. DM erbrachten. Um den Auftrag abwickeln zu können, hat Bison beim Land Niedersachsen um eine Bürgschaft in Höhe von 10 Mill. DM nachgesucht. Die Entscheidung darüber steht noch aus, dürfte aber positiv ausfallen.

Auf Anfrage erklärte ein Firmensprecher, die Ertragssituation habe sich in letzter Zeit zwar gebessert, sei aber noch nicht befriedigend. Das Ergebnis 1983 sei etwa ausgeglichen gewesen. In Springe beschäftigt Bison rund 700 Mitarbeiter. Für 1984 wird ein Umsatz von 180 Mill. DM erwartet. Der Gruppenumsatz erreichte 1983 rund 350 Mill. DM. Einschließlich des UdSSR-Auftrags stellt sich der Auftragsbestand auf 200 Mill. DM.

KÖLNISCHE LEBEN / Einsparungen bei den Kosten

Rohüberschuß gewachsen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine deutliche Wiederbelebung des eingelösten Neugeschäfts um 23 Prozent auf 422 Mill. DM sowie hohe Abgänge – vor allem Abläufe – bei vermögensbildenden Lebensversicherungen bestimmten 1983 das Wachstum der Kölnischen Lebensversicherrung AG, Köln. So erhöhte sich der Bestand der Gesellschaft auch nur um 2,2 Prozent auf 4,1 Mrd. DM. Die Beiträge stiegen auf 141 (131) Mill. DM.

Bei einer weiteren Verbesserung des Risikoergebnisses, gesunkenen Verwaltungs- und Abschlußkostensätzen, vor allem aber durch die um 7,8 Prozent auf 97 Mill. DM gestiegenen Erträge aus 1,33 (1,24) Mrd. DM Kapitalanlagen wurde ein Höchststand an Bruttoüberschüssen erzielt. Sie lagen mit 76 (60) Mill. DM nicht nur erneut ehrheblich über dem Vorjahr, sondern machen 53,9 (45,9) Prozent der verdienten Beiträge aus. Vom Rohüberschuß fließen auch 98,7 (99) Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, dem Sammelbecken für die bei Ablauf fällige Überschußbeteiligung des Versicherten, zu.

Die Gesellschaft, die wie die Wettbewerber sowohl ihre Überschußbeteiligung verbessert als auch die Direktgutschrift eingeführt hat, garantiert letztere für die nächsten beiden Jahre mit jeweils rund 22 Mill. DM. Im nächsten Jahr wird darüber hinaus die Gesamtverzinsung der Überschußguthaben auf 7 Prozent erhöht.

Die Kölnische Sachversicherung AG steigerte ihr Bruttobeitragsaufkommen auf 51 (47,5) Mill. DM, die verdiente Prämie für eigene Rechnung erreichte 32,7 (30,4) Mill. DM. Bei einer Nettoschadenquote von 82,1 (87,3) Prozent wird ein technischer Verlust von unverändert 1,4 Mill. DM ausgewiesen, der durch Kapitalerträge überdeckt wird. Nach Steuern fiel der Jahresüberschuß jedoch auf ein Drittel des Vorjahrs (0,3 nach 0,7 Mill. DM) zurück. Die Dividende wurde von 10 auf 4 Prozent abgesenkt.

Oltmanns erweitert Produktpalette

dos. Oldenburg

Eine neue Produktionsstätte für Klinker und Pflastersteine haben die Ziegelwerke Heinrich Oltmanns, Jeddele/Oldenburg, in Hude bei Bremen in Betrieb genommen. In der Endausbau-Phase, so heißt es in einer Mitteilung, sollen jährlich über 30 Mill. Klinker hergestellt werden. Die Investitionen beziffert Oltmanns auf 4,5 Mill. DM. Mit der Produktlinie Klinker will das Unternehmen, das als führender Hersteller von Handformziegeln gilt, seine Angebotspalette ergänzen. Neben der unverändert starken Nachfrage nach rustikalen Ziegeln – Verblender dieser Art stellt Oltmanns im Werk Neustadt bei Hannover her – wachse die Zahl von Architekten und Bauherren, die Klinker mit glatter Oberfläche bevorzugen.

Insgesamt betreibt das Familienunternehmen im In- und Ausland zwölf Werke. Die Beschäftigtenzahl wird mit 550 Mitarbeitern beziffert, davon 35 in dem neuen Werk in Hude. Im Geschäftsjahr 1983 erzielte Oltmanns einen Umsatz von gut 165 Mill. DM. Die Entwicklung 1984 wird als befriedigend bezeichnet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mehr Saarkohle

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Kohleförderung in den sechs Gruben der Saarbergwerke stieg im dritten Quartal 1984 gegenüber dem zweiten Quartal um neun Prozent auf 2,51 Mill. Tonnen. Ende September arbeiteten in den saarländischen Grubenbetrieben rund 14 900 Beschäftigte, 800 weniger als vor einem Jahr.

Dienstleistung gefragt

München (dpa/VWD) – Die Digital Equipement, München, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. Juni) den Umsatz um ein Drittel auf 616 Mill. DM gesteigert. Vom Umsatz des abgelaufenen Geschäftsjahres entfielen rund ein Drittel auf Dienstleistungen. Der Jahresüberschuß stieg von 1,8 Mill. DM auf 4,7 Mill. DM. Das Stammkapital der GmbH wurde um 12 Mill. DM auf 20 Mill. DM aufgestockt.

Umsatzplus erwartet

München (dpa/VWD) – Die Autovermieter erwarten für 1984 einen Umsatz von knapp zwei Mrd. DM. Wie der Gesamtverband der Kfz-Vermieter Deutschlands mitteilte, würde damit wiederum eine zehnprozentige Steigerung gegenüber dem Vorjahr erreicht. Insgesamt vermieten 1150 Betriebe in der Bundesrepublik Kraftfahrzeuge. Rund 90 Prozent des Umsatzes erzielen die 950 im Gesamtverband organisierten Unternehmen mit ihren 62 000 Fahrzeugen.

Fünftes Kernkraftwerk

Leibstadt (dpa/VWD) – Als fünftes Atomkraftwerk der Schweiz wird das Kernkraftwerk Leibstadt (Kanton Aargau) voraussichtlich Ende November den Dauerbetrieb aufnehmen. Wie ein Sprecher des Unternehmens mitteilte, wird das Kraftwerk 6,1 Mrd. Kilowattstunden jährlich produzieren.

Zuversicht bei der ADCA

Frankfurt (adh) – Von einer „stetigen" Geschäftsentwicklung und zufriedenstellenden Ergebnissen spricht der Vorstand der ADCA-Bank, Frankfurt, in einem Überblick über die ersten acht Monate. Der Verbund mit der Rabobank Nederland, die im Vorjahr 84 Prozent des ADCA-Kapitals übernommen hat, trägt offenbar Früchte. Das Geschäftsvolumen liege per Ende August bei 2,3 Mrd. DM, zehn Prozent über dem Vorjahresstand, heißt es in der Mitteilung. Beim Zinsüberschuß macht die Verbesserung 18 Prozent, beim Teilbetriebsergebnis sogar 20 Prozent aus.

Filialbetriebe unzufrieden

München (dpa/VWD) – Die Lebensmittelfilialbetriebe sind mit der Geschäftsentwicklung unzufrieden. Die Gewinne lagen 1983 nur bei etwa 0,5 Prozent des Umsatzes vor Steuern. In den ersten acht Monaten 1984 setzten die zum Verband zählenden 42 Filialisten 3,5 Prozent mehr um als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Jahr 1983 war der Umsatz um vier Prozent auf 41,6 Mrd. DM gestiegen, wovon 1,9 Prozent auf Preissteigerungen entfielen. Der Anteil der Filialbetriebe am Gesamtumsatz des Lebensmitteleinzelhandels (insgesamt 136,3 Mrd. DM) erhöhte sich auf 30,5 Prozent. Zum Jahresende 1983 beschäftigten diese Betriebe 113 000 Mitarbeiter.

NAMEN

Dr. Norbert Schneider (41), bisher in der Zentralgeschäftsführung der Unternehmensgruppe Kienbaum tätig, wurde per 1. Januar 1985 zum Hauptgeschäftsführer der Carl Duisberg Gesellschaft, Köln, bestellt. Er ist Nachfolger von Dr. **Werner Schuster**, der auf eigenen Wunsch ausscheidet.

Dr. **Hanns-Joachim Grunewald**, Leiter des Geschäftsbereichs Lacke und Kunstharze der Hoechst AG, Frankfurt, feierte am 13. Oktober den 60. Geburtstag.

Jürgen Lehnert, zuletzt im Hause Kienzle tätig, trat am 1. Oktober in die Geschäftsführung der Software- und Systemhaus mbp, Dortmund.

Aktien weiter freundlich

Diesmal BASF und VW im Vordergrund

DW. – Am Wochenanfang setzten die deutschen Aktienkurse ihren Anstieg fort. Es spricht für die gesunde Börsenverfassung, daß es kontinuierlich aufwärts ging und größere Kurssprünge, die auf eine Überhitzung hindeuten würden, ausblieben. Zu einem großen Teil wurde das Geschäft durch Ausländer getragen, die sich den hohen Dollarkurs zunutze machten. Gezielte Käufe waren bei den BASF-Aktien zu beobachten. Als Folge des Formaldehydschocks waren sie gegenüber Bayer und Hoechst über Gebühr zurückgeblieben.

Lebhaft gehandelt wurden nicht nur die BASF-Aktien, sondern auch die BASF-Optionsscheine. Rückläufig von den Autoaktien waren allein Porsche. Technologiewerte traten am Montag in den Hintergrund, ohne allerdings nennenswert an Boden zu verlieren. Siemens erreichten mit 450 DM sogar einen neuen Höchststand. Gezielte Käufe glaubte man auch bei den Aktien der Allianz Versicherung beobachtet zu haben, deren Kurs um 15 DM anzog. Obwohl nun auch die Bundesbank von wachsenden Aufträgen im Maschinenbau berichtet, traten die einschlägigen Aktien mehr oder weniger auf der Stelle. Spürbar erholen konnten sich lediglich Linde. Bei den Bankaktien gab es kaum Veränderungen.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt stockten um 10 DM . Audi NSU, Conc. Chemie und Dt. Atlanten um je 5 DM auf. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 3 DM und Hageda um 4 DM. Nachgegeben haben Hein. Lehmann um 5 DM und Kromnschröder um 6,50 DM. Bei den Versicherungen stockten Aachen Münchner Bet. um 5 DM, Agrippina um 7 DM und Allianz Vers. um 25 DM auf.

Frankfurt: Adt und Deutsche Effekten- und Wechselbeteiligungen gaben um 15 DM nach. Deutsche Texaco erhöhten um 6 DM auf 220 DM und Hartmann und Braun Stämme verloren 10 DM auf 480 DM. Mannheimer Versicherung stockten um 7 DM auf 494 DM auf. Vögele verminderten um 5 DM und Wickrath um 10 DM.

Hamburg: Haller Meurer gaben um 2 DM und Triton um 1 DM nach. HEW gingen zu 81 DM und NWK-Vz. mit 164,20 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi konnten sich bei 122,90 DM gut behaupten. Vereins- und Westbank blieben mit 296 DM abermals unverändert.

München: Etienne Aigner und Agrob St. AG erhöhten um 0,50 DM, Audi NSU um 2 DM und AKS um 3 DM. Brau AG Nürnberg verbesserten ebenso wie Deckel AG um 1,50 DM. Elect 2000 gaben um 10 DM und Grünzweig um 1 DM nach. Patrizier verloren 3 DM und Süd Chemie 0,50 DM.

Berlin: Bergmann zogen um 10 DM an. Dt. Hypothekenbank Berlin lagen um 4 DM, DeTeWe um 2,30 DM und Kempinski um 2 DM fester. DUB-Schultheiss gaben um 3 DM, Herlitz St. um 2,50 DM, Herlitz Vz. und Schering um je 1 DM nach.

Nachbörse: erholt

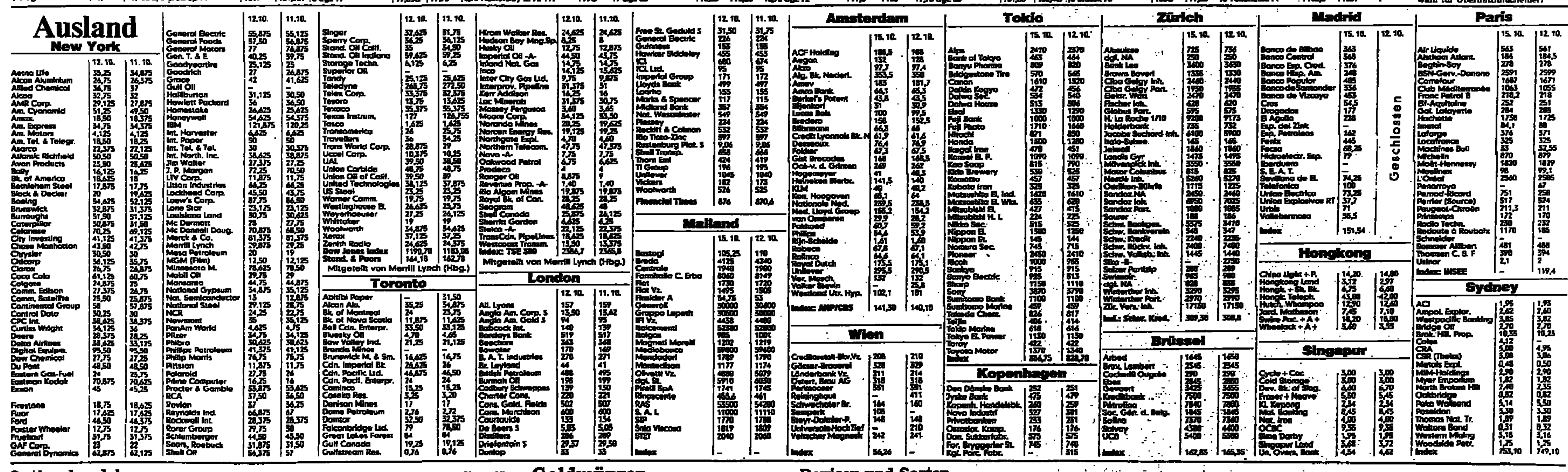
WELT-Aktienindex: 157,6 (157,1)
WELT-Umsatzindex: 2650 (3175)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland



Optionshandel

... optionen: AEG 1-100/0,98, 1-110/2,4, 4-100/3, 4-110/6,9, Bayer 1-180/2, 4-180/1,8, 7-170/3,7, Bay. Hypo 4-290/8, Commerzbank 1-160/1,4, 1-170/5,9, 4-160/2,5, 4-170/8, 7-160/4, Conti 1-127/2,9, 4-120/2,25, 4-130/6,6, Daimler 4-580/11,5, Deutsche Bank 1-350/2, 7-340/4, Dresdner Bank 1-170/3,4, 7-160/4, GHH St. 7-150/4,1, Hoechst 7-170/3,8, Hoesch 4-100/4,9, Kaufhof 4-210/4, 4-220/6,5, Klöckner 4-65/3,3, Mannesmann 4-160/7,4, 7-150/3, Kali + Salz 4-230/3,35, Siemens 1-420/2,2, 1-430/2,4, 1-440/5, 4-410/2,5, 4-420/5, 4-430/8, 4-440/14, 7-450/20, Thyssen 1-75/1, 7-75/3,4, Veba 4-170/6,4, VW 1-180/4, 7-170/3,3, Alcan 4-80/3, Chrysler 1-85/2,4, 1-90/4,5, 4-80/2, 4-85/4, 4-90/5,5, 7-80/6,5, 7-90/8, 7-95/9,4, General Motors 4-220/9,4, 4-230/11,4, IBM 1-370/8, 4-380/10,2, 4-370/13,5, 4-380/17, Litton 1-200/1,4, 1-210/9,8, Philips 4-45/1,4, 7-45/2,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5½–5⅝	4⅞–5⅛
3 Monate	10⅞–11⅛	5⅞–6	5¼–5⅜
6 Monate	11¼–11½	5⅞–6⅛	5¼–5½
12 Monate	11⅝–11⅞	5⅞–6⅛	5⅜–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1888,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1285,00	1551,50
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	242,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	239,00	295,26
20 belgische Franken	188,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	254,00	316,92
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1082,00	1273,38
Maple Leaf	1082,00	1273,38
Platin Noble Man	1047,00	1233,49

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	252,00	314,64
20 schweiz. Franken „Vreneli"	194,00	245,10
20 franz. Franken „Napoléon"	193,00	243,96
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1001,00	1204,98
20 österr. Kronen (Neuprägung)	200,00	250,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	566,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,1339	3,1419	3,1015	3,06	3,17
London¹)	3,793	3,807	3,77	3,75	3,90
Dublin¹)	3,101	3,115	3,061	3,76	3,91
Montreal³)	2,3742	2,3823	2,3422	2,31	2,41
Amsterd.	88,840	88,880	88,635	87,25	89,75
Zürich	121,860	122,060	121,96	120,25	123,00
Brüssel	4,944	4,964	4,893	4,80	5,00
Paris	32,545	32,705	32,175	31,71	33,50
Kopenh.	27,630	27,750	27,355	26,50	28,25
Oslo	34,870	34,990	34,305	33,75	35,50
Stockh.**)	35,670	35,830	35,06	34,75	36,50
Mailand²) **)	1,619	1,629	1,582	1,57	1,67
Wien	14,217	14,257	14,18	14,15	14,35
Madrid**)	1,791	1,801	1,759	1,74	1,86
Lissabon**)	1,895	1,915	1,80	1,55	2,35
Tokio	1,2610	1,2640	–	1,22	1,28
Helsinki	48,500	48,700	47,54	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,06	0,20
Athen*) **)	2,4310	2,4850	–	1,70	2,50
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5930	2,6140	–	2,53	2,63
Johannesbg.*)	1,7785	1,7975	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Aufwärtsbewegung des US-Dollars setzte sich zu Beginn der neuen Woche fort. Innerhalb eines Kursbandes von 3,1350 bis 3,1440 gestaltete sich ein ruhiges Marktgeschehen. Zum amtlichen Mittelkurs von 3,1379 gab die Bundesbank 13,45 Mill. Dollar an den Markt ab. Die Lagerbestände in den USA für September entsprachen mit einem plus von 0,8 Prozent exakt der Markterwartung. Am späten Nachmittag brach der US-Dollar aus einem Tageskursband nach oben aus und streifte knapp die Marke von 3,15. Einzig gegenüber dem Britischen Pfund, das sich um 1,1 Pfg. auf 3,80 abschwächte und der Portugiesische Escudo konnte die D-Mark Kursgewinne verbuchen. Der Japanische Yen erreichte mit 1,2625 einen neuen Monatshöchstkurs. Zu den EWS-Währungen konnte die D-Mark ihre Position ebenfalls nicht verbessern und verharrte im unteren Drittel. Dollar in: Frankfurt 3,1379; Amsterdam 3,5400; Brüssel 63,4200; Paris 9,6800; Mailand 1933,75; Wien 22,0890; Zürich 2,5728; Ir. Pfund/DM 3,800; Pfund/Doll. 1,2110; Pfund/DM 3,800.

Ostmarkkurs am 15. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,80 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht nachgebende Dollar-Zinsen am Euromarkt zum Wochenschluß führten zu verringerten Termin-Deports für US-Dollar gegen D-Mark.

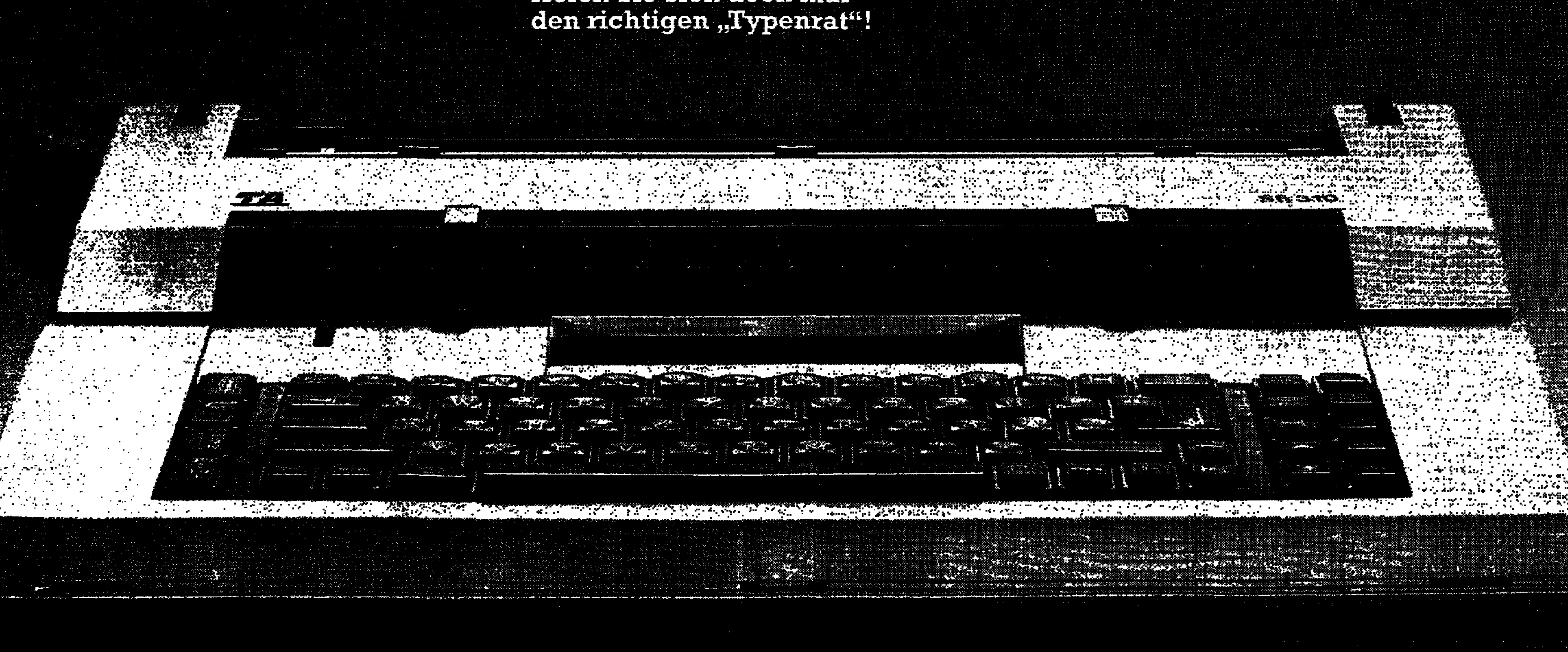
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,45/1,35	4,05/3,95	8,15/7,95
Pfund/Dollar	0,01/0,01	0,19/0,22	0,58/0,62
Pfund/DM	2,40/1,00	4,90/3,50	8,70/7,30
FF/DM	24/8	53/37	101/85

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an): Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,50) – 7,00 (7,50) – 7,25 (7,75) – 7,75 (8,00) – 8,00 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,50) – 5,97 (6,47) – 6,37 (6,87) – 6,68 (7,12) – 6,68 (7,12) – 6,91 (7,31) – 7,13 (7,48). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,50, 2 Jahre 6,44. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,80, Rendite 7,05.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht zulegen konnten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 10.	11. 10.
Dez.	348,00	349,50
März	356,00	356,50
Mai	353,25	354,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 10.	11. 10.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	239,87	239,57
Amber Durum	251,82	251,82

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,50	139,50
Dez.	142,30	143,10
März	148,30	149,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	118,80	119,00
Dez.	119,40	118,70
März	123,60	123,00

Hafer Chicago (c/bush)	12. 10.	11. 10.
Dez.	179,75	177,75
März	180,50	179,25
Mai	178,00	177,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	282,75	278,75
März	289,50	284,50
Mai	294,75	289,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 10.	11. 10.
Okt.	134,80	131,30
Dez.	129,30	127,00
März	132,50	131,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Terminkontr. Dez.	135,46	134,30
März	134,25	133,25
Mai	133,05	132,15

Kakao New York ($/t)	12. 10.	11. 10.
Terminkontr. Dez.	2225	2217
März	2180	2175
Mai	2195	2190
Umsatz	2994	2105

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan	5,31	5,32
März	5,87	5,95
Mai	6,20	6,34
Juli	6,50	6,65
Sept.	6,75	6,96
Umsatz	9425	7625

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 10.	11. 10.
	4,77	4,82

Kaffee London (£/t) Robusta	12. 10.	11. 10.
Kontrakt Nov	2416–2417	2393–2395
Jan	2282–2285	2282–2285
März	2202–2205	2206–2208
Umsatz	3273	5888

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez	1898–1900	1910–1911
März	1875–1877	1880–1881
Mai	1878–1879	1882–1883
Umsatz	3044	3741

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	143,00–144,00	143,00–143,20
März	159,60–160,00	159,00–159,20
Mai	166,20–166,60	166,00–166,20
Umsatz	3130	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 10.	11. 10.
schw. Sarawak spez.	452,50	455,00
weißer Sarawak	702,50	705,00
weißer Muntok	710,00	712,50

Orangensaft New York (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Nov.	170,85	175,85
Jan.	172,85	177,85
März	173,15	178,15
Mai	173,00	178,00
Juli	173,00	178,00
Umsatz	500	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Südstaaten fob Werk	36,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,50	30,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	28,65	27,60
Dez.	25,43	25,45
Jan.	25,90	24,92
März	25,45	24,55
Mai	25,15	24,35
Juli	24,95	24,10
Aug.	24,00	23,95

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	28,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	20,50	32,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,50	20,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	45,20	45,25
Dez.	47,75	47,25
Febr.	49,55	49,42

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	66,20	66,35
März	45,70	66,25
Mai	66,80	67,00

Häute Chicago (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	65,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,50	53,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	626,00	612,00
Jan.	636,50	623,50
März	649,00	636,50
Mai	662,00	650,00
Juli	667,00	654,00
Aug.	667,00	654,50
Sept.	657,50	643,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	150,80	148,90
Dez.	156,50	154,70
Jan.	159,20	157,90
März	165,30	163,20
Mai	170,50	168,00
Juli	175,50	173,00
Aug.	174,00	171,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 10.	11. 10.
Okt.	352,30	349,00
Dez.	358,20	356,20
März	371,80	369,50

Kokosöl New York (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Westküste fob Werk	59,00	60,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	15. 10.	12. 10.
jegl. Herk. cif	835,00	830,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	610,00	610,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	665,00	655,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	250,00	246,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1370,00	1380,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	293,50	293,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	12. 10.	11. 10.
Dez.	65,80	65,10
März	67,40	66,90
Mai	68,75	68,40
Juli	69,80	69,40
Okt.	69,80	69,30
Dez.	69,90	69,60

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	43,50	43,50

Wolle Lond. (Neuse. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 10.	11. 10.
Okt.	508–512	502–505
Dez.	510–514	505–508
Jan.	520–522	506–509
Umsatz	48	48

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	12. 10.	11. 10.
Okt.	unerh.	unerh.
Dez.	unerh.	unerh.
März	unerh.	unerh.
Mai	unerh.	unerh.
Umsatz	0	0
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 10.	11. 10.
Okt.	566,0–570,0	569,5–570,5
Dez.	567,0–567,5	565,5–568,5
März	577,5–578,0	577,5–578,5
Umsatz	51	38

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 10.	11. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 10.	11. 10.
Okt.	13219	13231
Nov.	13160	13180

Kautschuk London (p/kg)	12. 10.	11. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00–64,00	60,00–64,00
Nov.	59,00–60,00	–
Dez.	60,00–61,00	–
Jan.	61,00–62,50	–

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	12. 10.	11. 10.
Nov.	206,50–207,50	204,75–205,25
Dez.	207,00–207,50	204,75–205,50
Nr. 2 RSS Nov.	193,50–194,50	192,00–193,00
Nr. 3 RSS Nov.	190,00–191,00	188,50–189,50
Nr. 4 RSS Nov.	181,50–182,50	181,50–182,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	12. 10.	11. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	15. 10.	12. 10.
Blei: Basis London laufend. Monat	129,06–129,44	128,09–128,48
drittfolg. Monat	131,15–131,53	130,19–130,38
Zink: Basis London laufend Monat	237,18–237,94	233,66–233,85
drittfolg. Monat	235,46–235,65	233,47–233,66
Produz.-Preis	282,77	279,95
Reinzinn 99,9%	4184–4225	4128–4169

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 10.	12. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	399,55–401,45	399,36–401,27
Blei in Kabeln	136,75–137,75	136,00–137,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	15. 10.	12. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385–387	386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	427–432	427–432
MS 63	415–420	415–420

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	12. 10.	11. 10.
ab Werk prompt (Ring/kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 10.	12. 10.
Leg. 225	350–363	345–363
Leg. 226	352–365	347–365
Leg. 231	383–395	377–395
Leg. 233	393–405	387–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	15. 10.	12. 10.
Platin (DM je g)	35,55	34,75
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 700	34 200
Rücknahmepr.	33 950	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 030	34 510
Rücknahmepr.	34 030	33 650
verarbeitet	36 610	36 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 255	32 670
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	747,00	730,50
Rücknahmepr.	725,10	709,00
verarbeitet	779,80	762,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	15. 10.	12. 10.
London 10.30.	338,25	337,90
15.00	339,65	338,90
Zürich mittags	338,50–339,00	337,40–337,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	104 250	103 600
Silber (p/Feinunze) London Kasse	594,30	580,30
3 Monate	609,20	594,80
6 Monate	623,20	609,30
12 Monate	653,20	639,70

Platin (£-Feinunze)	12. 10.	11. 10.
London fr. Markt	267,95	261,80
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	114,50	114,20

New Yorker Preise	12. 10.	11. 10.
Gold H & H Ankauf	333 90	338 10
Silber H & H Ankauf	729 30	715 30
Platin fr. Händlerpr.	315 00–322 00	316,00–322 00
Produz.-Preis	475 00	475 00
Palladium fr. Händlerpr.	140,00–141 00	139,50–140,50
Produz.-Preis	150 00	150 00
Silber (c/Feinunze) Okt.	733 20	705 60
Nov	737 20	713 70
Dez.	739,50	713,00
Jan	750 20	725 60
März	760 00	739 00
Mai	777 90	753 00
Juli	790 10	767 30
Umsatz	19 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 10.	11. 10.
Okt.	56,30	55,55
Nov	56,55	55,80
Dez	57,15	56,30
Jan.	57,90	57,05
März	58,95	58,10
Mai	60,20	59,50
Juli	61,35	60,50
Umsatz	5000	6500

Londoner Metallbörse

	15. 10.	12. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	813,50–814,50	802,00–803,00
3 Monate	830,00–836,50	824,00–825,00
Blei (£/t) Kasse	339,00–340,00	337,50–338,50
3 Monate	344,50–345,50	343,50–345,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1037,0–1037,5	1033,5–1034,0
3 Monate	1061,0–1062,0	1055,0–1055,5
abends Kasse	–	1040,5–1041,0
3 Monate	–	1062,5–1063,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1038,5–1039,0	1042,0–1044,0
3 Monate	1058,0–1059,0	1060,0–1062,0
Zink (£/t) Kasse	623,00–625,00	615,50–617,50
3 Monate	618,50–619,00	614,50–615,00
Zinn (£/t) Kasse	9710–9720	9540–9545
3 Monate	9640–9641	9490–9500
Quecksilber ($/fl.)	–	300–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–83

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau), Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje. Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

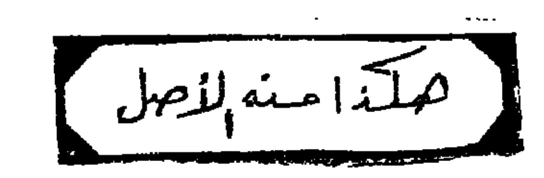
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Renten teilweise besser

Unbeeinflußt von dem weiter gestiegenen Dollar konnten sich bei den öffentlichen Anleihen Kurssteigerungen bis zu 0,20 Prozentpunkte durchsetzen. Die letzte 7½prozentige Bundesanleihe wurde um 0,10 höher notiert. Bei den Pfandbriefen ergaben sich kaum Veränderungen. Am Markt für DM-Auslandsanleihen herrscht nach dem angekündigten Fortfall der Couponsteuer noch Unsicherheit. Die neuen Emissionen finden nur schleppend Absatz, weil hier das Auslandsinteresse fehlt und die Renditen noch nicht völlig der veränderten Situation angepaßt sind.

Bundesanleihen

		12. 10.	11. 10.
F 6 Bund 78 IV	12/84	99,9G	99,9
6¾ dgl. 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	100,85	100,85
7 dgl. 79	4/85	100,35bG	100,35
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,65
7¾ dgl. 76 I	7/85	101,05	101,05G
8 dgl. 76 IV	10/85	101,65	101,65
5½ dgl. 78 II	3/86	99	99,25
5¼ dgl. 78	5/86	99,2	99,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	101,1	101,2
6½ dgl. 78	1/87	99,85	99,85
7¼ dgl. 76 II	1/87	101,2	101,25
6¾ dgl. 77	4/87	100,2bG	100,2
6½ dgl. 77	7/87	99,6	99,5
6 dgl. 77	10/87	98,5	98,4
6 dgl. 78 I	1/88	98,3	98,3
6½ dgl. 78 I	9/88	99	99,1
6½ dgl. 78 II	12/88	99	99
6¾ dgl. 79	1/89	98,95G	98,95bG
7¼ dgl. 79 I	4/89	100,3	100,3
10 dgl. 81	4/89	109,95G	109,95
7½ dgl. 79 I	6/89	101,2	101,4G
8 dgl. 79 I	7/89	103,05	103,05
8 dgl. 79 II	8/89	102,95bG	102,9bG
7½ dgl. 79 II	9/89	101,2	101,2
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,1	102,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,9G	101,85bG
10 dgl. 80	4/90	110,95bG	110,85
5¾ dgl. 78	5/90	94,8	94,8
8¾ dgl. 80 I	7/90	104	104
8¾ dgl. 80 II	11/90	103,95	103,95
7¾ dgl. 82	11/90	102,05	102,05
9 dgl. 81	2/91	106,9	106,9
10¾ dgl. 81	7/91	113,3	113,2
10¾ dgl. 81	9/91	116,1bG	116
10 dgl. 81 II	12/91	112,65bG	112,55
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,1bG	110,9
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,2	111,1
6 dgl. 78 II	3/93	93,2	93,2
9,5 dgl. 82	4/92	109,75bG	109,55
9 dgl. 82	5/92	107	107
8½ dgl. 82	6/92	104,6G	104,45bG
9 dgl. 82	8/92	107,4bG	107,2bG
8¾ dgl. 82	9/92	106,1	106
7¾ dgl. 82	12/92	101,45	101,45

		12. 10.	11. 10.
F 6½ dgl. 77	5/89	97,35	97,35
8 dgl. 79 I	7/89	102,95bG	102,95G
8 dgl. 78 I	2/90	95,75	95,75
8 dgl. 80 II	7/90	102,45G	102,45
9 dgl. 81	3/91	108,85	108,85
10¼ dgl. 81	9/91	114,85	114,55G
10¾ dgl. 81	11/1	113,7	113,8G
8 dgl. 80 I	2/92	102,45	102,45G
10 dgl. 82	2/92	112,55	112,4
9¾ dgl. 82	7/92	110,3	110,15
8 dgl. 82	11/92	102,7	102,65
7¾ dgl. 83	1/93	101,05	101,05
8¾ dgl. 83	10/93	104,2	104,3
8¼ dgl. 84	8/94	104,2	104,3G

Bundespost

		12. 10.	11. 10.
F 6¾ Bdpost 68	6/88	99,6G	99,6G
8 dgl. 72 I	9/87	102,65	102,65
10 dgl. 81	3/89	109,75	109,7bG
10¼ dgl. 81	6/89	111,25	111,1
8 dgl. 80	3/90	102,5	102,4
7¾ dgl. 80	9/90	101,8	101,75
8¾ dgl. 80	12/90	105,9	105,65
10¾ dgl. 81	10/91	114,95	114,55
9¾ dgl. 82	2/92	111,2	110,7
8¾ dgl. 82	6/92	105,95G	105,95
8½ dgl. 82	10/92	104,7	104,7
7¾ dgl. 83	2/93	101,1	101,2
8½ dgl. 83	9/93	104,95	104,95
8¾ dgl. 84	2/94	104,15G	104,15
8 dgl. 84		102,6	102,6

Länder – Städte

		12. 10.	11. 10.
S 6¾ Bd.-Wttbg. 76	86	99,5	99,5
6¾ dgl. 82	82	103,6G	103,6G
M 7 Bayern 68	86	101,5G	101,5G
6½ dgl. 67	87	102G	102G
6 dgl. 68	85	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	88	97,3	97,3
8¾ dgl. 80	90	105G	105G
8¾ dgl. 82	92	105,3G	105,3G
7½ dgl. 83	93	99,5	99,5
8 dgl. 84	94	102G	102G
B 6½ Berlin 70	85	102G	102G
8 dgl. 72	85	101,2G	101,2G

Pfandbriefe und Kommunalobligationen

	12. 10.	11. 10.
M 7 dgl. Pf 20	99G	99G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,5bG	99,5G
8 dgl. Pf 34	96,5bG	96,25G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25G	100,25G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	92,75G	92,75G
7½ dgl. Pf 87	99G	99G
6 dgl. KS 29	84,25G	84,25G
7 dgl. KS 30	100,5G	100,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
Hn8 dgl. Pf 10	100,8G	100,8bG
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	101,5G	101,5G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	99,3G	99,3G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RhW Bodencr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	96,3G	96,3G
F 7½ dgl. RS 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. RS 60	99,25G	99,25G
7 dgl. 94	98,25G	98,25G
7 dgl. 98	100,25	100,25
8 dgl. 101	101,5G	101,5G
7½ dgl. 102	100,5G	100,5G
9¾ dgl. 126	105,35G	105,35G
D 8 LAG TS 76	101,8	101,8
6½ dgl. TS 77	99,1	99,1
5¾ dgl. 78	96,55	96,55
7 dgl. 79	100,2	100,2

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Größte Schutz-Schau der Welt

Ein Weltangebot zum Thema Personen- und Objektschutz und damit die bisher eindrucksvollste Demonstration des hohen technologischen Leistungsstandes der sicherungstechnischen Industrie erwartet die Fachwelt des In- und Auslandes auf der „Security 84", die vom 16. bis 19. Oktober in Essen stattfindet.

Trotz der anhaltenden Verschärfung des Wettbewerbs rechnet die Branche mit einer weiterhin relativ günstigen Marktentwicklung. Dabei wird auf den nach wie vor erheblichen Nachholbedarf, vor allem im gewerblichen und privaten Bereich verwiesen. Von der „Security 84" erhofft man sich allgemein eine zusätzliche Belebung der Investitionsbereitschaft.

Daß diese Erwartungshaltung mit der Einschätzung der Marktchancen durch die Unternehmen der Branche weitgehend übereinstimmt, belegt auch gegenüber der letzten Ausstellung die deutliche Zunahme an Ausstellern: Mehr als 300 aus 20 Nationen präsentieren in Essen alles „rund um die Sicherheitstechnik und -elektronik".

Die Ausstellerzahlen haben sich seit 1974 verdreifacht. Auf einer Fläche von 25 000 Quadratmeter wird jetzt das breitgefächerte Angebot zum Thema präventive Sicherheitstechnik vorgestellt, werden aktuelle Daten und Trends aufgezeigt. „Auf dem Weltmarkt der Sicherheit finden alle, die Verantwortung für die Sicherheit von Menschen, Geld und Sachwerten tragen, die individuellen Problemlösungen, die sie suchen", verspricht der Messe-Katalog.

Das größte ausländische Kontingent stellt erneut Großbritannien. Erstmals mit offiziellen Beteiligungen sind Frankreich, Australien und die kanadische Provinz Quebec auf der Messe vertreten.

Der diesjährige Kongreß steht unter dem Generalthema „Im Spannungsfeld zwischen Meldesicherheit und Fehlalarm: Gefahrenmeldeanlagen im Dienst der Sicherheit." Namhafte Wissenschaftler und Praktiker werden auf dem zweitägigen messebegleitenden Fachkongreß (17. und 18. Oktober) die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und technischen Aspekte des gesamten Themenkomplexes behandeln. C.T.

Sicherheit hat Konjunktur

Security 84: 300 Aussteller aus 20 Nationen zeigen in Essen ihre Produkte

Die Szene spielt sich täglich im Supermarkt oder Kaufhaus ab: Ein Kunde blickt sich verstohlen um, läßt Schnaps oder Zigaretten, Spielzeug, Hausrat oder Schallplatten in der eigenen Tasche verschwinden. Raffinierte Gauner schieben sogar ein Fahrrad durchs Geschäft oder gehen selbstbewußt im illegal „erworbenen" Mantel zum Ausgang. Wie hoch die Dunkelziffer nicht geschnappter Ladendiebe wirklich ist, weiß man nicht, die Verluste kennt man jedoch: mehr als drei Milliarden Mark im Jahr.

Kein Wunder, daß die Sicherheit ein enormer Wachstumsmarkt ist. Bleiben wir zunächst beim Ladendiebstahl: Experten gehen davon aus, daß mit einer Investition von zehn Prozent der Verluste eines ungesicherten Geschäfts etwa 50 Prozent der Diebstähle verhindert werden können. Kleine selbstklebende Etiketten zum Beispiel sichern sehr ausgedehnte Artikelsortimente vor Langfingern. Es gibt auch Geräte, die Fehlalarme und falsche Verdächtigungen vermeiden.

Alarm schlagen die hochsensiblen Infrarot-Melder, sobald sich ein Mensch an ihnen vorbeibewegt: Sie reagieren auf die Wärmestrahlung des Körpers. Die Ultraschallbewegungsmelder wiederum sprechen an, wenn sich „etwas" auf sie zu- oder von ihnen wegbewegt. Gleich zwei Firmen kündigen unabhängig voneinander eine Kombination aus beiden Meldern an, die Täuschungen durch unverdächtige Wärmestrahlung oder harmlose Bewegungen ausschließen soll.

Im Riesenangebot der Video-Überwachungsgeräte fallen vor allem technische Feinheiten und größerer Bedienungskomfort auf; dazu gehört etwa eine Video-Haussprechanlage mit extrem hoher Lichtempfindlichkeit. Die preiswerte Alternative zur bisherigen Video-Überwachung: das „Quadrantensystem" – vier Bilder auf einem Monitor. Das Gerät „ortet" den Einbrecher, fotografiert ihn und legt die Sofortbilder in einem widerstandsfähigen Kasten aus Polycarbonat ab.

Für Einbrecher kommen schwere Zeiten: Noch nie wurden auf einer Security-Messe so viele einbruchhemmende Türen und Tore ausgestellt. Da gibt es Türen aus schußfestem Panzerholz, aus splitterfreiem Glas, aus Aluminium mit neunfacher Verriegelung, aus Stahl, die sogar großkalibrigen Handfeuerwaffen widerstehen.

Und das klingt wie Science-fiction: Unter dem Stichwort „Zutrittskontrolle" kann nach Sicherheitsgesichtspunkten exakt festgelegt werden, wer sich wann und wo aufhalten darf. Die Programme gehen so weit, daß ein Ausweis eine Tür nur noch dann zum zweitenmal von außen öffnet, wenn der Besitzer den Raum wieder verlassen hat. Wirksame „Vereinzelungsschleusen" machen Geiselnahmen unmöglich. Eine Drehschleuse wiederum, die in Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe entwickelt wurde, verhindert das Schmuggeln von radioaktivem Material aus Labors oder kerntechnischen Anlagen.



Die Systeme können auch überprüfen, ob sich in Geheimschutzbereichen – wie vorgeschrieben – mindestens zwei Personen aufhalten oder ob ein Mitarbeiter länger als zulässig in gesundheitsgefährdender Umgebung bleibt. Dieser Alarm kann ebenso Leben retten wie zum Beispiel der Alten-Notruf oder der Notruf im Aufzug, der dem Klaustrophobiker die Angst nehmen, vor allem aber im steckenbleibenden Aufzug eine Panik verhindern soll.

Für Brandfälle ist die Angebotspalette bunt: angefangen von der Kleinstzentrale bis zum Meldecomputer. Aus den USA stammt das „Voice-Communications-System", ein Fluchtleitsystem: Im Brandfall steuert es die Evakuierung und den Feuerwehreinsatz von einer zentralen Stelle aus.

Erste Hilfe leistet eine neue Rettungsschere. Sie eignet sich zum Einschlagen von Scheiben, Durchtrennen von Gurten, Aufschneiden von Kleidung und Aufstemmen klemmender Türen. Das Universalgerät stammt aus der Klingenstadt Solingen.

Zum erstenmal wird auf der Security-Messe ein Panzer ausgestellt, klein und bemannt. Mit seiner Hilfe können „verdächtige" Gegenstände untersucht und wenn nötig gleich entschärft werden.

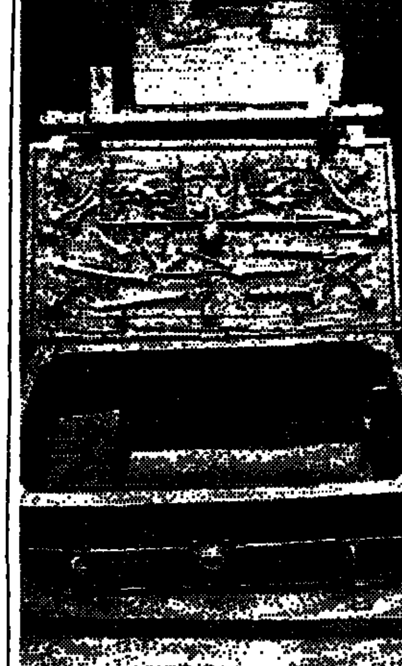
Schalterbeamte oder Geldboten sollen in Zukunft nicht mehr so leicht zu überfallen sein. Dafür sorgen beispielsweise eine Sicherheitstheke – deren Stahlplatte im Alarmfall hochschnellt – und Schleusen für Geld, Koffer und Fahrzeuge.

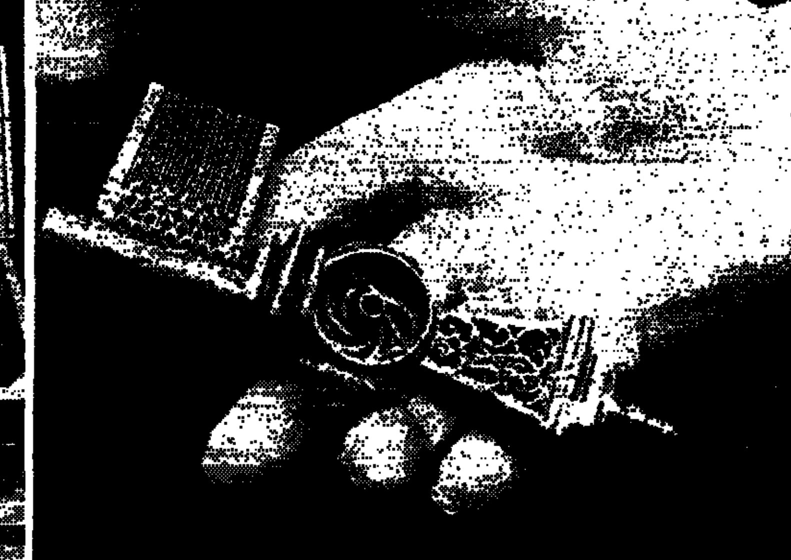
Aus den Niederlanden kommt die fahrbare und gesicherte Bank, die mit kugelsicherem Schaltertisch, Tresor, Klimaanlage, Miniküche, Wasserleitung und elektrischer Anlage ausgestattet ist. Diese fahrbaren Geschäftsstellen können in abgelegenen Gemeinden und Stadtteilen sowie beim Umbau einer Bank eingesetzt werden.

Was es schon lange für Autos gibt, soll nun auch Häuser, Geschäfte und öffentliche Gebäude schützen: die elektromotorische zentrale Verriegelung von Haupt- und Nebentüren und deren Überwachung. Wenn obendrein noch Einbruchmeldeanlagen angeschlossen sind, sitzt der Dieb in Sekundenschnelle hoffnungslos in der Falle.

Aber es dreht sich auf der „Security" nicht nur um die Sicherheit von Hab und Gut. Schutzkleidung, Masken und Helme, Uniformen und Säureschutzanzüge gehören ebenso zum Ausstellungsprogramm. Gewitterwarngeräte und Sicherheitsbatterien runden das Angebot ab.

Auf viele Fragen gibt das „Sicherheits-Jahrbuch" Antwort. Fünf Experten schrieben das Buch „Computermißbrauch und Computersicherheit". Und „Gauner im Betrieb, Fälle und Praxistips" zeigt die Methoden der Ganoven auf, denen Peter Hohl mit seinem Taschenbuch „99 Gangstertricks und wie man sich dagegen schützt" auf die Schliche kommt. THEO STEINBERG





Prunkstücke des Deutschen Schloß- und Beschlägemuseums in Velbert sind unter anderen dieser Kammbartschlüssel (um 1650) aus Frankreich und eine Kasse (um 1600) aus Deutschland. FOTO: MANFRED VOLLMER

Die Historie der Schlösser und Schlüssel

Zu einem Bummel durch die Vergangenheit bis hin zur Gegenwart lädt das Deutsche Schloß- und Beschlägemuseum in Velbert ein. Dieses Industriezentrum auf den Hügeln des Bergischen Landes am Rande des Ruhrgebiets verdankt seinen Rang als Stadt der Schlüssel dem Umstand, daß weder Fluß noch Bach in unmittelbarer Nähe liegen. Es gab also kein Wasser, das Energie spenden konnte. Und so gedieh das Handwerk.

Schon im 16. Jahrhundert wurden Lampen und Schlüssel hergestellt, die man auf Karren lud und in den umliegenden Gemeinden zum Verkauf anbot. Im Laufe der Jahrhunderte blühte das Dorf zu einer Industriestadt mit fast 90 000 Einwohnern auf, für die Schlösser und Beschläge Schlüssel zum Wohlstand wurden.

Im neuen Forum Niederberg – kultureller Treffpunkt mitten in der Stadt – hat das in den zwanziger Jahren gegründete Museum seit 1982 sein Domizil. Hier wird die Historie der Sicherheit aufgerollt.

Schließanlagen nach Maß, große geschnitzte Kirchentüren, siebenfach gesichert, Tresore und Schmuckkästchen geben ebenso einen Einblick in die Entwicklung wie kunstvolle Schlüssel und Beschläge, alte Musterbücher und eine komplett eingerichtete Schlüsselschmiede aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Zusätzliche Informationen gibt die Tonbildschau.

Nachbildungen und Originale zeigen, wie einfache Schiebe- und Drehwinkel, Weidenringe, Verschlußbalken und Riemenverschlüsse vor zehn bis fünfzehntausend Jahren Tiergehege, Stallungen, Wohn- und Vorratsbauten schützten.

Die vorchristlichen antiken Kulturen an Euphrat und Tigris und in Kleinasien die gewaltigen Tempel wurden durch massive Türen, die sich in Drehzapfen bewegten, verriegelt.

Mit genialen Sicherheitsschlössern konnten sich vor 5000 Jahren die Ägypter in Sicherheit wiegen. Die Idee des altägyptischen Fallriegelschlosses griff im vergangenen Jahrhundert der Amerikaner Linus Yale wieder auf; er erfand das Zylindersicherheitsschloß, heute bekannt unter dem Markenzeichen „BKS". Ein Schlüssel dieser Marke ist fast immer der kleinste am Schlüsselbund. Anders dagegen in vorchristlicher Zeit; vorwiegend aus Holz oder Elfenbein geschnitzt, hatten „Schlüssel" oft ein solches Gewicht, daß sie auf der Schulter getragen werden mußten.

Die Blütezeit der Schlüsselschmiede begann in Europa erst im Mittelalter. Aus kleinen Händler- und Handwerkersiedlungen entwickelten sich Städte. Das Zusammenleben auf engem Raum und der Konkurrenzkampf führten zu einem neuen Sicherheitsdenken. Aus den Grob- und Feinschmieden bildete sich das eigenständige, hochangesehene Handwerk des Schlossers, dessen Arbeiten oft erlesene Kunstwerke waren.

Imponierende Geldkassetten, mit flächendeckendem Kastendeckelschloß versehen, verlangte die gewaltige Ausweitung des Handels. Geld ermöglichte beim aufstrebenden Bürgertum Kapitalbildung. Geld mußte sicher aufbewahrt und transportiert werden. Auch Türen für Geld- und Silberkammern wurden durch ein System von Mehrfachverriegelungen besonders gesichert.

Mit zunehmendem Wohlstand wuchs auch die Zunft der Diebe. Um Einbrechern das Leben schwerzumachen, wurden die Schlösser immer ausgeklügelter.

Aus den kleinen Handwerksbetrieben in Velbert entstanden im vorigen Jahrhundert Fabriken. Und mit dem Anschluß an das Eisenbahnnetz Anno 1888 eroberte sich die bis dahin kleine Landgemeinde auch die Märkte des In- und Auslands.

Besonders groß war die Vielfalt technischer Neuerungen bei Bank- und Tresorschlössern; doch nur jene Erfindungen setzten sich durch, die sich auch für die industrielle Massenfertigung eigneten. Die Elektronik zeigt sich ebenfalls im Velberter Schloßmuseum nur als Hebel oder Knopf – das Kapitel der prächtigen Museumsstücke ist damit geschlossen. CLAUDIA TOBLER

Elektronische Fallen machen den Gaunern das Leben schwer

Überfall- und Einbruchmelder-Anlagen zur Überwachung von Industrieobjekten bestehen aus Einbruchmelder-Zentrale, Überfall- und Einbruchmelder (Sensoren und Detektoren), Scharfschalte-Einrichtung und Signalgeräten. Die Einbruchmelder-Zentrale ist also das Kernelement jeder Einbruchmelder-Anlage. Mit einer neuen Generation der Mikroprozessor-gesteuerten Zentrale ist es wirtschaftlich vertretbar, noch höherwertige Linientechniken anzuwenden. Dabei wird es möglich, einen erweiterten Informationsgehalt bei gleichzeitig reduziertem Leitungsnetz und erhöhter Übertragungssicherheit zu übermitteln. Bei dieser intelligenten Linientechnik erfolgt zwischen Meldungsgeber und Alarmzentrale ein ständiger Datenaustausch. So kann eine Vielzahl von Meldungsgebern an eine einzige Linie (Primärleitung) der Einbruchmelder-Zentrale angeschlossen werden.

Die Tatsache, daß es eine Vielzahl von Systemen gibt, bestätigt: Ein Universalitätsprinzip für ein physikalisches System oder ein Melder- oder Detektionsverfahren gibt es wohl kaum. Auf elektromechanische Einbruchmelder kann noch nicht verzichtet werden. Geeignet hierfür sind vornehmlich Magnet-, Falz- und Riegelkontakte, auch Vibrations- oder Erschütterungsmelder, Tretmatten, Reißmelder (elektrisch leitende Folie) oder stromdurchflossene Leiter in Glasscheiben.

Zu den elektronischen Einbruchmelder-Systemen zählen Körperschallmelder für Wand-, Decken- und Fußbodensicherung und passive oder aktive Glasbruchsensoren zur Glasflächenüberwachung, Infrarot- oder Mikrowellenschranken zum Überwachen langer Korridore, Lagerhallen, Fensterfronten, vorzugsweise als Großraumfallensicherung. Ein anderes Überwachungsverfahren sind Ultraschall- oder Mikrowellenbewegungsmelder. Eine solche Sender/Empfänger-Kombination ist besonders für Räume mittlerer Größe geeignet.

Optimaler Schutz

Der passive Infrarot-Bewegungsmelder kann für die volle Raumerfassung und zur Teilraumüberwachung eingesetzt werden. Das Feldänderungsverfahren wird seit Jahren in der Sicherungstechnik eingesetzt und ist kaum empfindlich gegen elektrische Störeinflüsse; es wird vornehmlich zur Objektsicherung verwendet.

Für die Schaltung eines Alarmsignals ist eine elektrische Schalteinrichtung notwendig, die gleichzeitig eine mechanische Verriegelung sicherstellt. Auch die Kombination der Schalt- und Verschlußeinrichtung mit den Zahlenkombinationsschlössern oder Code-Schaltern ist möglich.

Die Alarmdurchschaltung kann sich sowohl auf örtliche, optische und akustische Signalgeräte wie auch auf automatische Telefonwählgeräte oder stille Alarmierungen zur Bewachungsgesellschaft oder zur Polizei erstrecken.

Für eine wirkungsvolle Sicherheit in Betrieben reicht der mechanische Schutz oftmals nicht mehr aus. Der verständliche Wunsch nach noch mehr Sicherheit führt fast zwangsläufig zur Forderung, bereits Eindringversuche in das Gelände durch eine elektronische Vorfeldüberwachung zu erkennen.

Durch die Verbindung von elektronischen Freiland-Überwachungssystemen mit Zäunen oder Mauern wird ein zusätzlicher mechanischer Widerstand an die Geländeperipherie vorverlegt. Freigeländesysteme verfügen nicht über den gleichen Stellenwert wie Einbruchmelder-Anlagen zur Innenraumsicherung. Um dies zu erreichen, wären Einrichtungen erforderlich, die das gesamte Areal haubenförmig, also auch von oben, überdecken. Diese Art der Überwachung ist nicht oder nur mit hohen Kosten realisierbar.

So kommt der Freigeländeüberwachung eher die Aufgabe einer „Fallensicherung" in Form eines Überwachungsgürtels zu, deren Wirksamkeit von drei Faktoren bestimmt ist: Produktqualität, fachgerechte Installation, gewissenhafte Betreuung. Die Zuverlässigkeit von Freiland-Überwachungssystemen ist gekennzeichnet durch hohe Sabotagesicherheit, hohe Ansprechsicherheit, kleine Fehlalarmrate.

Der Ellipsen-Trick

Nach den praktischen Erfahrungen haben sich folgende Verfahren durchgesetzt: Das wohl am häufigsten eingesetzte System ist die Mikrowellen-Richtstrecke; besondere Merkmale: Zwischen Sender und Empfänger wird ein elektromagnetisches Feld mit der Form einer Ellipse aufgebaut. Durch diese Anordnung des Detektionsfeldes wird die Überwachung in der vertikalen wie auch in der horizontalen Ebene sichergestellt.

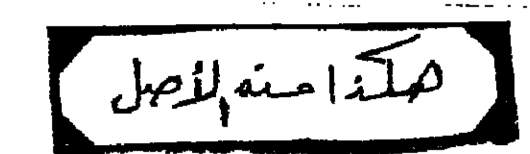
Auf unebenem Gelände werden entlang der Grundstücksgrenze mehrere Drähte gespannt, die ein kapazitives Feld bilden: Änderungen dieses Feldes durch eine sich nähernde Person lösen Alarm aus.

Ein preiswertes Überwachungsverfahren ist die Detektion von Zäunen durch mechanische oder elektronische Zaunsensoren, die den Vorteil haben, besser zwischen umgebungsbedingten Zaunerschütterungen und echtem Angriff zu unterscheiden. Ein Alarm bei diesen Systemen erfolgt, wenn das Zaungeflecht durchschnitten oder überstiegen wird. Ein Überspringen oder Unterkriechen des Zaunes kann nicht mehr gemeldet werden.

Immer bedeutsamer wird die Gruppe der Bodenmelder, also Sensoren, die im Boden vergraben sind. Es sind grundsätzlich sogenannte aktive und passive Bodenmeldersysteme zu unterscheiden. Bei den passiven handelt es sich um pneumatisch oder hydraulisch wirkende – unsichtbare – Systeme, die auf Druckänderung oder Trittschall reagieren. Die aktiven Bodenmelder verfügen über ein breites Anwendungsgebiet; zwei oder mehr Kabel werden parallel in das Erdreich verlegt, wobei eines der Kabel als Sender, das andere als Empfänger wirkt. Dazwischen wird ein elektromagnetisches Feld in Form einer Ellipse aufgebaut, das oberirdisch etwa ein Meter in der Höhe erreicht.

Der erforderliche Kostenaufwand muß für jedes Objekt neu ermittelt werden. Grundsätzlich handelt das erfahrene Fachunternehmen nach dem Leitmotiv, den Sicherungsbereich so klein wie möglich, den Sicherungsumfang nur so groß wie unbedingt erforderlich zu wählen.

HARALD HAHN



Handbuch fürs Grab

A.W. – Ein ungeheurer Wälzer plumpste der Redaktion auf den Tisch: das „Handbuch zur kritischen Auswahl der Materialien für gesundes Bauen und Einrichten" mit dem zähnefletschenden Obertitel „Wohngifte". Auf annähernd achthundert Seiten wird da aufgelistet, was so alles unser Leben verkürzt am häuslichen Herd. Rechts steht der Name des Produkts und wo in der Wohnung es eingebaut ist, in der Mitte erfährt man, was es alles auslöst, und rechts ist das endgültige Urteil des „Handbuchs" vermerkt. Eine wahre Schreckenskammer, dieses Handbuch.

Die Mittelspalte wimmelt nur so von Angaben wie „Krebs", „Allergie", „Schwäche", „Müdigkeit", „Kopfschmerzen", „Veränderungen am Erbgut", und die rechte Spalte wiederholt monoton immer nur dasselbe Wort: „Abzuraten, abzuraten, abzuraten... Nach zwanzig, dreißig Seiten findet man vielleicht einmal die Qualifikation „Gesundheitliche Unbedenklichkeit nicht zweifelsfrei erwiesen" und das Urteil „Mit Vorbehalt zu empfehlen", aber das ist auch das äußerste Zugeständnis.

Wer das Buch ernst nimmt, der müßte sofort aus seiner Wohnung ausziehen wegen all der hochgiftigen Dämpfe und Hautkontakte und künftig nur noch im Freien kampieren. Und er dürfte nicht einmal einen Regenschirm mitnehmen, um sich vor eventuell saurem Regen zu schützen, denn das Material, aus dem der Regenschirm gemacht ist, ist noch viel giftiger als saurer Regen.

Wie sagt der Volksmund? „Das Leben ist gefährlich, denn es endet meistens tödlich." Und: „Die meisten Menschen sterben zu Hause in ihrer Wohnung." Da haben wir's! Aber hat schon einmal einer untersucht, aus welchen hochgiftigen Materialien das „Kritische Handbuch" selbst gefertigt ist? O weh, es enthält ja Weißmacher, und die verursachen Allergie und Schleimhautreizungen! Abzuraten!

Offenbachs „Papillon"

Der Zauber der bösen Hexe Hamza

Zwei Jahre nach der Uraufführung des Offenbach Balletts „Papillon" erlag Emma Livry, der neue Star am Pariser Opernhimmel, ihren Brandverletzungen, die sie sich bei der Generalprobe von Aubers „Stummen von Portici" zugezogen hatte, als ihr Kostüm Feuer fing. Mit der 21jährigen starb auch das Werk, mit dem Marie Taglioni eine Zeit wiedererstehen lassen wollte, die längst dem Untergang geweiht war.

Wenn nicht hundert Jahre später das Orchestermaterial im Archiv der Pariser Opéra wiederentdeckt, wenn nicht Richard Bonynge, der Dirigent mit dem historischen Fingerspitzengefühl, das Werk durch die Schallplatte wieder populär gemacht hätte, wäre „Le Papillon" wohl ausschließlich ein Fall für die Ballettgeschichte. So freilich schlüpft dann und wann aus dem Kokon der Vergangenheit ein leichtfüßiges Geschöpf, um, aufs neue verwandelt, die Zeitlosigkeit des Tanzes zu beweisen.

In München flatterte der „Schmetterling" bereits 1982 mit Hilfe von Edmund Gleede und Gray Veredon etwas flügellahm über die Bühne des Nationaltheaters. Und dort hat sich eben Ronald Hynd zu Beginn seiner zweiten Direktionsära jenes zauberhaften Mädchens erinnert, das von der bösen Hexe Hamza in ein Wesen verwandelt wird, das ihr bei der Jagd nach einem Bräutigam nicht mehr gefährlich werden kann: in einen Schmetterling eben.

Um das Wunder, das die Zuschauer anno 1860 so beeindruckt hat, heutzutage noch begreiflich zu machen, bedarf es allerdings etwas mehr als nur der schwarzen Bühnenkünste. Hynd zieht an allen Drähten, um die Bodenständigkeit seiner Ballerina für ein paar Augenblicke außer Kraft zu setzen. Er läßt Blitze zucken, entfesselt im Finale gar einen Feuerzauber. Aber seine choreographische Magie hat ihre Wirksamkeit verloren – wie die Krücke, mit der Hamza ihre Widersacherin zu verhexen pflegt. Seine Einstudierung hat nichts mehr von der Leichtigkeit, ohne die der „Papillon" nicht lebensfähig scheint.

Weil er den „Schmetterling" nie richtig ernst nimmt, fällt er immer wieder auf die Nase. Mit seiner parodistischen Derbheit verdirbt er sich alle Möglichkeiten, den Zauber, den Offenbachs Komposition in so überreichem Maße besitzt, für sich und seine Tänzer nutzbar zu machen. Er zitiert Ballettgeschichte, verweist auf „La Sylphide", „Giselle" und andere Stücke. Doch er zieht aus dem Zusammenhang für Joyce Cuoco (Papillon), Ferenc Barbay (Hamza) und Peter Breuer (ein Schah) keinen Gewinn. In den geborgten Kulissen des Royal Baletts bleibt ihnen keine Zeit, sich als Charaktere zu entfalten.

HARTMUT REGITZ

Konsolidierung im Schmuddellook: Deutscher Soziologentag in Dortmund

Die Macht der Nebenfolgen

Die real existierende Soziologie ließ sich vom 9.–12. Oktober in Dortmund besichtigen. Dort gab es den 22. Deutschen *Soziologentag*, mit nahezu 2000 Teilnehmern die repräsentativste Selbstdarstellung. Sie gab allen recht: den Kritikern eines oft ideologisierten und noch häufiger abstrus redenden Faches, der Larmoyanz nicht weniger Soziologen selbst, aber auch dem Selbstbewußtsein insbesondere empirischer Sozialforscher. „Der Soziologie geht es gegenwärtig erheblich besser, als man dies angesichts der... Kassandrarufe prominenter Kollegen und ... des Tenors mancher Pressekommentare glauben könnte", meinte der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), Burkart Lutz (München).

Flugblätter, Wandzeitungen zur Befreiung von diesem und jenem, Resolutionen für irgend etwas usw. gibt es heute auf Soziologentagen kaum noch. Dennoch ist ein Soziologentag optisch immer noch eine anti-bürgerliche Veranstaltung. Der Schmuddellook dominiert. Der Kongreß sieht der Lehrerversammlung einer vergammelten Gesamtschule ziemlich ähnlich, einem Mediziner-Kongreß aber sehr unähnlich.

Die Optik ist nicht belanglos: Sie soll die Herrschaft einer unbürgerlichen Lebens- und Denkweise demonstrieren. Leider gilt dies auch für die Vortrags- und Diskussionsformen. Ein großer Teil der Vorträge ist genuschelt, Sätze bleiben unvollständig, der Aufbau der Referate ist oft konfus, Unbestimmtheit kennzeichnet die Argumentationsweise. Zwischen 35 und 45 Jahren – so Alter erkennbar ist – herrscht das „Du" des *frère cochon*. Man will anti-elitär sein, aber man brauchte die Nichtzugehörigkeit zu einer Elite gar nicht erst zu demonstrieren.

Aber es gab auch Beiträge, die jeder Gelehrtenversammlung zur Zierde gereichen würden, z. B. das Einleitungsreferat von Renate Mayntz (Köln). „In der Mikro-Soziologie und in den Bindestrich-Soziologien", meinte sie, „findet zur Zeit nicht nur ein Wechsel von theoretischen Ansätzen, sondern auch ein Wachstum empirisch zunehmend gesicherter Theorien mittlerer Reichweite statt." Für das Verständnis von Abläufen in Verbänden, Familie und Betrieb, kommunalen Machtstrukturen und politischen Wahlen sei inzwischen die Soziologie gut entwickelt.

Gesamtgesellschaftliche Dynamik vorausschauend zu analysieren und zu steuern sei wegen der Bedeutung von Eigendynamik der Vorgänge sehr schwierig geworden, fuhr Frau Mayntz fort. In der Analyse dieser Schwierigkeiten sei es zu einer Renaissance des Interesses an den unbeabsichtigten Handlungsfolgen gekommen, was bereits das zentrale Thema der schottischen Moralphilosophen war. Nicht zuletzt seien gesellschaftliche Entwicklungen so schwierig zu beeinflussen, weil Menschen und Gebilde reaktiv seien, nämlich auf Beeinflussungen reagieren.

Für komplexe Verläufe sind sehr oft die unbeabsichtigten Folgen wichtiger als die Absichten der Handelnden. Werden die Mechanismen für *Eigendynamik*, unbeabsichtigte *Folgen*, Reaktivität und sich selbst erfüllende Voraussagen besser geklärt, dann besteht auch eine bessere Chance für die Steuerung von Makro-Abläufen. Im Augenblick ist jedoch vielleicht die wichtigste Einsicht, daß der Voluntarismus (wie er nach dem Abebben der Reformitis Anfang der sechziger Jahre jetzt wieder mit den Grünen Konjunktur hat) fast immer unangebracht ist.

Friedrich Tenbruck (Tübingen) war freilich völlig anderer Auffassung als Frau Mayntz, was die Kompetenz von Soziologie betrifft. Laut Tenbruck sei Soziologie zu einer Schlüsseldisziplin geworden, die mit ihrer Denkweise viele Geisteswissenschaften und auch die öffentliche Diskussion kolonialisiert habe. Und dabei handle es sich um eine Soziologie, die in der bloßen Übernahme amerikanischer Methoden bestehe und die deshalb ungeeignet sei, die deutsche Gesellschaft zu verstehen.

So Tenbruck in der Sektionssitzung „Die Soziologie und ihre Kritiker". Dem Referenten fiel die Aufgabe zu, ihm zu widersprechen. Meine These: Die Vorstellung von Soziologie als amerikanische Kolonialisierung ist abstrus – schon deshalb, weil die Flucht deutscher Soziologen vor Hitler nach Amerika die dortige Soziologie und Sozialforschung nachhaltig beeinflußte und viele bedeutende Sozialwissenschaftler der USA in Westeuropa studierten. Tenbrucks Äußerungen über die Wirkung von Soziologie und Sozialforschung müssen so lange wertlos bleiben, wie er keine Wirkungsforschung treibt, sondern seine privaten Erlebnisse ungeprüft verallgemeinert.

Zu grundsätzlichen Kontroversen kam es auch in der Plenarsitzung „Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland". Zwei Mitglieder einer Arbeitsgruppe, die noch der vormalige Justizminister der FDP, Werner Maihofer, zusammengesucht hatte, repräsentierten entgegengesetzte Schauweisen.

Fritz Sack (Hamburg) kritisierte an der kriminalsoziologischen Forschung zum Terrorismus, daß sie den staatlichen „Verwertungszumutungen... weitgehend willfahren hat". Sack weigerte sich, die Terroristen und deren Sympathisanten zu untersuchen, und konzentrierte sich allein auf die staatlichen Akteure, „weil in Folge der Legimität physischer Gewaltanwendung ... eines berufsrollenmäßigen, normalisierten Umgangs mit Gewalt die Wahrscheinlichkeit der Einführung von Gewalt in einen Konflikt der hier untersuchten Art auf seiten der staatlichen Konfliktpartner am größten ist".

Dieser Kennzeichnung staatlichen Reagierens auf Terrorakte widersprach Friedhelm Neidhardt (Köln). Sack habe in seiner Wertung die Gesellschaft ganz ausgeblendet. Diese habe auf linksextremistische Gewalt zunehmend fordernd reagiert, und verglichen mit diesen Erwartungen in der Bevölkerung habe der Staat sich eher vorsichtig verhalten. Die ganze Perspektive von Sack muß nach dem Ansatz von Neidhardt als schlicht un*soziologisch* verstanden werden. Beim Terrorismus gehe es nicht um das von ihm ausgeübte Quantum an Gewalt, sondern um den Anspruch, die eigene Gewalt sei legitim, die des Staates illegitim.

„Sein Rechtmäßigkeitsanspruch kollidiert mit dem Gewaltmonopolanspruch aller modernen Staaten", sagte Neidhardt, „es gibt keine Kompromißchance." Der Terrorismus der Bombenleger werde in der Regel von machtlosen kleinen Gruppen organisiert, die über die Medien Gewaltakte von begrenzter Bedeutung zu Testfragen machen wollten. „Ihr Angriff reizt vor allem durch eine Symbolik: Die Gewalt werde propagandistisch geplant."

Einen zunehmenden Pluralismus und Subjektivismus sieht Kurt Lüscher (Konstanz) als die wichtigste Entwicklung in der Familie der modernen Gesellschaften. Subjektive und private Perspektiven würden im Gegensatz zu öffentlichen und religiösen Erwartungen an das Verhalten immer wichtiger. Darauf folgten höhere Anforderungen an die Individuen. Lüscher wies die Vorstellung zurück, nun würden alternative Lebensgemeinschaften an die Stelle der Familie als Paarbeziehung mit Kindern treten. Zweifellos verflüssigten sich jedoch soziale Strukturen. Was in Utopien als Entlastung der Menschen von religiösen und gesellschaftlichen Zwängen herbeigesehnt werde, erweise sich nach Eintreffen sehr oft als eine Erhöhung der Anforderungen.

Was der 22. Deutsche Soziologentag wirklich bedeutete – für die Soziologie und darüber hinaus –, wird sich erst nach einiger Zeit sagen lassen. Hier und heute konnte nur berichtet werden, wie er ausschaute, und auch das nur mit ausgewählten Eindrücken als Grundlage. Vielleicht hat Burkart Lutz noch die beste Übersicht. In seiner Bestandsaufnahme des Zustands der Profession nannte er eine Reihe Pluspunkte. Dazu gehöre die Infrastruktur der Forschung, die zwar unzureichend institutionalisiert sei, aber doch gut funktioniere. In der Tat: Gerade die Bundesrepublik hat ein gut ausgebautes Netz von Informations-, Beratungs- und Dateneinrichtungen für empirische Forschung mit den neuesten technischen Hilfsmitteln. Man sollte mit diesem feinen Instrument nur sorgsamer umgehen. Niedersachsen etwa zu Zeiten des Bildungsministers von Oertzen ist ein schlimmes Beispiel für die Verheerungen, die die Politisierung von Personalentscheidungen dauerhaft zur Folge hatte.

Man weiß nicht, ob es in der Soziologie heute mehr unzureichend oder nur mäßig qualifizierte Positionen gibt als in anderen Fächern. Sicher ist dagegen leider, daß ein nur mäßig guter Soziologe zumeist unbrauchbar ist, anders als ein nur mäßig qualifizierter Jurist oder Volkswirt. Soziologentage liefern hierfür Anschauungsmaterial.

ERWIN K. SCHEUCH

Höhr-Grenzhausen zeigt „Zeitgenössische Keramik aus der Sowjetunion"

Zwei Röhrenvasen als Kanonenrohre

Olga Tscherniak, 1957 geboren, ist die jüngste unter dem knappen halben Hundert Töpfern, die die „Zeitgenössische Keramik aus der Sowjetunion" im Keramikmuseum Westerwald in Höhr-Grenzhausen repräsentieren. Ihre „Erinnerungen an die See", ein Ensemble aus fünf kleinen kieselrunden Tonflaschen in dezenten Farben und mit einem an vom Wasser abgeschliffene Steine erinnernden Dekor, sind die überzeugendste Arbeit unter den fast vierhundert Beispielen künstlerischer *und volkskünstlerischer Keramik.*

Wie weit die Auswahl repräsentativ ist, wissen die Veranstalter selbst nicht. Sie wurde vom Ministerium für Kultur der UdSSR zusammengestellt, das auch die Materialien für den Katalog zulieferte. So sind darin die einzelnen Künstler nicht nur nach dem kyrillischen Alphabet geordnet (und nicht durch ein Register erschlossen), sondern man findet in der Ausstellung manchen, den der Katalog nicht verzeichnet und umgekehrt.

Nimmt man die Übersicht fürs Ganze, so scheinen die akademisch ausgebildeten Keramiker – anders als die Volkskünstler – dem schönen und praktischen Gefäß nichts abgewinnen zu können. Eine Ausnahme sind nur die großen Schalen mit weißer krakelierter Glasur, durch die der kräftig blaue Untergrund durchscheint, von Leo Rochlin, die salzglasierten braunen Vasen von Silvia Schmidkena und Leon Lukscho und die volkstümliche Formen aufgreifenden Vasen von Skajdrite Zichowska.

Wie auch beim Kunstgewerbe in der „DDR" zu beobachten, ist offenbar die Keramik in der Sowjetunion ein Experimentierfeld für Formspielereien, die den Bildhauern und Malern nicht zugebilligt werden. Man versucht sich im Abstrakten, auch wenn die Ergebnisse nicht zu überzeugen vermögen. Da werden Kugelvasen aus verschiedenfarbigen Tonstreifen so locker aufgebaut, daß sie kein Wasser aufnehmen können (Nathalie Poltorazkaja), oder sie werden wie ein Fußball ohne Luft verknautscht (Leo Solodkow). Bei Wandtellern muß eine Ecke fehlen oder ein Segment ausgeschnitten sein, offenbar um der konventionellen Bemalung ein „modernes" Element entgegenzusetzen (Wladimir Wasilkowskij), eine Manie, die bei uns in der Nierentischzeit grassierte.

Eigenartigerweise sind nur wenige Stücke mit interessanten Oberflächenstrukturen oder schönen Glasuren dabei. Dafür findet man so manches, was hiesigen Töpfern als übelster Kitsch angekreidet würde, z. B. der altarähnliche Aufbau „Selig ist jeder Lebendige" aus Paravents, Nischen, Tellern und Figuren in weißem Porzellan mit roter und goldener Bemalung (Olga Olewskaja), das Arrangement aus Staffelei mit einem Gemälde, einem Hocker, auf dem die Palette neben einer Miniaturvase liegt, und einem weiteren Gemälde daneben, ganz naturalistisch ausgeführt, schön bunt bemalt und mit glänzender Glasur überzogen (Nathalie Rotanowa), oder „Mein Zeughaus" von Wassilij Zygankow mit Keramikkanonen, deren Räder Teller, deren Geschütze Röhrenvasen sind.



Sicher in der Überlieferung: Traditioneller Kwaskrug, aus der Ausstellung in Höhr-Grenzhausen FOTO: FOTO-STUDIO BAUMANN

So gleicht der Gang durch diese Ausstellung der Reise in ein Land, in dem anscheinend unsere ästhetischen Maßstäbe nicht gelten (oder allenfalls die der Kaufhauskunst). Trotzdem sind darunter einzelne Stücke, die vom Thema her reizen, wie die „Häuser, die nicht mehr da sind" von Aldona Ionuschkajte-Schaltjanene, eine Gruppe von sieben zerfallenen oder abgebrannten Häusern, oder die wegen des ungewöhnlichen Dekors auffallenden abstrakten Fliesen von Victor Chan, oder die „Familie" aus sieben steinrauhen steinartigen Stelen von Wladimir Ziwin, die sich durch die Strenge ihrer Form bei einer undekorierten rauhen Oberfläche von den anderen Arbeiten abhebt.

Die überzeugendsten Beispiele sind allerdings nicht der „freien Keramik" zuzurechnen, sondern entstammen einer kunstvollen Volkstradition. Es sind die Kwaskannen von Alexander Rozhko und Nelli Nasanowa (die der Katalog überhaupt nicht erwähnt). Der Kannenkörper wird da kunstvoll aus mehreren Hohlringen gebildet und die Oberfläche ist mit reichem Reliefornamenten und Figurenschmuck verziert. (Bis 25. Nov.; Katalog 20 Mark)

PETER DITTMAR



Liebte die ironische Attitüde: „Selbstbildnis im Karneval" von Karl Schwesig" (1930) FOTO: FRÖLICH & KAUFMANN

Gert Wolheim und Karl Schwesig in Düsseldorf

Mutter Eys Künstler

Seit einigen Jahren ist man in Düsseldorf mit Eifer dabei, die eigenen zwanziger Jahre neu zu entdecken und systematisch aufzuarbeiten. Das Stadtmuseum unter Wieland Koenig und die ihm fast benachbarte Galerie Remmert und Barth arbeiten dabei fruchtbar Hand in Hand. Da wie dort sah man seit 1980 Ausstellungen von Carl Barth, Matthias Barz, Trude Brück, Franz M. Jansen, Will Küpper, Carl Lauterbach, Julo Levin, Peter Ludwigs, Franz Monjau, Hanna Fonk und anderen aus dem Künstlerkreis um Johanna Ey.

Dazu gehören auch Gert Heinrich Wollheim und Karl Schwesig. Schwesig wurde bereits von Remmert und Barth vor drei Jahren mit einer größeren Werkauswahl vorgestellt, Wollheim war im Frühjahr im Düsseldorfer Stadtmuseum mit Gemälden und Zeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg zu sehen. Diese (zum ersten Mal) ausgestellten Arbeiten hat die Witwe des Künstlers dem Düsseldorfer Museum jetzt geschenkt.

Stellte sich in jener Ausstellung gewissermaßen Wollheims Weg bis Düsseldorf dar, so zeigen Remmert und Barth zur Zeit seine Fortsetzung. Mit 100 Bildern und grafischen Arbeiten gibt die Galerie eine Übersicht über Wolheims „wilde Jahre" von 1919 bis zu seinem „Abschied von Düsseldorf" 1925, den er in einem gleichnamigen Gemälde dargestellt hat. Mit Wollheim verlor das Düsseldorfer Kunstleben eine seiner farbigsten Persönlichkeiten. Er war die führende und treibende Kraft des „Jungen Rheinland" und der Ey-Galerie. Er trat gleichermaßen als Schriftsteller, Journalist und Dramatiker hervor. Von allen, die ihn kannten, wurde er als ein „Feuerkopf" bezeichnet, für die Kritik blieb er ein „Erzproblematiker".

Wolheims Bilder sind keiner Schule, keinem Ismus zuzuordnen. Ein expressiver Realismus, der oft zu einem krassen Verismus, nicht selten zum Surrealismus tendiert und dem auch lyrische Stimmungen nicht fremd sind, diente ihm gleichermaßen zu leidenschaftlicher, wütender Anklage und zur bissigen, bisweilen heiteren, doch zumeist schwermütigen Ironie und Selbstironie.

Zu Wollheims engsten Freunden zählte der kleine Karl Schwesig aus Gelsenkirchen, der gleichfalls als Schriftsteller und Journalist auch „außerkünstlerische Wirkungsabsichten" verfolgte. Das machte ihn 1933 selber zum Verfolgten. Er wurde von den Nazis in dem berüchtigten „Schlegelkeller" brutal gefoltert; in seiner Haftzeit entstand die gleichnamige Folge von 50 Federzeichnungen, „die zeigen, wieviel ein Volk leiden kann", wie Heinrich Mann seinerzeit in einem Vorwort schrieb.

Mit Hilfe von Freunden gelang Schwesig später die Flucht nach Belgien; aber auch dort fanden ihn 1940 die Verfolger, und sein Leidensweg begann von neuem: Internierung, Gefängnisse, Lager in Belgien und Frankreich, zuletzt wieder in Düsseldorf, Zwangsarbeit und erneute Verhaftung, Gefängnis bis Kriegsende. Schwesig starb im Sommer 1955 in Düsseldorf.

Niemand wird nach Kenntnis dieses Schicksals über den engen Zusammenhang von Werk und Lebenslauf des Malers Karl Schwesig überrascht sein. Was immer ihm widerfuhr, er hörte nicht auf zu malen. In einem südfranzösischen Lager zeichnete er einen „Westentaschenkalender", winzige Blätter von der Größe einer Streichholzschachtel, über die Leiden der Inhaftierten aus Deutschland und Spanien. Diese Miniaturen (die auch ausgestellt sind) benutzte Schwesig nach dem Krieg als Vorlage für die Radierfolge „Los Inutiles" (Die Nutzlosen). Doch gleichzeitig entstanden in den letzten Lebensjahren erstaunlich helle und geradezu heitere Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen mit Rhein-, Mosel- und Eifellandschaften, Figuren und blühenden Gärten.

Die heitere Schönheit von Mensch und Landschaft entsprach dem ursprünglichen Lebensgefühl dieses Künstlers, der uns als ein ebenso temperamentvoller wie sensibler Mensch und großer Spaßmacher geschildert wird, und der uns mit seinen frühen Bildern liebenswürdige Zeugnisse eines lyrischen und farbenfrohen rheinischen Expressionismus hinterließ. (Wollheim bis 24. Nov.; Katalog 36 Mark; Schwesig bis 28. Okt.; Katalog, Frölich & Kaufmann, 30 Mark).

EO PLUNIEN

Raimunds „Diamant des Geisterkönigs" in Wien

Durch Hoffnung gerettet

Hans Hollmann wurde gefragt, wie er, der fortschrittliche, aber doch feinfühlige Regisseur, darauf verfallen konnte, das obsolete Märchenspiel Raimunds „Der Diamant des Geisterkönigs" im Burgtheater zu inszenieren, worauf er, ein neuer Hollmann, auf das wieder spürbare Bedürfnis der Menschen nach Zärtlichkeit, auf die neue Lust am Träumen verwies. Das solle man in seiner Inszenierung sehen.

Aber dem Traum ging notwendig der Schlaf voraus, den die breit ausgespielten Szenen und die sowohl großartige als zeitraubende Technik sanft spendeten. Das merkwürdige dabei war, daß die Erquickung ausblieb. Das war kein Geisterkönig, wie man ihn gewöhnt war, aber auch kein neuer, dem *man anhängen konnte*, obwohl Wolfgang Hübsch die verschlüsselte Figur des guten Kaisers Franz mit braver Bonhomie und versteckter Hinterhältigkeit vorzüglich wiederzugeben wußte. Aber freilich, was einmal gefährliche Satire gewesen war, war abgemattet wie ein oft gehörter Witz.

Die zweite Hauptfigur des Eduard Zephises, der von seinem verstorbenen Vater in höchster Not Rat erbittet, worauf dieser, aus der Erde auftauchend, die tiefsinnigen Worte spricht: „Ich bin dein Vater Zephises und habe dir nichts zu sagen – als dieses", wurde höchst eindrucksvoll von Walter Langer zelebriert. Den vorweggenommenen Halbstarken gab Oliver Stern mehr kindlich als geldgierig, obwohl doch das Stück darauf beruht, daß der Maßlose gar nicht genug kriegen kann, kaum, daß er aus der Bredouille heraus ist.

Eine in Wien bislang unbekannte Darstellerin, Michaela Pilss, gewann der unsterblichen Mariandel nicht ohne Grazie die erwarteten komischen Seiten ab, denen sich der immer vorzügliche Robert Meyer als wortgewandter Bedienter passend gesellte.

Für das Publikum aber war das Auftreten des Dioskurenpaares Paula Wessely und Attila Hörbiger die eigentliche Sensation, die mit langen Beifallsserien quittiert wurde, soweit dies eben die beiden kleinen Rollen zuließen: Hörbiger als „Winter" in stilvoller Senilität und Frau Wessely als „Hoffnung" mit schönster Klarheit. Nach langer Zeit und ebenfalls als Ausnahmeerscheinung konnte man auch wieder Hilde Wagener und Richard Eybner auf der Bühne sehen.

Reizende Einfälle, wie der, die antichambrierenden Zauberer in Biedermeier-Kostüme und -Uniformen zu kleiden, den „Kaiser" in bockiger Tiroler Tracht auftreten zu lassen, Feentänze und ähnliches konnten doch nicht über die allzu langatmige Technik hinwegtäuschen, was sich letztlich in einem bald endenwollenden Beifall niederschlug.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Johann Sebastian Bach war kein armer Mann

dpa, Berlin

Gegen die Legenden, daß Johann Sebastian Bach ein armer Mann gewesen sei, haben sich Forscher der „DDR" auf einer Tagung in Eisenach gewandt. Das berühmte Bach-Denkmal vor der Leipziger Thomas-Kirche, das den Komponisten mit herausgestülpten Hosentaschen zeigt, sei nur der Reflex rührseliger Geschichten, die dem Zeitgeschmack des vorigen Jahrhunderts entsprachen. Mit mehr als tausend Talern Jahreseinkommen sei Bach tatsächlich durchaus wohlhabend gewesen. Er habe zu den Spitzenverdienern unter den Künstlern gehört. Allerdings habe der Thomaskantor mit Briefen und Eingaben an den Dresdner Hof selbst zu der Legendenbildung vom armen Komponisten beigetragen.

„Versunkene Welt" des Judentums

dpa, Wien

Die „versunkene Welt" des Judentums wird in einer Veranstaltungsreihe vom 30. Oktober bis zum 29. November in Wien dargestellt. Im Wiener Künstlerhaus wird eine Foto-Ausstellung über das Ostjudentum gezeigt. Ein Symposium vom 19. bis zum 22. November im Wiener Rathaus beschäftigt sich vorwiegend mit den Kulturleistungen des Judentums in Österreich vom 18. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg. Außerdem werden rund 60 Filme – Dokumentationswerke und Spielfilme über die jüdische Kultur, sowie alte Filme in jiddisch – vorgeführt.

Symposion über Zeitgeist und Jugend

DW. Hofgeismar

Mit dem Thema „Zeitgeist und Jugend" beschäftigt sich die Gesellschaft für Geistesgeschichte bei ihrer 27. Jahrestagung vom 25. bis 28. Oktober in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. U.a. sprechen die Professoren Gertrud Höhler, Alfons Silbermann, Joachim Knoll über die geistigen Wurzeln der Jugendbewegungen und den Wertewandel in unserer Gesellschaft.

Ehrung für die Junge Deutsche Philharmonie

DW. Frankfurt

Die „Frankfurter Mozart-Medaille" wurde in diesem Jahr der „Jungen Deutschen Philharmonie" zuerkannt. Die Medaille wurde 1981 von dem Musikhistoriker Prof. Dr. Albert Richard Mohr gestiftet. Mit der „Jungen Deutschen Philharmonie" wird nach dem Dirigenten Karl Böhm, der Sängerin Elisabeth Schwarzkopf sowie dem Komponisten Mauricio Kagel erstmals ein künstlerisches Kollektiv mit der Mozart-Medaille ausgezeichnet.

Lan-yang-Tanzgruppe auf Gastpielreise

DW. Taiwan

Die Tanzgruppe des katholischen Jugendzentrums Lan-yang auf Taiwan unternimmt wieder eine Gastspielreise durch die Bundesrepublik. Sie tritt mit chinesischer Folklore u. a. in Bonn (16.10.), Troisdorf (17.), Köln (19.), Recklinghausen (20.), Asbach (21.), Kerpen (22.), Olpe (23.), Engelskirchen und Frechen (24.), Quadrath (25.), Burscheid (26.) Hürth (27.) und Essen (28.) auf. Anschließen ist die Gruppe in Österreich zu sehen.

Erster Preis an „I am Joe's eye"

wm. Marburg

Mit dem Großen Preis der Stadt Marburg wurde der amerikanische Film „I am Joe's eye" bei der 7. Medikinale in Marburg prämiert. Er schildert in humorvoller und eindrucksvoller Weise die Funktionen, Gefahren und Krankheiten des Auges. Die Hälfte der 18 ausgezeichneten Produktionen stammt aus der Bundesrepublik, in die andere Hälfte teilen sich Frankreich, Großbritannien, Schweden und die USA. Den Grand Prix der Universität Marburg für den überzeugendsten medizinisch-wisenschaftlichen Film erhielt die deutsche Produktion „Die Evolution einer Grenzfläche" von Günter Nöll.

Kunst zwischen Wort und Bild

DW. Lüdenscheid

Es ist eine Kunst, die ein wenig zwischen den Genres liegt, sie ist Bild, aber sie benutzt auch das Wort – als graphisches Element und als direkte Aussage. Dabei überschneiden sich Skripturale Malerei und Visuelle Poesie. In der Vergangenheit gab es wiederholt größere Präsentationen dieser Kunstform, doch in jüngster Zeit ist sie einwenig in den Hintergrund getreten. Dem will jetzt die Städtische Galerie Lüdenscheid mit der Ausstellung „Am Anfang war das Wort" entgegenwirken. Bis zum 21. Oktober sind dort die Arbeiten von 32 Künstlern aus Ost- und Westeuropa zu sehen, die auch in einem umfangreichen Katalog dokumentiert werden.

Wird jetzt gar ein Kuß zum tödlichen Risiko?

Washingtoner Kongreß: Neue Erkenntnisse über AIDS

J. AUMILLER, **Washington**

Aids, das vor vier Jahren erstmals beschriebene Krankheitsbild der erworbenen Immunschwäche, beschäftigt inzwischen eine Heerschar von Forschern. Auf dem 24. Kongreß der amerikanischen Mikrobiologen und Infektiologen vergangene Woche in Washington mit 7000 Teilnehmern häuften sich denn auch die wissenschaftlichen Meldungen über diese Schreckenskrankheit – leider keine guten.

Noch immer breitet sich diese rätselhafte Seuche aus. In den USA sind bereits mehr als 6300 Fälle registriert. Allerdings sei es, so berichtete J. R. Allen vom Center for Disease Control in Atlanta, zu unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der USA gekommen. Vor allem in New York fällt eine Verschiebung der Risikofaktoren auf. Hier ging der Anteil der homosexuellen Männer an den Neumeldungen von 74 auf 58 Prozent zurück, dagegen nahm die Gruppe der Drogenabhängigen, die an der Nadel hängen, von 19 auf 31 Prozent zu.

Alarmierend sind die Beobachtungen aus der Aids-Hochburg Haiti und aus Zentralafrika. In Haiti liegt der Anteil aidskranker Frauen bei elf Prozent, fast die Hälfte von ihnen hatte Bluttransfusionen bekommen. Die Inkubationszeit von Aids – die Zeit von der Ansteckung bis zum Krankheitsausbruch – beträgt etwa drei Jahre. Das ergab sich aus dem Zeitpunkt der Transfusion und der ersten Krankheitszeichen.

Kaum Zweifel bestehen an der Ursache dieser heute noch nicht heilbaren Zerstörung des Abwehrsystems. Die Wurzel des Übels liegt offenbar in einem Virus aus der Gruppe der Leukämie-Viren, in der Fachsprache mit HTLV III abgekürzt. Inzwischen sind Tests entwickelt worden, die nachweisen, ob sich das Immunsystem mit diesem Eindringling auseinandersetzen mußte. Falls ja, kommt es zur Bildung von Antikörpern gegen HTLV III – und die lassen sich dann im Blutserum aufspüren.

Aus dem konservierten Serum längst verstorbener afrikanischer Aids-Kranker weiß man heute, daß die Seuche nicht, wie bislang angenommen, in Haiti oder in den USA ihren Ausgang genommen hat, sondern aus Zentralafrika stammt. Diese These vertrat auf dem Washingtoner Kongreß der belgische Experte Nathan N. Clumeck vom Saint Pierre Hospital der Universität in Brüssel. Er berichtete über eine explosionsartige Aids-Epidemie in ganz Zentralafrika. Er selbst studierte die Situation in Zaire und Rwanda. Seine Botschaft stimmt sehr nachdenklich. Denn Aids suchte in Afrika nicht etwa Homosexuelle heim, sondern wird offenbar auf ganz normalem heterosexuellen Weg übertragen. Prostituierte und Männer mit häufig wechselnden Partnerinnen sind die Hauptbetroffenen. Danach ist Aids in Zentralafrika eine Geschlechtskrankheit – freilich eine tödliche.

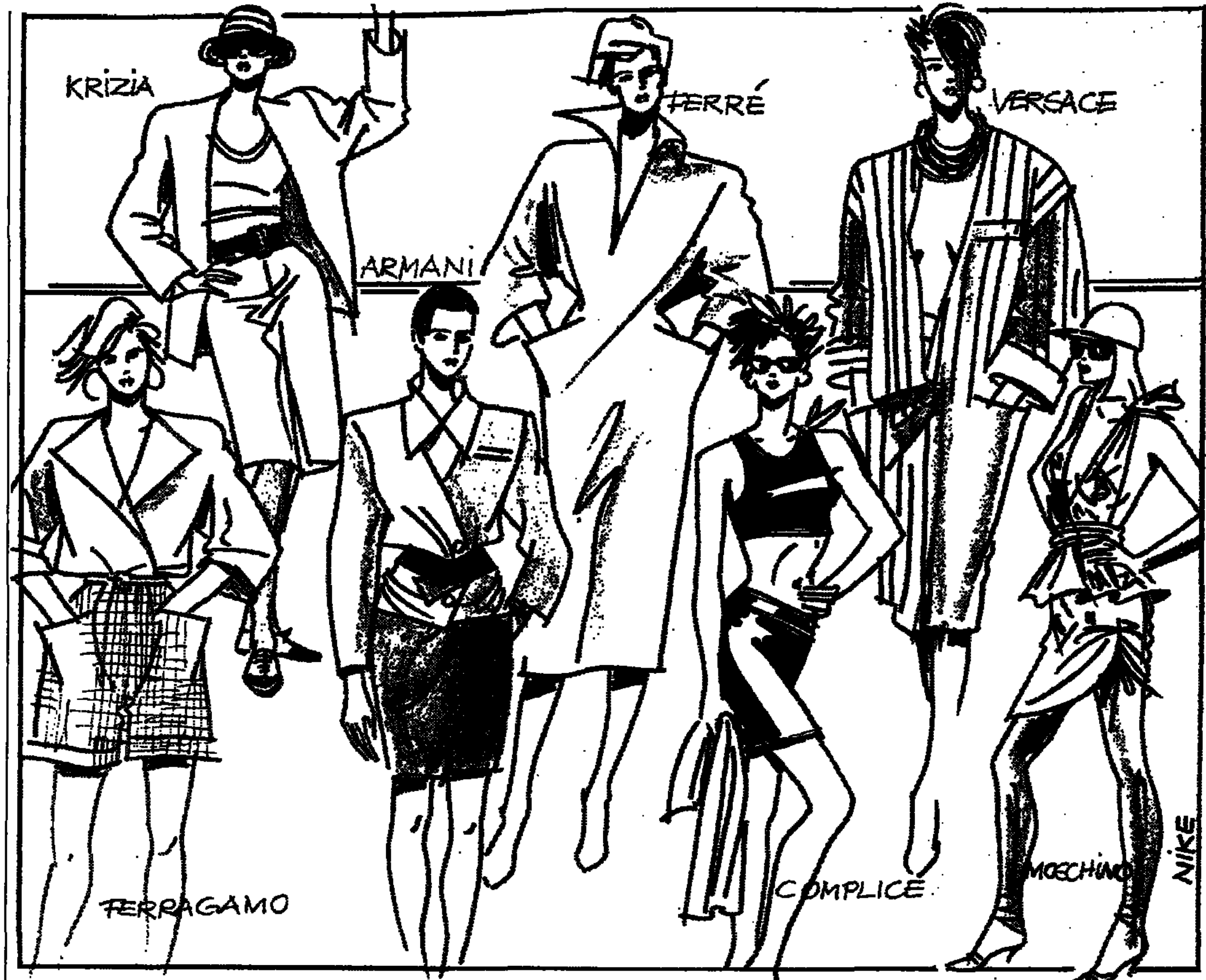
Auch in den USA weiß man, daß die Intimpartner von Aids-Kranken stark gefährdet sind. Außerdem ist inzwischen eine Reihe von Aids-Fällen bei Kindern bekannt geworden. Vermutlich erfolgte die Ansteckung bereits im Mutterleib.

Eine neue Welle der Aids-Hysterie könnte in den USA die Nachricht auslösen, die Ansteckung sei auch über den Speichel möglich. Entsprechende wissenschaftliche Daten sollen demnächst in der angesehenen Wissenschaftszeitschrift „Science" veröffentlicht werden; einige liegen bereits vor. Das Aids-Virus wurde bei acht von 18 Männern, die an einer Aids-Vorstufe erkrankt waren, im Speichel nachgewiesen. Studien bei 20 Aids-Kranken ergaben dagegen keinen einzigen positiven Befund.

Verantwortlich für den Report sind Jerome E. Groopman vom New England Deaconess Hospital in Boston sowie Robert C. Gallo vom nationalen Gesundheitsinstitut in Bethesda bei Washington D. C., zwei renommierte Wissenschaftler. Gallo wollte die Studie nicht hochspielen, im Gegenteil. Nach wie vor, so betonte er auf dem Kongreß, müsse der Übertragungsweg via Intimverkehr, sei es homo- oder heterosexuell, als der wichtigste angesehen werden.

Welche Rolle die Viruspräsenz im Speichel spiele, könne noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß beurteilt werden. Doch letztlich würde eine Bestätigung dieser Vermutungen bedeuten, daß die Aids-Viren schon durch Küssen weitergereicht werden könnten.

Auch in Europa macht Aids immer mehr von sich reden. Die Schweiz hat übrigens eine führende Rolle übernommen: Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind hier am meisten Aids-Fälle registriert worden: 31, davon 15 im Raum Zürich. In der Schweiz wie auch in Deutschland mit seinen rund 100 gemeldeten Aids-Fällen ist allerdings das klassische Risiko-Muster unverändert: Der Großteil der Erkrankten sind Homosexuelle, die häufig den Partner wechseln.



Mailand: Kurze Röcke aus Mangel an Ideen?

Mini soll sie tragen und Beine zeigen – die Frau im Sommer '85 –, so jedenfalls sehen die Stylisten bei der „Milano Collezioni" den Trend der nächsten Sonnen-Saison – eine Tendenz, die freilich schon die Avantgarde, nur lustiger und witziger, vorgemacht hat. Vorbild waren mal wieder die sechziger Jahre, vom Sackkleid Diors bis zum Mini von Mary Quant.

Die „neuen" Farben wurden laut und bunt präsentiert: Rot bis Feuerrot, Violett, Fuchsia, Knallgelb, Smaragdgrün und Matisse-Blau. Edel indes waren die Materialien: Hochwertige Baumwolle, Chantung-Seide, Crêpe-de-Chine-Organza und Leinen – weil's so vornehm knittert.

Das „Goldene Auge" – L'occhio d'oro –, hat sich sich Gianfranco Ferré redlich verdient. Seine Mode hat sich wohltuend von den übrigen Defilés abgehoben. Seine Formen waren schmal und soft, Jacken und Mäntel fielen lässig, Ferrés Längen reichen bis zur halben Wade oder sind kniekurz, die Formen weiblich – die Proportionen stimmen. Ferrés Farben: Rot, Weiß, Eidottergeld, Braun und Nachtblau.

Dinosaurier sind die Glückstiere der Mariucia Mandelli. Ihre Linien indes sind alles andere als prähistorisch, sondern klar und schmal, die Taillen leicht betont, die Schultern weich und rund gepolstert, die engen Röcke kniekurz. Den Abend zieren fantastische Perlenstickereien, die die Dekolletés umrahmen. Außer Weiß gibt es Marineblau, Ecru, Van-Gogh-Gelb, Calder-Rot und Matisse-Blau.

Die kürzesten Röcke sah man bei Georgio Armani. Sein „Gag", daß er die Mädchenpensionatskragen nicht aufnäht, sondern lose über die Blusen legt. Glitzer und Pailletten bestimmen Armanis Abend, Kleider, Röcke und Blusen sind aus Organza, werden geknotet oder gewickelt.

Hellblau, Rosa, Weiß, Gelb und Rot sind die Farben von Claude Montana für Complice. Neu dabei: die mehr als hautengen und schenkelkurzen Lederkleider, Tops und Röcke, die kaum noch als solche zu bezeichnen waren – in Feuerrot. Eine Kollektion für Voyeure mit viel Schwarz-Weiß und kontrastierendem Gelb, dazu Türkis und Rot. Die Stoffe sind Leinen, Seide, feines Leder. Die Linie ist schmal und weich, die Taille weiblich betont. Immerhin.

Elegant Salvatore Ferragamos kragenlose Mäntel, weite und lässig fallende Hosen, weiße Seidenblusen mit „schlabbernden" V-Kragen – alles in warmen Erdtönen und Rostrot.

Sexy oder aufdringlich – das war die Frage bei den runden und gerafften Formen der Kleider von Moschino, der aber auch weit schwingende Cowgirls oder fransige Indianermädchen auftreten ließ.

Nach einer alles in allem flauen Show aus dem herbstlichen Mailand bleibt nur die Aussicht auf den nächsten Sommer, den Paris in der kommenden Woche bietet. M. Sch.

Ort der nuklearen Katastrophe in der Sowjetunion fotografiert

AP, **Houston/Texas**

Die Besatzung der soeben von ihrem einwöchigen Flug zurückgekehrten amerikanischen Raumfähre „Challenger" hat nach einem gestern veröffentlichten Bericht in der Zeitschrift „Aviation Week" jenes Gebiet in der Sowjetunion fotografiert, in dem sich vor 27 Jahren eine Atomkatastrophe größeren Ausmaßes ereignet haben soll. Nach Mitteilung des Leiters der Erdwissenschafts-Abteilung in der US-Raumfahrtbehörde (NASA), Shelby Tilford, haben die Astronauten 2400 Aufnahmen gewonnen und zur Erde zurückgebracht. Diese Bilder würden jedoch zunächst für Zwecke der Staatssicherheit geprüft und erst danach veröffentlicht.

Laut „Aviation Week" wurden die Fotos über dem Gebiet von Kyschtym südlich von Swerdlowsk im Ural mit Hilfe einer großen Kamera angefertigt, die für kartografische Aufnahmen bestimmt ist. In dem Gebiet soll sich 1957 ein größerer Nuklearunfall ereignet haben. Westliche Beobachter nehmen an, daß entweder ein Kernreaktor explodiert oder radioaktiver Müll außer Kontrolle geraten sei. Die jetzt gelungenen Aufnahmen dürften auch erkennen lassen, auf welche Weise versucht worden ist, den Schaden zu begrenzen, und wie sich die Vegetation nach der Katastrophe verändert hat.

SOS-Kinderdörfer

dpa, **Bremen**

Das Netz der SOS-Kinderdörfer in der Dritten Welt soll verstärkt ausgebaut werden. Wie der designierte Vorsitzende des Verbandes, Helmut Kutin, gestern in Bremen erklärte, will das Sozialwerk dabei nicht nur weitere Kinderdörfer als Heimstätten für verwaiste Kinder errichten, sondern auch Begleiteinrichtungen schaffen, in denen Kinder und Jugendliche, die Eltern haben, betreut und ausgebildet werden. Außerdem sollen Jugendliche bei der Gründung einer eigenen Familie finanzielle Hilfe erhalten.

Akupunkturwelle ebbt ab

dpa, **Freiburg**

Das Anfang der 70er Jahre entflammte Interesse westlicher Medien, Mediziner und Patienten an chinesischer Heilkunst, die sich zur Krankenbehandlung neben anderen manuellen Techniken spitzer Nadeln bedient, ist einem moderaten Umgang mit der Akupunktur gewichen. Das bestätigte jetzt der Freiburger Mediziner Professor Dr. Claus C. Schnorrenberger, einer der besten europäischen Kenner der Akupunktur.

Das Verfahren, mittels dünner, an genau vorgegebenen Stellen des Körpers unterschiedlich tief eingestochener Nadeln Schmerzen zu beseitigen und Krankheiten zu heilen, ist umstritten. Skeptiker weisen besonders darauf hin, daß die Wirkungsweise dieser Methode wissenschaftlich ungeklärt ist. Schnorrenberger läßt diesen Umstand als Einwand gegen die Nadeltherapie nicht gelten.

Für den Präsidenten der mehr als 30 Jahre alten Deutschen Ärztegesellschaft für Akupunktur ist es unbezeifelbar, daß sich die Akupunktur in der Hand des erfahrenen Arztes nicht nur zu Kopf- und Gelenkschmerzbehandlung eigne, sondern bei einer Vielzahl von Krankheiten bemerkenswert erfolgreich und kostengünstig erwiesen habe.

Tanker gestrandet

AFP, **London**

Ein 78 000 Tonnen-Tanker „Macto Haven" mit einer Ladung Nordseeöl ist gestern vor der Einfahrt in den walisischen Hafen Milford Haven auf einem Felsvorsprung gestrandet und hat eine „leichte Umweltverschmutzung" verursacht. Der Tanker wurde anschließend zur genauen Überprüfung seiner Schäden in den Hafen abgeschleppt.

Knüpf-Wunder

AFP, **Ankara**

Einen Rekordpreis von umgerechnet 180 000 Mark erzielte ein Seidenteppich bei einer Versteigerung in Istanbul. Der Teppich soll von einem 16jährigen Mädchen in fünfjähriger Arbeit geknüpft worden sein. Der jungen Ayse Emine Tuna gelang es, auf einem Quadratzentimeter 484 Knoten anzubringen.

Verbrechensverhütung

DW, **Wien**

Ein Expertentreffen, das sich mit in aller Welt akzeptierten Konzepten der Verbrechensverhütung und der Strafrechtspflege befassen soll, wurde gestern in Wien eröffnet. Fachleute aus Westeuropa, Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und Asien sollen Konzepte für neue Wege in der Verbrechensverhütung unter dem Gesichtspunkt der Erfordernisse einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung erarbeiten.

LEUTE HEUTE

Aufstieg

Meist wird viel lamentiert, wenn von der Integration türkischer Jugendlicher die Rede ist. Doch **Tülin** Ünal (27) hat bewiesen, daß junge Türken hierzulande durchaus Karriere machen können. Seit ihrer Jugend lebte die Tochter türkischer Eltern in der Bundesrepublik, machte hier ihr Abitur, studierte Jura, arbeitete im Polizeidienst und absolvierte die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege; erst im vergangenen Jahr hat die junge Frau die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Gestern war ihr großer Tag: Sie wurde in Berlin zur Kriminalkommissarin ernannt.

Abstammung

Menschen, die überzeugt sind, daß eigentlich blaues Blut in ihren Adern rolle, hat es immer gegeben. Aber nicht alle wollten so hoch hinaus wie die 81jährige **Gabriella Berry**, die mit ihrem Mann zurückgezogen in einer bescheidenen Wohnung in Budapest lebt. Sie eröffnete jetzt einer staunenden Öffentlichkeit, daß sie eigentlich die Ururenkelin des französischen Königs Ludwig XVI. sei, der in der Großen Revolution Krone und Leben verlor. Jahrzehnte, so die alte Dame, hätten sie und ihr Mann **Arthur Szende** (85) geforscht, und schon lange seien sie überzeugt, daß der damalige Thronfolger Ludwig XVII. nicht – wie es in den Geschichtsbüchern steht – 1795 im Gefängnis gestorben sei, sondern auf abenteuerlichen Wegen nach Siebenbürgen gelangte, hier eine Ungarin heiratete, einen Sohn bekam und noch Jahre glücklich lebte. Ihr Kommentar zur Frage, warum sie dies nicht schon früher publik gemacht habe: „Im heutigen Ungarn ist es besser, proletarischer Herkunft zu sein als königlicher Abstammung."

Erkältung

Mit Sonnenbrille – wie immer – und Mantel wurde sie jetzt nach einem längeren Urlaub in Europa wieder in New Yorks Madison Avenue gesehen: **Greta Garbo**. In einem Drugstore kaufte sich die große alte Dame des Films, die im letzten Monat 79 geworden ist, etliche Pillen gegen Bronchitis. Die hatte sie sich noch diesseits des Atlantik eingefangen.

Der Todescocktail wird zweimal im Jahr serviert

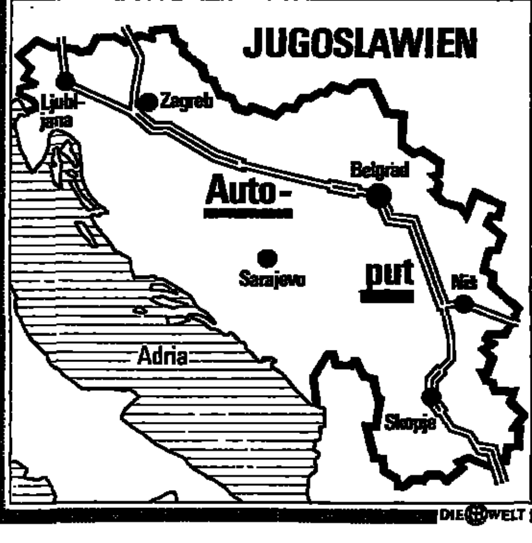
Im Sommer und Herbst sterben auf dem Belgrader Autoput die meisten Menschen – oft Türken von und nach Deutschland

K. T. **Bonn**

Mit dem Verkehrsunfall vom Sonntag, bei dem sechs Menschen – drei Türken, zwei Jugoslawen und ein deutscher Anhalter – ums Leben gekommen sind, ist Europas Todespiste Nr. 1, der jugoslawische Autoput, wieder ins Gerede gekommen. Keine Straße ist mit mehr Unfällen gepflastert als der 1200 Kilometer lange Betonstreifen zwischen Ljubljana und Skopje. Statistisch gesehen kommt auf alle 500 Meter ein schwerer Unfall, auf alle 1,2 Kilometer ein Toter. Besonders berüchtigt ist das 300 Kilometer lange Stück zwischen Zagreb und Belgrad, wo sich das jüngste Drama einer Endlosreihe von letalen Unfällen ereignete. Pro Jahr sterben allein hier 250 Menschen.

Menschliches Versagen steht dabei obenan. „Wenn die Türken Österreich verlassen haben, glauben sie, bereits im Orient zu sein," so ein Polizeioffizier aus Zagreb zu der hohen Zahl türkischer Unfallopfer, der im übrigen aber seine eigenen Landsleute keineswegs in Schutz nahm. Auch sie gelten als äußerst ehrgeizige Raser. Ein Prädikat, vor dem auch Deutsche nicht zurückschrecken, die sich mit Geschwindigkeiten von 180 Stundenkilometer brüsten, wo nur 100 erlaubt sind. Hier fürchten die „Tempo-Freaks" die Radarfallen nicht, weil sie die Polizei nicht ernst nehmen, übersehen aber zugleich die tödlichen Fallen, die hier en masse lauern und ein abruptes Ende aller Träume bedeuten können: Schlaglöcher, Kurven, Hindernisse – alles ohne Vorwarnung – ausscherende Pkw oder Lastwagen, unbeleuchtete Fuhrwerke selbst auf dem Autobahnstück, Fußgänger, Motorräder oder Trecker, die die Vorfahrt nicht achten, Betrunkene oder sonstige „Verrückte", denen eine Straßenverkehrsordnung deutscher Prägung ein Buch mit sieben Siegeln ist; abgesehen von den unzähligen Autos, die durch keinen TüV dieser Welt kommen würden, nichtsdestoweniger aber mit äußerster Kraft voraus, überladen und risikoreich, durch die Gegend rasen.

1200 Kilometer lang ist die jugoslawische Todesrallye, Europas gefährlichste Straße. Erst ein Drittel davon ist zur Autobahn ausgebaut worden. Der Rest ist eine zweispurige, kurvenreiche Straße, die den Verkehr nicht bewältigt. Mehr als 100 000 Autos passieren im Sommer an Wochenenden die Grenze nach Österreich.
ZEICHNUNG: DIE WELT



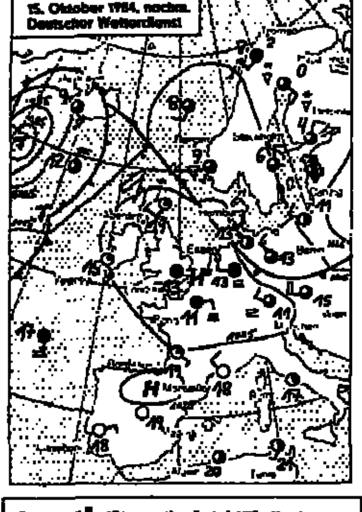
Der Autoput ist eine Transitstrecke. Das nehmen die meisten Fahrer zum Anlaß, möglichst ohne Pause durchzubrausen. Allenthalben sieht man an den Straßenrändern total übermüdete Fahrer beim Nickerchen hinter dem Steuer, ehe „Kamerad Bleifuß" wieder das Kommando erhält.

Aus dem Schrottfahrzeug eines Türken ist tatsächlich ein Ziegelstein sichergestellt worden, den der Fahrer immer dann gegen das Gaspedal gelehnt hatte, wenn er seinen rechten Fuß entlasten wollte.

Solche Praktiken auf der vor allem im Sommer hoffnungslos überfüllten, meist nur zweispurigen Fahrbahn ergeben diesen brisanten Todescocktail – wenigstens zweimal im Jahr: wenn in Deutschland die großen Ferien ausbrechen beziehungsweise allmählich enden. Also jetzt.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands von einer schwach ausgeprägten Warmfront gestreift wird, verbleiben die übrigen Gebiete unter dem Einfluß des ausgedehnten Hochs über Frankreich.



Vorhersage für Dienstag:

Norden: Bewölkt, neblig-trüb, nur vereinzelt Sprühregen. Höchsttemperaturen 15 Grad, nachts bis 6 Grad.

Übriges Bundesgebiet: Nach Auflösung von Dunst- und Nebelfeldern heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Temperaturen zwischen 13 und 18 Grad. Tiefstwerte nachts 7 bis 2 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:

Anfangs allgemein freundlich, später von Westen her Bewölkungsaufzug mit Regen. Weiterhin mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	11°
Dresden	12°	Las Palmas	25°
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	14°	Madrid	17°
Hamburg	13°	Mailand	17°
List/Sylt	13°	Mallorca	21°
München	11°	Moskau	1°
Stuttgart	11°	Nizza	20°
Algier	20°	Oslo	12°
Amsterdam	16°	Paris	11°
Athen	24°	Prag	14°
Barcelona	21°	Rom	17°
Brüssel	14°	Stockholm	6°
Budapest	17°	Tel Aviv	27°
Bukarest	18°	Tunis	21°
Helsinki	4°	Wien	15°
Istanbul	19°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch**: 6.49 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr; **Mondaufgang:** 22.00 Uhr, Untergang: 14.37 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Schwedens Fiskus treibt Millionäre bis in die USA

AP, **Stockholm**

Sie haben Bildung, sind intelligent und fest etabliert. Zu finden sind sie in der Berufsgruppe der Industriemanager, Techniker, Wirtschaftler, Handelsvertreter, Ärzte und Universitätsdozenten. Ihnen allen ist eine Sorge gemein, um die sie ihre schlechter gestellten Mitbürger beneiden: wie sie ihren Reichtum vor dem Zugriff des Fiskus schützen können. Sie suchen ihr Heil in der Flucht aus dem Land, das nach einhelliger Experten-Meinung seinen Bürgern die größte Steuerlast der Welt auferlegt: Schweden.

Ein detailliertes Profil des schwedischen Emigranten der achtziger Jahre hat das Wirtschaftsmagazin „Veckans Affarer" gezeichnet. Waren im vergangenen Jahrhundert Millionen von verarmten Schweden auf der Suche nach einem besseren Leben in die Neue Welt aufgebrochen, so sind es heute die Wohlsituierten, die dem schwedischen Sozialstaat den Rükken kehren. „Warum soll ich wie ein Verrückter arbeiten, nur um das Vergnügen zu haben, 110 Prozent an Steuern zu zahlen und dann mit einem Herzanfall über meinem Schreibtisch zusammenzuklappen?" sagt einer, der es geschafft hat: Thore Densen hat sich samt seinem Vermögen in die Schweiz abgesetzt.

Doch nicht die Sorge um ihr Geld allein ist es, die Millionären das Dasein in Schweden vergrault, zumal es viele von ihnen mit List und Tücke schaffen, durch die Maschen der schwedischen Steuergesetze zu schlüpfen und nicht unbedeutende Nachlässe herauszuschlagen. „Veckans Affarer" hat herausgefunden, daß einige der Schwedenflüchtlinge nach Höherem streben: nach mehr persönlicher Freiheit und weniger Bürokratie.

Einer der prominentesten schwedischen Steuerflüchtlinge ist der Regisseur Ingmar Bergman, der sich 1976 zeitweilig nach Deutschland absetzte, weil er sich von den schwedischen Steuerbehörden unschuldig verfolgt fühlte. Er wurde später offiziell rehabilitiert.

Nicht minder bekannt ist Tennisstar Björn Borg, der ins Steuerparadies Monaco flüchtete. 120 bis 180 Millionen Mark soll sich der fünfmalige Wimbledon-Gewinner erspielt haben. Ihm folgten in das Steuerparadies Slalom-As Ingemar Stenmark und der Gewinner der Offenen Internationalen Tennismeisterschaften von Frankreich, Mats Wilander.

Das Magazin „Veckans Affarer" stützt sich bei seiner Studie auf Erhebungen des schwedischen Amts für Statistik. Dabei stellte sich heraus, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1,2 Milliarden Kronen (420 Millionen Mark) aus Schweden ausgeführt wurden. Bis zum Jahresende dürften es zwei Milliarden Kronen (700 Millionen Mark) sein. Das wäre eine Verdoppelung des bisherigen Rekordes aus dem vergangenen Jahr. Noch vor zehn Jahren waren es nicht mehr als bescheidene 274 Millionen Kronen oder 96 Millionen Mark.

Beliebtestes Ausreiseland der Schweden sind die USA. 14 Prozent der insgesamt 19 673 Schweden, die zwischen 1980 und 1983 ihr Land verließen, gingen in die Vereinigten Staaten. Die Reichsbank erteilte in dieser Zeit 1109 Millionären die Erlaubnis, sich mit ihrem Vermögen im Ausland niederzulassen. Darunter waren 104 Personen, die zehn Millionen Kronen (3,6 Millionen Mark) oder mehr ihr eigen nennen konnten.

Die unbestrittene Spitze in dieser Gruppe hält Peder Wallenberg von der Wallenberg-Gruppe, der seit seiner Übersiedlung nach Großbritannien im Jahre 1983 bereits 126 Millionen Mark ausgeführt hat. Jedem ausreisewilligen Schweden wird zunächst die Ausfuhr von 200 000 Kronen (70 000 Mark) gestattet. Hat das Finanzamt seine Ermittlungen abgeschlossen, kann auch das restliche Geld unbegrenzt nachgeholt werden.

Ein armer Schlucker ist Wallenberg jedoch im Vergleich zu jenem Emigranten, der in den zwanziger Jahren nach Mexiko auswanderte: Ramon Palme, ein Onkel des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. „Veckans Affarer" zufolge hat Palme bisher ein Vermögen von 3,3 Milliarden Kronen (1,15 Milliarden Mark) über die Grenze „gerettet". Die letzte Rate im Juni betrug 203 312 Kronen (71 250 Mark).

Während der Gouverneur der Reichsbank, Bengt Dennis, dem massiven Kapitalabfluß noch gelassen gegenübersteht, zeigt sich Finanzminister Kjell-Olof Feldt „beunruhigt". Nach seinen Worten könnte sich Schweden veranlaßt sehen, sich um eine Angleichung seiner Steuersätze an die anderer westeuropäischer Länder zu bemühen.

BIRGIT LOFGREN

ZU GUTER LETZT

Es stand in der WELT: „Mit dem Experiment wurde das Auftanken im Orbit leergebrannter Satelliten vorbereitet, um deren Steuerdrüsen wieder funktionsfähig zu machen."